



---

# **MASTERARBEIT**

---

Frau  
**Janka Soltés**

**Wissenschaftliche Analyse der  
politischen Bürgerbeteiligung  
aus der Perspektive der  
sächsischen Kommunalpolitik**

**2014**

# **MASTERARBEIT**

---

## **Wissenschaftliche Analyse der politischen Bürgerbeteiligung aus der Perspektive der sächsischen Kommunalpolitik**

Autor/in:  
**Frau Janka Soltés**

Studiengang:  
**Information and Communication Sciences**

Seminargruppe:  
**IC11w1-M**

Erstprüfer:  
**Prof. Dr. phil. Andreas Wrobel-Leipold**

Zweitprüfer:  
**Thomas Widra, M.A.**

Einreichung:  
Mittweida, 1. September 2014

# **Master THESIS**

---

## **Scientific analysis of the political participation in the local government of Saxony**

author:

**Mrs. Janka Soltés**

course of studies:

**Information and Communication Sciences**

seminar group:

**IC11w1-M**

first examiner:

**Prof. Dr. phil. Andreas Wrobel-Leipold**

second examiner:

**Thomas Widra, M.A.**

submission:

Mittweida, 1<sup>th</sup> september 2014

---

## **Bibliografische Angaben**

Soltés, Janka:

Wissenschaftliche Analyse der politischen Bürgerbeteiligung aus der Perspektive der sächsischen Kommunalpolitik

Scientific analysis of the political participation in the local government of Saxony

140 Seiten, Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,  
Fakultät Medien, Masterarbeit, 2014

## **Abstract**

Die Politik steht vor neuen Herausforderungen, um den aktuellen Entwicklungen von Bürgerprotesten und der sinkenden Wahlbeteiligung zu begegnen. Eine Möglichkeit ist die intensivere und offenere Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungen innerhalb der lokalen Ebene. Die vorliegende Arbeit widmet sich anhand einer quantitativen Erhebung den Einstellungen und Erfahrungen der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte bezüglich der kommunalpolitischen Bürgerbeteiligung, gibt Einblicke in bestehende Möglichkeiten und Hinweise auf Verbesserungspotentiale.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>VIII</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>IX</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>X</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1 Einführung in die Thematik.....	1
1.2 Forschungskontext.....	2
1.3 Zielsetzung.....	3
1.4 Aufbau und methodisches Vorgehen.....	4
<b>2 Grundlagen der Demokratie und der politischen Partizipation.....</b>	<b>5</b>
2.1 Demokratie.....	5
2.1.1 Demokratietheorien.....	6
2.1.1.1 Output-orientierte Demokratietheorie.....	7
2.1.1.2 Input-orientierte Demokratietheorie.....	8
2.1.2 Demokratieformen und -modelle .....	10
2.1.2.1 Repräsentative Demokratie .....	10
2.1.2.2 Direkte Demokratie.....	10
2.1.2.3 Kooperative, partizipatorische und deliberative Demokratie.....	11
2.2 Politische Partizipation .....	11
2.3 Partizipationsforschung.....	13
2.3.1 Taxonomie der Partizipationsforschung .....	13
2.3.2 Forschungsentwicklung.....	16
2.3.3 Allgemeine Befunde der Partizipationsforschung .....	17
2.3.4 Aktuelle Zahlen der politischen Partizipation in Deutschland..... und in Sachsen .....	21
2.4 Conclusio Demokratie und Partizipation.....	25
<b>3 Kommunalpolitik in Sachsen .....</b>	<b>26</b>
3.1 Verwaltungsgliederung: Landkreise, Städte und Gemeinden .....	26
3.2 Sächsisches Kommunalrecht .....	27
3.3 Konfliktsituationen in den Kommunen .....	29
3.4 Akteure im Kräftedreieck: Bürger, Verwaltung, Rat .....	31

---

3.4.1	Der Bürgermeister und die Verwaltung .....	32
3.4.2	Der Stadt- und Gemeinderat .....	33
3.4.3	Die Bürger und Einwohner .....	34
3.4.4	Das Kräftedreieck .....	35
3.4.5	Kommunale Parteipolitik .....	36
3.5	Demokratie in den sächsischen Kommunen.....	37
3.5.1	Gesetzlich geregelte Verfahren.....	37
3.5.1.1	Kommunalwahlen.....	38
3.5.1.2	Bürgerbegehren und -entscheid .....	38
3.5.1.3	Weitere Beteiligungsmöglichkeiten.....	39
3.5.2	Kooperative Beteiligungsverfahren.....	41
3.5.2.1	Chancen und Hürden .....	41
3.5.2.2	Aktuelle Projekte in Sachsen.....	43
3.6	Conclusio Bürgerbeteiligung in den sächsischen Kommunen .....	45
<b>4</b>	<b>Forschungsleitende Fragen und Hypothesen.....</b>	<b>46</b>
4.1	Forschungsfrage 1: Einfluss der Kommunengröße.....	46
4.2	Forschungsfrage 2: Einfluss der parteipolitischen Zugehörigkeit.....	47
4.3	Forschungsfrage 3: Chancen und Hürden.....	48
4.4	Weitere Untersuchungen.....	49
<b>5</b>	<b>Methodische Konzeption der Studie.....</b>	<b>50</b>
5.1	Die quantitative Online-Befragung als Erhebungsmethode .....	50
5.2	Auswahl der Befragungsteilnehmer.....	52
5.3	Forschungs- und Auswertungsdesign .....	53
5.3.1	Konstruktion des Fragebogens .....	53
5.3.2	Fragen- und Antwortoperationalisierung.....	55
5.4	Pre-Test .....	60
5.5	Feldphase .....	60
5.6	Gütekriterien .....	61
5.6.1	Objektivität .....	61
5.6.2	Reliabilität .....	62
5.6.3	Validität.....	62

---

<b>6</b>	<b>Ergebnisse der Befragung.....</b>	<b>64</b>
6.1	Rücklaufquote und Datenbereinigung .....	64
6.2	Soziodemographische Angaben.....	64
6.3	Geographische Angaben.....	66
6.4	Überprüfung der Hypothesen .....	67
6.4.1	Definition der Fallgruppen .....	67
6.4.2	Zusammenhang zwischen Einwohnerzahlen und Bürgerbeteiligungskultur .....	68
6.4.3	Zusammenhang der Parteipolitik mit der Offenheit gegenüber neuen Formen der Bürgerbeteiligung.....	82
6.4.4	Die Hürden überwiegen gegenüber den Chancen.....	84
6.4.5	Der Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt.....	85
6.5	Weitere Ergebnisse.....	88
6.5.1	Beteiligungsangebote der Kommunen .....	88
6.5.2	Kommunalpolitische Themenbereiche .....	89
6.5.3	Zustimmungsquorum von Bürgerentscheiden .....	90
6.5.4	Ziele von Bürgerbeteiligung.....	91
6.5.5	Potenzial der Konfliktverhinderung.....	91
6.5.6	Verbesserungsvorschläge.....	92
<b>7</b>	<b>Fazit und Ausblick .....</b>	<b>93</b>
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XI</b>
	<b>Anhang I.....</b>	<b>XXV</b>
	Kooperative Beteiligungsverfahren.....	XXV
	Fragebogen.....	XXVIII
	<b>Eigenständigkeitserklärung .....</b>	<b>XL</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Ausweitung von Formen von politischer Partizipation .....	14
Abbildung 2: Übersicht von Partizipationsformen .....	16
Abbildung 3: Politische Partizipationsformen .....	23
Abbildung 4: Verwaltungsgliederung Sachsen.....	27
Abbildung 5: Kommunales Kräftedreieck .....	36
Abbildung 6: Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in der Kommune .....	40
Abbildung 7: Selektionsverfahren .....	61
Abbildung 8: Ausstiegsquoten .....	64
Abbildung 9: Altersgruppen .....	65
Abbildung 10: Parteizugehörigkeit .....	65
Abbildung 11: Kommunengröße nach Einwohnerzahlen .....	66
Abbildung 12: Landkreise .....	67
Abbildung 13: Informationsfreiheitssatzung .....	69
Abbildung 14: Quoren für Einwohnerantrag und Bürgerbegehren .....	70
Abbildung 15: Kommunikationsmittel.....	73
Abbildung 16: Online-Kommunikation in den Kommunen .....	74
Abbildung 17: Meinungen zu Online-Beteiligung .....	74
Abbildung 18: Meinungen zur Online-Beteiligung in den Kommunen .....	75
Abbildung 19: Geschätztes Interesse an Bürgerbeteiligung.....	76
Abbildung 20: Geschätztes Interesse der Kommunalpolitiker in den Kommunen .....	77
Abbildung 21: Geschätztes Bürgerinteresse in den Kommunen .....	79
Abbildung 22: Meinungen zu den Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten .....	80
Abbildung 23: Meinungen zu den Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen .....	80
Abbildung 24: Meinung zu kooperativen Beteiligungsformen.....	82
Abbildung 25: Einstellung zu kooperativen Beteiligungsformen.....	83
Abbildung 26: Chancen von Bürgerbeteiligung.....	84
Abbildung 27: Hürden von Bürgerbeteiligung .....	85
Abbildung 28: Handlungsspielraum in der Kommunalpolitik .....	86
Abbildung 29: Handlungsspielraum in den Kommunen .....	87
Abbildung 30: Beteiligungsmöglichkeiten .....	88
Abbildung 31: Häufigkeit von Bürgerversammlungen .....	89
Abbildung 32: Bereiche, bei denen sich Bürgerbeteiligung anbieten .....	90
Abbildung 33: Meinung zum Quorum für Bürgerentscheide.....	90
Abbildung 34: Ziele von Bürgerbeteiligung .....	91
Abbildung 35: Potenzial zur Konfliktverhinderung.....	92



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kreuztabelle Stadtgruppen und Informationsfreiheitssatzung.....	69
Tabelle 2: Kreuztabelle Stadtgruppen und Quoren für Einwohneranträge .....	71
Tabelle 3: Kreuztabelle Stadtgruppen und Quoren für Bürgerbegehren .....	72
Tabelle 4: Kreuztabelle Stadtgruppen und Bürgerinteresse.....	78
Tabelle 5: Kreuztabelle Parteizugehörigkeitsgruppen und kooperative Beteiligungsformen.....	82
Tabelle 6: Kreuztabelle Stadtgruppen und Handlungsspielraum.....	86

## Abkürzungsverzeichnis

AV	Abhängige Variable
BB	Bürgerbegehren
BE	Bürgerentscheid
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BM	Bürgermeister/-in
EA	Einwohnerantrag
EB	Einzelbewerber
EW	Einwohner
H	Hypothese
$H_0$	Nullhypothese
$H_1$	Alternativhypothese
IFS	Informationsfreiheitssatzung
MW	Mittelwert
N	Grundgesamtheit
n	Teilmenge
p	Signifikanz
PZ	Parteizugehörigkeit
S21	Stuttgart 21
SächsGeMO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SG	Stadtgruppen
SOE	Landkreise Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
SPSS	Superior Performing Software System
UV	Unabhängige Variable

# 1 Einleitung

## 1.1 Einführung in die Thematik

*„Demokratie lebt vom Streit, von der Diskussion um den richtigen Weg. Deshalb gehört zu ihr der Respekt vor der Meinung des anderen.“*

Richard von Weizsäcker

Spätestens mit den Protesten gegen Stuttgart 21 wird den Meinungen der Bürger und deren Beteiligung an politischen Entscheidungen eine neue Bedeutung zugeschrieben.<sup>1</sup> Nach einer Zeit der Politik- und vor allem Politikerverdrossenheit, scheint eine neue Phase der engagierten „Demokratiebürger“, die informierter sind und sich nicht alles gefallen lassen, einzusetzen. Auch seitens der Politik wird zusehends der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung geäußert. So auch von der Sächsischen Regierung, die 2012 mit dem „Bürgerkompass Sachsen“ ein neues Beteiligungsverfahren umsetzte. Gleichzeitig versuchen sich vor allem auf der Kommunalebene immer mehr Städte an neuen Konzepten wie der Bürgerkommune, dem Bürgerhaushalt oder der „Sozialen Stadt“, bei welcher Bürger Stadtteile vollständig selbst gestalten können. Beteiligungsmodelle wie Planungszellen, Runde Tische und Zukunftswerkstätten sind nur einige Verfahren einer breiten Palette, die je nach Problemlage und Aufgabenstellung, angewandt werden können. Zudem werden Leitlinienkataloge verabschiedet und Bürgerbeteiligungsbeauftragte engagiert. Eine neue Partizipationsdebatte setzt ein. Bürger sollen wieder für Politik gewonnen und die Akzeptanz für politische Entscheidungen und somit deren Legitimität erhöht werden. Gerade in Zeiten der Realisierung von Großprojekten der Energiewende wie Stromtrassen und Windparks ebenso wie bei Infrastrukturvorhaben ist dies unerlässlich. In den Kommunen sind zudem Grundsatzentscheidungen zu Kitas und Schulen sowie die Stadtentwicklung und die Privatisierung von städtischen Betrieben typische Konfliktfelder, bei denen die Bürger aktiv werden und sich für ihre Interessen einsetzen.<sup>2</sup> Intensivere Bürgerbeteiligung lockt mit der Chance, der Demokratie neues Leben einzuhauchen, die Bürger für Politik zu begeistern und gemeinsam bestmögliche Lösungen zu finden. Das Verständnis von politischen Entscheidungen kann gestärkt und Widerstände gemindert, Fehlplanungen und Korruptionen können frühzeitig erkannt werden.

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht. Dies gilt für die gesamte vorliegende Arbeit.

<sup>2</sup> Vgl. Portz (2013), S. 151

Es gibt jedoch ebenso eine Schattenseite, eine Vielzahl an Hürden und Problemen, die mit der politischen Partizipation außerhalb der institutionell verfassten Beteiligungsmöglichkeiten einhergehen.

Diese werden vor allem von Politik und Verwaltung herangezogen, um gegen eine vermehrte Einbindung der Bürger zu argumentieren. Sie fürchten die Aushöhlung der repräsentativen Demokratie, Macht- und Kontrollverluste sowie die Verkomplizierung und Verteuerung von Entscheidungsprozessen. Dennoch geraten Politiker zusehends unter Druck. Ihre Legitimität kann bei kontroversen Entscheidungen in Frage gestellt und ihnen das Vertrauen entzogen werden. Aus diesem Grund müssen auch sie sich mit den neuen Beteiligungswünschen auseinandersetzen.

Die Partizipationsmotivation der Bürger sowie die Art und Weise der Mitwirkung wurden bereits weitestgehend erforscht, die Perspektive der Politiker und der Verwaltung jedoch außer Acht gelassen. Deren Sichtweise ist allerdings nicht unerheblich, da ihnen die Entscheidung für oder gegen die Einbeziehung der Bürger anhand moderner Beteiligungsmöglichkeiten obliegt.

Um die politisch-administrativen Ansichtsweisen zu untersuchen, bieten sich die Städte und Gemeinden als kleinste föderale Ebene, als Basis der Demokratie, an. Da hier politische Entscheidungsprozesse erfahrbar und beeinflussbar sind, setzten viele der Beteiligungsverfahren auf die Bürger und Projekte vor Ort. Der Deutsche Städtetag gab im November 2013 ein Thesenpapier heraus, welches den Städten und Gemeinden die Einbindung der Bürger empfiehlt und als Initiator vorangeht. „Kommunen haben sich in den letzten Jahrzehnten zu Laboratorien der Bürgerbeteiligung entwickelt, insbesondere was Eigeninitiative in Form nicht gesetzlich geregelter, informeller Beteiligungsverfahren anlangt.“<sup>3</sup>

Der Umgang der sächsischen Kommunen mit Bürgerbeteiligung ist außerhalb der Stadtgrenzen kaum bekannt. Aus diesem Grund widmet sich die vorliegende Arbeit den Stadt- und Gemeinderäten Sachsens hinsichtlich ihrer Erfahrungen und Meinungen zur Beteiligung ihrer Bürger.

## 1.2 Forschungskontext

Das Forschungsfeld der Bürgerbeteiligung berührt eine Vielzahl an wissenschaftlichen Disziplinen. Neben der Demokratie- und Partizipationsforschung als Teil der Politikwissenschaft spielen ebenso Aspekte der Verwaltungswissenschaft eine wichtige Rolle.

---

<sup>3</sup> Deutscher Städtetag (2013), S. 3

Durch die Modernisierung der Verwaltungen für mehr Effektivität und Bürgernähe ist dieser Forschungszweig für die Weiterentwicklung politischer Partizipation entscheidend. Gleiches gilt für die Kommunikationswissenschaft, welche sich unter anderem mit der medialen und persönlichen Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern beschäftigt. Die Kommunalpolitik eignet sich am besten für die modellhafte Analyse von politischen Entscheidungsprozessen und der Beteiligung der Bürger, da sich die Menschen hier in einem vertrauten Umfeld bewegen, in einer emotionalen Verbindung zu den lokalen Themen stehen, über Ortskenntnisse verfügen und sich somit fundierte Meinungen bilden können. Zudem sind die Chancen für soziale Kontakte mit den Kommunalpolitikern durch die räumliche Nähe hoch.<sup>4</sup> Aufgrund der Dezentralisierung haben die Kommunen einige Eigenheiten, welche für die lokale Demokratie von Vorteil sind. So befinden sich aktuelle Themen auf der Tagesordnung, da sie die Lebensbedingungen vor Ort festlegen und die Entscheidungen sind gegenstandsnäher und bedarfsgerechter. Weiterhin kann sich die Politik an der regionalen Individualität ausrichten und somit die Identifikation des Bürgers mit seiner Gemeinde stärken. Die Beteiligungschancen und die Anzahl der zu besetzenden Positionen für mitwirkungsfreudige Bürger sind wesentlich höher als etwa auf Landesebene.<sup>5</sup> Die Gemeinden gelten als „Schulen der Demokratie“, da die Bürger hier an Politik herangeführt werden und Sozialisationseffekte einsetzen können. Die Kommunalebene kann somit als die „Experimentierkammer des politischen Systems“ angesehen werden.<sup>6</sup>

### 1.3 Zielsetzung

Ziel der Arbeit ist es, den Ist-Zustand der sächsischen Bürgerbeteiligung aus Sicht der Kommunalpolitiker anhand einer Querschnittsanalyse wieder zugeben.

Dabei soll untersucht werden, wie sehr die Einwohneranzahl und damit die Kommuniengröße die Beteiligungskultur von Gemeinden und Städten beeinflusst. Weiterhin wird das Augenmerk auf die Parteilinien der Stadt- und Gemeinderäte und einen möglichen Zusammenhang mit ihren Positionen gelegt. Zudem gilt es zu überprüfen, wie die Kommunalpolitiker die Chancen und Hürden von Bürgerbeteiligung, welche jeweils beträchtlich sein können, empfinden.

Dafür wurde im April 2014 eine quantitative Online-Befragung mit den sächsischen Stadt- und Gemeinderäten durchgeführt.

---

<sup>4</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 190 f.

<sup>5</sup> Vgl. Naßmacher & Naßmacher (2007), S. 22 f.

<sup>6</sup> Bogumil (2003), S. 8

Für die Exploration des Forschungsfeldes wurden im Vorfeld Experteninterviews mit Vertretern aus verschiedenen Bereichen der Bürgerbeteiligung in Sachsen durchgeführt. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse und Fragen fließen in die vorliegende Arbeit mit ein und geben ihr somit eine wissenschaftliche Basis in Form einer Triangulation, eines Methodenmix aus qualitativer und quantitativer Erhebung.

## **1.4 Aufbau und methodisches Vorgehen**

Nach dem Einleitungskapitel, welches den Leser an das Thema heranführt sowie Aufbau und Ziel der Arbeit wieder gibt, werden die theoretischen Grundlagen der Demokratie und politischen Partizipation erläutert. Es werden Demokratietheorien und -formen vorgestellt sowie ein Einblick in die wissenschaftliche Entwicklung der Partizipationsforschung gegeben. Daraus werden allgemeine Befunde und aktuelle Zahlen zur Bürgerbeteiligung in Deutschland und in Sachsen abgeleitet.

Im dritten Kapitel wird die Kommunalpolitik in Sachsen näher betrachtet. Hierfür werden zu Beginn die sächsische Verwaltungsgliederung und das Kommunalrecht kurz vorgestellt. Daraufhin werden typische Konfliktsituationen in der Kommunalpolitik am Beispiel aktueller Entwicklungen aufgeführt. Die Kommunalpolitiker bewegen sich in einem Kräftedreieck mit Bürgern und Verwaltung. Diesem Konstrukt wird detailliert Rechnung getragen. Zudem wird das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten auf der kommunalen Ebene erläutert und ein Einblick in aktuelle Projekte von sächsischen Kommunen gegeben. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung der Chancen und Hürden von nicht gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsmodellen.

Nach dem theoretischen Teil werden die forschungsleitenden Fragen und die dazu gehörenden Hypothesen im vierten Kapitel argumentativ vorgestellt. Diese werden aus der Literaturrecherche und der explorativen Vorstudie abgeleitet.

Kapitel fünf ist der Methodenerklärung und dem Forschungsdesign eines quantitativen Online-Fragebogens gewidmet. Neben der Auswahl der Befragten werden das nähere Vorgehen in der Feldphase sowie die Gütekriterien der empirischen Sozialforschung beschrieben.

Die Auswertung der gewonnenen Daten erfolgt anhand der Statistiksoftware SPSS. Die Ergebnisse werden in Kapitel sechs präsentiert. Neben der Überprüfung der einzelnen Hypothesen werden weitere Erkenntnisse vorgestellt, die einen Einblick in die Bürgerbeteiligung aus Sicht der sächsischen Kommunalpolitiker zulassen. Die Arbeit schließt im siebenten Kapitel mit der Diskussion der Ergebnisse, einer kritischen Fehlerbetrachtung und einem Ausblick auf weitere Forschungsansätze.

## 2 Grundlagen der Demokratie und der politischen Partizipation

Zur Eingrenzung des Forschungsgebietes und Heranführung an das Forschungsthema werden im Folgenden die grundlegenden Begrifflichkeiten der politischen Bürgerbeteiligung definiert. Zunächst werden Demokratiemerkmale und die politische Partizipation als Basis der Demokratie und damit verbundene Theorieansätze vorgestellt. Anschließend wird die Herausbildung der verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten erläutert und ein Einblick in die politikwissenschaftliche Forschung gewährt. Zur Beschreibung der aktuellen Situation werden Statistiken und Umfragen zur Bürgerbeteiligung in Deutschland und Sachsen hinzugezogen. Das Kapitel schließt mit allgemeinen Befunden der Partizipationsforschung.

### 2.1 Demokratie

Der Begriff „Demokratie“ kommt vom griechischen „demos“ für Volk und „kratein“ für herrschen. Der Ursprung der Demokratie geht auf die Stadtstaaten der griechischen Antike zurück. Freie und gleiche Männer kamen zusammen und stimmten direkt über Gesetze ab. Dies gilt als Vorbild für die politische Selbstbestimmung und bildet die Grundlage der Legitimation der Demokratie.<sup>7</sup> Auf diese Art und Weise wird Demokratie auch heute noch in den Landsgemeinden der Schweiz praktiziert. In den modernen Großstaaten ist eine derartige direkte Mitbestimmung nicht üblich, stattdessen regiert das Volk über demokratisch gewählte Repräsentanten.<sup>8</sup> Im Laufe der Zeit entwickelten sich verschiedene Auffassungen von Demokratie, die sich sehr widersprechen können. Die Staatsform wird nicht als eindeutig erstrebenswert angesehen, sondern ist mitunter umstritten und kritisch zu betrachten.<sup>9</sup> Sie ist vielmehr ein Prozess als eine festgelegte Verfassung.<sup>10</sup> Sie kann als reine Regierungs- oder als ganzheitliche Lebensform verstanden werden. Die Grundfragen der Demokratie beschäftigen sich vor allem mit den Beteiligten, der Form und ihrer Legitimation. Abraham Lincoln beschrieb die Demokratie 1863 in der Gettysburg-Rede als "Government of the people, by the people and for the people".<sup>11</sup> Daraus ergeben sich folgende Grundprinzipien: die Herrschaft des Volkes auf

---

<sup>7</sup> Vgl. Zittel (2007), S. 204

<sup>8</sup> Vgl. Pöttsch (2009), S. 9

<sup>9</sup> Vgl. Frevel (2009), S. 9

<sup>10</sup> Vgl. Von Alemann (2002), S. 84

<sup>11</sup> Vgl. Frevel (2009), S. 10

Grundlage der Souveränität, die politische Teilhabe der Bevölkerung und die Verantwortung der Regierung für das Volk. Ähnliches lässt sich in den Werten der französischen Revolution Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wiederfinden. Neben der Volkssouveränität und der politischen Beteiligung gehören demzufolge auch die Grundrechte sowie die solidarische Gerechtigkeit zu den Merkmalen der Demokratie.<sup>12</sup>

Mit dem Grundgesetz wurde die Demokratie 1949 als Staatsform in Deutschland dauerhaft festgeschrieben. Somit haben alle Staatsbürger die gleichen Rechte und Pflichten, sie dürfen ihre Meinung frei äußern, sich politisch informieren und Versammlungen abhalten. Die Bürger legitimieren im Repräsentativsystem die Macht des Staates und dessen Entscheidungen über die von ihnen gewählten Abgeordneten, welche sie in den Parlamenten und Parteien vertreten. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt.“<sup>13</sup> Die gewählten Abgeordneten haben das freie Mandat. Demnach sind sie nicht an Weisungen oder Aufträge, sondern nur an ihr eigenes Gewissen gebunden. Die Volkssouveränität wird also dem Parlament für die jeweilige Legislaturperiode übertragen.<sup>14</sup>

Die Demokratie wird durch die Verfassung, das Rechtsstaatsprinzip und die Gewaltenteilung garantiert und kontrolliert. Jeder Bürger kann sich in Parteien, Verbänden, Interessengruppen und Initiativen politisch engagieren. Die repräsentative Demokratie wird durch direktdemokratische Elemente wie Volksbegehren und -entscheide in den Verfassungen der Bundesländer ergänzt. In den einzelnen Kommunen gibt es weitere Partizipationsmöglichkeiten wie Bürgeranträge, -begehren und -entscheide. Abstimmungen auf Bundesebene sind aufgrund der negativen Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik nur im Falle der Neugliederung der Bundesländer angedacht. In Deutschland herrscht zudem das Majoritätsprinzip: Die Mehrheit entscheidet und die Minderheit erkennt dies an, so dass die Entscheidungsfällung erleichtert wird.<sup>15</sup>

## 2.1.1 Demokratietheorien

Die Grundlage von Demokratie bildet die politische Beteiligung der Bürger, dabei ist die Beteiligung an Wahlen die Mindestanforderung an eine Demokratie. Über die Notwendigkeit und das Ausmaß der darüberhinausgehenden Einbindung der Bürger in die Politik sind sich die Demokratietheoretiker uneinig.<sup>16</sup> Die Auffassungen lassen sich in in- und output-orientierte Ansätze einteilen. Die geäußerten Meinungen und Interessen der

---

<sup>12</sup> Vgl. Von Alemann (2002), S. 79

<sup>13</sup> Artikel 20 GG (2)

<sup>14</sup> Vgl. Von Alemann (2002), S. 81

<sup>15</sup> Vgl. Pötzsch (2009), S. 10

<sup>16</sup> Vgl. Welker (2007), S. 14



Bevölkerung werden als Input in das politische System bezeichnet. Den Output stellen dagegen Maßnahmen und Gesetze, welche von der Regierung erlassen werden, dar.<sup>17</sup> Die weite Divergenz der modernen Demokratietheorien wird anhand eines kurzen Vergleichs der Ansätze von Joseph Schumpeter, Anthony Downs und Max Weber gegenüber denen von Jürgen Habermas und Benjamin Barber deutlich.

### 2.1.1.1 Output-orientierte Demokratietheorie

Weber, Downs und Schumpeter als Fürsprecher der elitistischen Konkurrenzdemokratietheorie, auch ökonomische oder rationale Demokratietheorie genannt, trauen dem Bürger wenig zu, sehen ihn als primitiv argumentierend und unfähig, für das Gemeinwohl zu entscheiden, an. Demokratie stellt für sie kein Ziel, sondern die rationale Methode des Regierens dar. Die politische Führung wird von Eliten übernommen, welche sich im freien Wettbewerb um die Wählerstimmen befinden. Sie sind politische Unternehmer, die auf dem Markt der Demokratie mit ihren politischen Angeboten für sich werben. Somit treten sie mit anderen Kandidaten und dem politischen Führungspersonal in einen Wettkampf um Machtpositionen.<sup>18</sup> „And we define: the democratic method is that institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote.“<sup>19</sup> Das Volk dagegen regiert nicht im Sinne der klassischen Demokratie, es entscheidet lediglich, welche Regierung es billigt.<sup>20</sup> Darunter lässt sich ebenfalls das repräsentationstheoretische Modell von Hermann Heller einordnen, welches aussagt, dass demokratische Systeme nur mit Hilfe von Repräsentanten funktionieren können. Diese benötigen ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit ohne an die Zustimmung des Volkes gebunden zu sein.<sup>21</sup> Es wird davon ausgegangen, dass die meisten Bürger nicht an Politik interessiert sind, nur begrenzte Informationen darüber besitzen und unzureichend gebildet sind. Deswegen kann deren Beteiligung irrational und unkalkulierbar auf politische Entscheidungsprozesse einwirken.<sup>22</sup> Schumpeter sieht in den Bürgern ein „willenloses Werkzeug“, welches unmündig, beeinflussbar und manipulierbar ist.<sup>23</sup>

---

<sup>17</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 30 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Schmidt (2008), S. 181; vgl. Von Alemann (2002), S. 83

<sup>19</sup> Schumpeter (2003), S. 269, Übersetzung: „Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben.“, vgl. Schmidt (2008), S. 184

<sup>20</sup> Vgl. Welker (2007), S. 14; vgl. Saage (2005), S. 248 f.

<sup>21</sup> Vgl. Sarcinelli (2011), S. 94 f.

<sup>22</sup> Vgl. Naßmacher (2010), S. 29

<sup>23</sup> Vgl. Schmidt (2008), S. 185 ff.

Zusammenfassend siedeln sich die hier genannten Vertreter unter den output-orientierten Theorien an. Die Staatsbürger sollen sich demnach nur mittels Wahlen an der Politik beteiligen. Gleichzeitig wird kein Maximum der Wahlbeteiligung erhofft, sondern lediglich ein Optimum. Dabei wird als positiv erachtet, wenn sich nicht aufgeklärte Personen von den Wahlen fernhalten. Das politische Desinteresse und die Enthaltung der Bürger werden als Zeichen der Zufriedenheit angesehen, die steigende Beteiligungsrate jedoch als Krisensymptom.<sup>24</sup>

### **2.1.1.2 Input-orientierte Demokratietheorie**

Die input-orientierten Demokratievorstellungen bewerten das politische System dagegen anhand der eingehenden Willensäußerung und Interessen der Bevölkerung. Nur die möglichst umfassende Beteiligung der Bürger am politischen Prozess kann deren Interessenvertretung garantieren. Im Gegensatz zu den output-orientierten Ansätzen wird die politische Enthaltung der Staatsbürger als negativ angesehen, vor allem dann, wenn sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen vorwiegend passiv verhalten und somit deren Interessen unterrepräsentiert werden. Niedrige Beteiligungsraten werden zudem als ein Zeichen für die Unzufriedenheit mit dem System und als eine Gefährdung für dessen Stabilität gedeutet. Die klassischen Vertreter der Demokratie wie Jean Jacques Rousseau und John Locke lassen sich bei den input-orientierten Ansätzen einordnen, die dem Bürger Urteilskraft, politisches Interesse und Informiertheit sowie die Fähigkeit, das Gemeinwohl seinen eigenen Präferenzen vorzuziehen, zutrauen – ganz im Gegensatz zu dem deutlich negativ gefärbten Menschenbild der eher modernen und output-orientierten Demokratietheoretikern.<sup>25</sup>

Die Vertreter der partizipatorischen und input-orientierten Theorien sehen folglich weit mehr Potential in den Fähigkeiten der Bürger. Sie stehen dem Selbstverständnis der repräsentativen Demokratie kritisch gegenüber. Die Bürger sollen nicht nur durch ihre Wahl eine Elite zum Regieren legitimieren, sondern selbst mitregieren können.<sup>26</sup> Die Beteiligung möglichst vieler bei möglichst vielen Fragen der Allgemeinheit wird erhofft. Demokratie ist ein Forum, ein Gespräch und wird als ganzheitliche Lebensform verstanden.<sup>27</sup> Die Bürger werden durch ihre Einbindung in den diskursiven Prozess von politischen Entscheidungen zu verantwortungsbewussten und gemeinwohlorientierten Staatsbürgern erzogen. Sie diskutieren, um die bestmögliche Lösung zu finden und fördern dabei ihre eigene fundierte Willensbildung, schärfen ihr Verständnis für komplexe

---

<sup>24</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 32 f.

<sup>25</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 30 f.

<sup>26</sup> Vgl. Welker (2007), S. 15

<sup>27</sup> Vgl. Schmidt (2008), S. 236

politische Fragen und für die nötigen Sachinformationen ebenso wie sie ihre moralischen Vorstellungen mit der Allgemeinheit abgleichen.<sup>28</sup> Durch den demokratischen Diskurs werden die Entscheidungen innerhalb der Gesellschaft legitimiert.<sup>29</sup>

Benjamin Barber vertritt innerhalb dieser Ansichtswiese die Version der „Starken Demokratie“, welche den Bürgern die Entscheidungskompetenz bei grundlegenden Sachfragen vollständig in die Hände legt. Die Institutionen nehmen eine nebengeordnete und unterstützende Funktion ein, um die Selbstregierung des Volkes zu gewährleisten. „Starke Demokratie ist durch die Politik der Bürgerbeteiligung definiert: sie ist buchstäblich die Selbstregierung der Bürger, keine stellvertretende Regierung, die im Namen der Bürger handelt.“<sup>30</sup>

Es gibt eine Vielzahl an beteiligungszentrierten Demokratietheorien, an dieser Stelle wird sich jedoch auf die deliberative Demokratietheorie und einen ihrer stärksten Vertreter konzentriert: Jürgen Habermas. Dessen Diskurstheorie stellt den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess in den Mittelpunkt. Dafür sind verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen, welche eine „kommunikativ erzeugte Macht“ ermöglichen, notwendig. Neben den parlamentarischen Diskussionen sollen auch die politischen Öffentlichkeiten ihre Meinungen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen geltend machen können.<sup>31</sup> Freie und gleiche Bürger bestimmen selbst über Politik. Dies muss zum einen rechtlich abgesichert sein, zum anderen muss der politische Wille auch tatsächlich realisiert werden können. Dabei unterscheidet Habermas die kommunikative von der administrativen Macht. Erstere ist die Macht, die vom Volke ausgeht, letztere die Macht des Staates und dessen Institutionen. Beide hängen voneinander ab und legitimieren sich gegenseitig.<sup>32</sup> Sein diskurstheoretisches Modell beinhaltet die ständige Suche nach einer Lösung mit den qualitativ besten Argumenten unter Einbeziehung aller Interessen und Gruppen. Zu seiner Theorie des kommunikativen Handelns gehört auch die Annahme, dass die informelle Öffentlichkeit zwar unorganisiert und spontan handelt, gleichzeitig hat sie jedoch die Möglichkeit zur uneingeschränkten Kommunikation, „in dem neue Problemlagen sensibler wahrgenommen, Selbstverständigungsdiskurse breiter und expressiver geführt, kollektive Identitäten und Bedürfnisinterpretationen ungezwungener artikuliert werden können als in den verfahrensregulierten Öffentlichkeiten.“<sup>33</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. Buchstein & Jörke (2007), S. 35 f.; vgl. Dachs (2008), S. 26; vgl. Holtkamp, Bogumil, Kißler (2006), S.13 ff.; vgl. Bertelsmann Stiftung (2004), S. 20

<sup>29</sup> Vgl. Siedschlag, Rogg, Welzel (2002), S. 12; vgl. König (2012), S. 5

<sup>30</sup> Vgl. Barber (1994), S. 146

<sup>31</sup> Vgl. Habermas (1998), S. 287 f.

<sup>32</sup> Vgl. König (2012), S. 12 ff.

<sup>33</sup> Habermas (1998), S. 374

## 2.1.2 Demokratieformen und -modelle

Im Hinblick auf die Demokratiemodelle gibt es eine Vielzahl von Ansätzen wie die parlamentarische, präsidentielle, direktdemokratische und autoritäre Demokratie. Aufgrund des Forschungsthemas werden hier ausschließlich die für Deutschland relevanten, partizipatorischen Demokratielinien vorgestellt. Dazu gehören die institutionalisierte repräsentative und direkte Demokratie sowie die nicht gesetzlich geregelten Beteiligungsmöglichkeiten der deliberativen und kooperativen Demokratie.

### 2.1.2.1 Repräsentative Demokratie

Die repräsentative Demokratie ist eine Herrschaftsform, bei der die Legislative, nicht direkt vom Volk, sondern über eine von ihm gewählte Vertretung ausgeübt wird. Die Bürger übergeben ihre Stimmen und Entscheidungsbefugnisse somit für eine bestimmte Zeit an die Abgeordneten. Die politische Beteiligung des Volkes ist demnach auf Wahlen und die Mitwirkung in Organisationen wie Parteien, Verbänden und Initiativen beschränkt. Die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative Demokratie mit einem parlamentarischen Regierungssystem und direktdemokratischen Elementen.<sup>34</sup>

### 2.1.2.2 Direkte Demokratie

Bei der direkten Demokratie, auch als plebiszitäre Demokratie bezeichnet, bestimmt das Volk unmittelbar über politische Sachentscheidungen.<sup>35</sup> Dies kommt zum Tragen, wenn die Bürger eine bestimmte Änderung herbeiführen wollen oder wenn sich das entsprechende Parlament nicht einigen kann, so dass die Entscheidungskompetenz an die Bürger übergeben wird. Die Elemente der direkten Demokratie gibt es ausschließlich auf Landes-, Landkreis- und Kommunalebene, nicht auf Bundesebene.<sup>36</sup> Die Bestimmungen über die Verfahrensabläufe und Quoren, die Prozentzahlen zur notwendigen Beteiligung sind in den einzelnen Landesverfassungen zu finden. Typische direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten sind die Bürger- und Volksbegehren und -entscheide sowie die Direktwahl der Bürgermeister. „Für die Bürger bietet dies eine Möglichkeit, sich über die periodisch stattfindenden Wahlen hinaus in den politischen Prozess einzubringen und ihn mitzugestalten.“<sup>37</sup> Im folgenden Kapitel werden die Bestimmungen für Sachsen näher vorgestellt.

---

<sup>34</sup> Vgl. Schubert & Klein (2011), S. 249

<sup>35</sup> Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (o.J.): Direkte Demokratie in Sachsen

<sup>36</sup> Vgl. Zittel (2007), S. 202

<sup>37</sup> Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (o.J.): Direkte Demokratie in Sachsen

### 2.1.2.3 Kooperative, partizipatorische und deliberative Demokratie

Die kooperative und deliberative Demokratie sind kaum trennscharf zu betrachten und sind den input-orientierten Demokratietheorien zuzuordnen. Sie sind nicht gesetzlich festgeschrieben und basieren auf breiten und sachlichen Diskussionen in dialogorientierten Verfahren mit Bürgern und Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung, um die bestmögliche Lösung für das Allgemeinwohl zu finden. Neben Planungszellen, Bürgerforen, Mediationsverfahren und Perspektivwerkstätten ist ebenso die Einbeziehung von Bürgern und Verbänden zur partizipatorischen Demokratie zu zählen.<sup>38</sup> Diese Verfahren sind aufgrund der politischen Nähe vor allem auf der kommunalen Ebene wirkungsvoll.<sup>39</sup> Elemente der deliberativen oder kooperativen Demokratie können die repräsentative und direkte Demokratie ergänzen und bieten weitere Mitwirkungsmöglichkeiten außerhalb der Wahlgänge.<sup>40</sup> Sie können außerdem zur Verbesserung der politischen Entscheidungen und Erhöhung derer Legitimität führen.<sup>41</sup> Deliberative Verfahren können sehr komplex sein und über mehrere Wochen oder Monate andauern, sie verlaufen in mehreren Phasen und sollten von professionellen Moderatoren und Experten begleitet werden.<sup>42</sup> Ebenso ist die Einbringung eigener Ressourcen und konkrete Ansprechpartner in Verwaltung und Politik entscheidend, so dass die Zusammenarbeit des kommunalen Kräftedreiecks möglichst eng vollzogen werden kann.<sup>43</sup> Die Entscheidungskompetenz bleibt jedoch bei den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsspitze, so dass keine verbindlichen Entscheidungen getroffen werden müssen.<sup>44</sup> Im Kapitel drei wird das Kräftedreieck und im Kapitel vier die Vor- und Nachteile von deliberativen Beteiligungsverfahren näher erläutert.

## 2.2 Politische Partizipation

Der Begriff „Partizipation“ ist auf das lateinische „participare“ zurückzuführen und bedeutet „an etwas teilhaben“ oder „jemanden an etwas teilhaben lassen“. Die politische Beteiligung der Bürger bildet die Grundlage der Demokratie. Sie hauchen ihr Leben ein, in dem sie ihre Meinungen in Wahlen und Abstimmungen kundtun oder sich gesellschaftlich und politisch in Initiativen, Vereinen und Verbänden engagieren. Dabei ist die Wahl

---

<sup>38</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2002), S. 5

<sup>39</sup> Holtkamp et al. (2006), S.13

<sup>40</sup> Vgl. Zittel (2007), S. 202

<sup>41</sup> Vgl. Buchstein & Jörke (2007), S. 35

<sup>42</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 11

<sup>43</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2002), S. 5; vgl. Holtkamp et al. (2006), S.13

<sup>44</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S.14

das wichtigste Instrument, welche durch das allgemeine, gleiche, freie, direkte und geheime Wahlrecht garantiert wird.<sup>45</sup> Die parlamentarische Demokratie legitimiert sich anhand der Zustimmung der Bürger, welche sich wiederum in deren Beteiligung niederschlägt.<sup>46</sup> Ohne die Mitwirkung der Bürger ist Demokratie nicht konsens- oder überlebensfähig.<sup>47</sup>

Die Definition von politischer Partizipation wird durch die zunehmende Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche erschwert. Selbst die Enthaltung bei Wahlen oder der Kauf von bestimmten Produkten kann als politisches Handeln verstanden werden.<sup>48</sup> In der Politikforschung ist eine Vielzahl an Definitionen zu finden, welche sich von der bloßen Betrachtung des Wahlverhaltens bis hin zum ganzheitlichen politischen Denken und Handeln erstreckt.<sup>49</sup> Der Politikwissenschaftler Günther D. Radtke sieht beispielsweise schon in „jeder mentalen [...] oder im Verhalten sichtbaren Beschäftigung mit Politik“ politische Partizipation.<sup>50</sup> Die US-amerikanischen Politikwissenschaftler Lester W. Milbrath und Madan Lal Goel definieren darunter alle Aktivitäten, die Bürger nutzen, um Einfluss auf den politischen Prozess, Entscheidungen und Ergebnisse zu nehmen oder Unterstützung für die Regierung zu zeigen, auch zeremonielle Handlungen wie das Singen einer Nationalhymne schließen sie mit ein.<sup>51</sup> Der niederländische Politikwissenschaftler Jan W. Van Deth versteht politische Partizipation als die Beteiligung der Bürger mit dem Ziel, auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können.<sup>52</sup> Allgemein gültig hat sich die Definition des deutschen Politikwissenschaftlers Max Kaase durchgesetzt. Er sieht in politischer Partizipation alle Aktivitäten, „die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“.<sup>53</sup>

Zusammenfassend lässt sich politische Partizipation anhand folgender Eigenschaften definieren: Die Partizipierenden handeln aktiv und freiwillig als Bürger bzw. Privatpersonen und nicht als Politiker oder Verwaltungsbeamte. Sie verfolgen das Ziel Einfluss auf das politische Systems auszuüben. Dieses Handeln ist nicht auf bestimmte politische Ebenen oder Bereiche beschränkt. Die Einflussnahme der Bürger kann sich folglich auf die kommunale Politik, auf die Landes- oder Bundesebene und schließlich ebenso auf die internationale Ebene beziehen.<sup>54</sup> Wie bereits beschrieben, wird das nötige Ausmaß

---

<sup>45</sup> Vgl. Von Alemann (2002), S. 81

<sup>46</sup> Vgl. Pötzsch (2009), S. 35

<sup>47</sup> Vgl. Naßmacher (2010), S. 27; vgl. Steinbrecher (2009), S. 15

<sup>48</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 181

<sup>49</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 28; vgl. Gabriel (2007), S. 224

<sup>50</sup> Radtke nach Steinbrecher (2009), S. 28

<sup>51</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 28

<sup>52</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 169

<sup>53</sup> Steinbrecher (2009), S. 28; vgl. Gabriel (2007), S. 224; vgl. Naßmacher (2010), S. 27

<sup>54</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 170 f.; vgl. Pleuger (2012), S. 60

des Bürgerinputs innerhalb der Demokratietheorien breit diskutiert.<sup>55</sup> Weiterhin kann das instrumentelle vom normativen oder intrinsischen Partizipationsverständnis unterschieden werden. Nach ersterem nutzen Bürger politische Beteiligungsmöglichkeiten, um politische Entscheidungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Nach letzterem wird die Partizipation als persönliche Entwicklung und Selbstverwirklichung als vollwertigen und demokratischen Bürger in der Gesellschaft verstanden. Die politische Bildung der Bürger ist hierfür entscheidend.<sup>56</sup>

## 2.3 Partizipationsforschung

In den letzten 50 Jahren bildeten sich stetig neue Formen der politischen Beteiligung heraus, welche sich in der dazu parallel entstandenen Vielzahl an Studien widerspiegeln. Sie reichen von der klassischen Wahlforschung über Partei- und Verbandsanalysen bis hin zur zielgruppenspezifischen Beteiligung von Migranten, Behinderten und Studenten sowie Untersuchungen zu neuen sozialen Bewegungen. Im Folgenden wird ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Partizipationsforschung gegeben. Neben wichtigen Studien werden allgemeine Befunde und der aktuelle Forschungsstand vorgestellt.

### 2.3.1 Taxonomie der Partizipationsforschung

Zunächst begann die Erforschung der politischen Partizipation nach dem Zweiten Weltkrieg anhand von Untersuchungen zur Wahl- und Wahlkampfteilnahme sowie zur Parteienmitgliedschaft. In den 1960er Jahren wurden die Kontaktaufnahme zu Politikern oder Beamten sowie die Kampagnen der Politiker und Parteien in das Studienrepertoire aufgenommen. Durch die „partizipatorische Revolution“, vor allem im Zusammenhang mit den Studentenunruhen, weiteten sich die Beteiligungsmöglichkeiten auf nicht ordnungsgemäße Formen wie Protest, Ablehnung und zivilen Ungehorsam aus.<sup>57</sup> Sie wurden als unkonventionell angesehen, da sie nicht in die sozialen Normen der Zeit passten und behielten diese Bezeichnung bis heute. Diese Definition wird jedoch als überholt

---

<sup>55</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 15

<sup>56</sup> Vgl. Henschke (2006), S. 20; vgl. Van Deth (2006), S. 170; vgl. Pleuger (2012), S. 60

<sup>57</sup> Vgl. Woyke (2009), S. 550

angesehen, da derartige Formen mittlerweile als gesellschaftlich anerkannt und reglementiert gelten.<sup>58</sup> Es hat eine „Konventionalisierung des Unkonventionellen“ eingesetzt.<sup>59</sup> Eine neue Bezeichnung ist bei Max Kaase zu finden. Er bezeichnet diese Formen nun als „Eliten herausfordernde Aktivitäten“.<sup>60</sup> Die ursprüngliche Einteilung in konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsmöglichkeiten geht ebenfalls auf Max Kaase und Samuel Barnes von 1979 zurück, welche die Partizipationsformen anhand deren Legitimität und Verfasstheit einordneten.<sup>61</sup> Sie wurde weiter in legale und illegale Vorgehensweisen ausdifferenziert. Die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder das Engagement in einer Bürgerinitiative sind deutlich von illegalen Handlungen wie Hausbesetzungen und der Anwendung von Gewalt, beispielsweise bei Demonstrationen, abzugrenzen.<sup>62</sup> Eine erneute Ausweitung der politischen Partizipation kam in den 1990er hinzu: bürgerliche Aktivitäten wie Ehrenamt und soziales Engagement.<sup>63</sup>

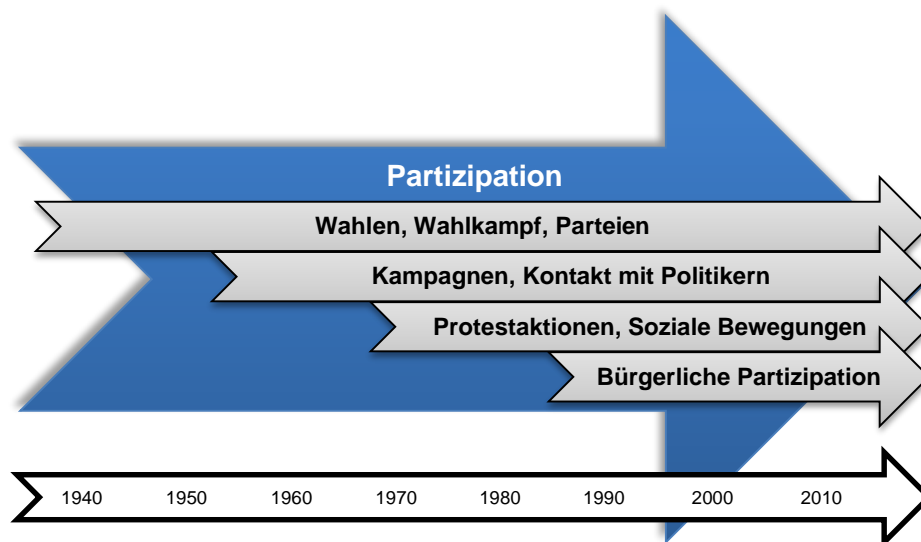


Abbildung 1: Die Ausweitung von Formen von politischer Partizipation  
Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Van Deth (2006), S. 173

Letztere werden in den Bereich der sozialen Partizipation eingeordnet, welche für die Mitgestaltung der Bürger an der Gesellschaft von hohem Wert, jedoch eher geringfügig politisch motiviert sind.<sup>64</sup> Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der politischen Partizipation.

<sup>58</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 171 f.; vgl. Pleuger, (2012), S. 61; vgl. Naßmacher (2010), S. 28; vgl. Gabriel (2007), S. 225 f.; vgl. Vetter (2008), S. 11

<sup>59</sup> Vgl. Weißels (2013), S. 364 f.

<sup>60</sup> Vgl. Kaase (2002), S. 352

<sup>61</sup> Vgl. Gabriel (2007), S. 225

<sup>62</sup> Vgl. Naßmacher (2010), S. 29

<sup>63</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 172; vgl. Pleuger, (2012), S. 61

<sup>64</sup> Vgl. Woyke (2009), S. 550



Mit der Zeit entstand eine Vielzahl an Einteilungskonzepten und Partizipationsarten. Der amerikanische Forscher Robert E. Lane betrachtete 1959 sechs verschiedene Partizipationsmöglichkeiten, 1972 unterschieden die ebenfalls amerikanischen Politologen Sidney Verba und Norman H. Nie bereits zehn. Durch die Aufnahme der unkonventionellen Formen untersuchten Barnes, Kaase et al. 1979 20 Möglichkeiten, welche anschließend vom britischen Forscher Geraint Parry et al. 1992 überarbeitet wurden. Da das soziale Engagement nun als Teil politischer Partizipation angesehen wurde, fügten Verba et al. 1995 diese hinzu und summierten die Formen schließlich auf über 40 verschiedene Partizipationsmöglichkeiten. Das jüngere Projekt „Citizenship, Involvement, Democracy“ von der European Science Foundation aus dem Jahr 2000 enthält über 50 verschiedene Aktivitäten. Der niederländische Politikwissenschaftler Jan van Deth fügte all diese zusammen und erstellte schlussendlich einen Katalog von 70 Partizipationsmöglichkeiten, wobei jedoch auch einzelne Vereinsarten wie Veteranen-, Wohltätigkeits-, Berufs- und Verbraucherverbände aufgezählt worden sind.<sup>65</sup>

Allgemeinere Einteilungen beinhalten zum einen die Wahlbeteiligung, legale und legitime sowie illegale und illegitime Aktivitäten oder zum anderen institutionell verfasste und nicht institutionelle Partizipationsformen.<sup>66</sup> Institutionalisierte und verfasste Formen politischer Partizipation sind gesetzlich festgeschrieben und laufen innerhalb allgemeinverbindlicher Regeln ab, vordefiniert durch das Wahlgesetz oder die Gemeindeordnung. Im Gegensatz dazu verfügen die Bürger bei den nicht institutionalisierten Formen aufgrund der offenen Zugangs- und Rahmenbedingungen über einen größeren Gestaltungsspielraum. Dabei spielen vor allem spontane Mobilisierungsprozesse eine wichtige Rolle.<sup>67</sup> Legale Partizipation hält sich an die gesetzlichen Regelungen, illegale Beteiligung ist gesetzeswidrig. Über die Legitimität der Beteiligungsformen entscheiden die Bürger subjektiv.<sup>68</sup> Nicht institutionalisierte Formen werden zum Teil als Bedrohung des repräsentativen Systems betrachtet, können jedoch auch als eine Art Frühwarnsystem wirken.<sup>69</sup> Durch die steigende Bedeutung von Regierung und Politik für die Bürger in modernen Gesellschaften, verschwimmen die Grenzen zwischen politischen und nicht politischen sowie zwischen öffentlichen und privaten Aktivitäten zusehends. Von Spenden über den politischen Konsum von Fair Trade Produkten bis hin zur Antragstellung beim Amt kann alles als politische Beteiligung verstanden werden.<sup>70</sup> Abbildung 2 gibt eine Übersicht von politischen Partizipationsformen, welche auf eine direkte Einflussnahme abzielen.

---

<sup>65</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 174 f.

<sup>66</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 288

<sup>67</sup> Vgl. Kaase (2002), S. 351

<sup>68</sup> Vgl. Niedermayer (2005), S. 192

<sup>69</sup> Vgl. Woyke (2009), S. 550

<sup>70</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 169



Abbildung 2: Übersicht von Partizipationsformen  
Quelle: eigene Darstellung

### 2.3.2 Forschungsentwicklung

Die Partizipationsforschung begann mit der Untersuchung des Wahlverhaltens, welches vor allem in den 1940er Jahren im Zuge der systematisierten Umfrageforschung an Bedeutung gewann. In den 1950er Jahren behandelte die Civic Culture-Studie von Gabriel Almond und Sidney Verba die politische Beteiligung bereits als zentrales Element der Politikforschung. Sie entwickelten ein Modell zu Orientierungsmustern und Einstellungen gegenüber dem politischen System. Die Gefühle bezüglich der Beteiligungspflicht, der empfundene Einfluss auf die Politik und das Vertrauen in die Politik wurden untersucht.<sup>71</sup> David Easton entwickelte dann in den 1960er Jahren die politikwissenschaftliche Systemtheorie, welche die Input- und Output-Ströme und die beeinflussenden Variablen erklärt.<sup>72</sup> Die Partizipationsforschung an sich wurde durch den amerikanischen Soziologen Lester W. Milbrath und seine international vergleichenden Studien in den 1970er Jahren begründet. 1979 folgte die Political-Action-Studie von Barnes et al., welche die nicht gesetzlich geregelte politische Partizipation repräsentativ erhob. Daraus konnte abgeleitet werden, dass nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen die Teilnahme an verfassten Partizipationsmöglichkeiten nicht ausschließen, sondern ergänzend wahrgenommen werden.<sup>73</sup> Weiterhin waren die Studien von Milbrath und M. Lal Goel sowie Verba et al.

<sup>71</sup> Vgl. Kaase (2002), S. 350

<sup>72</sup> Vgl. Fuchs (2002), S. 340

<sup>73</sup> Vgl. Kaase (2002), S. 353

in den 1980er Jahren wegweisend. Der politische Verhaltensforscher Markus Steinbrecher orientierte sich an deren Untersuchungen und wandte ihre Ansätze auf Deutschland in der Zeit von 1990 bis 2009 an. Die klassischen Fragen der Partizipationsforschung beinhalteten folgende Aspekte: Wie beteiligen sich Menschen an Politik, warum und mit welchem Ergebnis?<sup>74</sup> Im Gegensatz zur Wahlforschung, welche mit den Aggregatdaten der Wahlergebnisse und -beteiligungen auf eine stetige Datenerhebung zurückgreifen kann, basiert die nicht-elektorale Beteiligungsforschung vorwiegend auf repräsentativen Umfragen.<sup>75</sup> Die aktuelle Partizipationsforschung konzentriert sich zunehmend auf deliberative, kooperative und dialogorientierte Beteiligungsformen, welche jedoch nur anhand von Einzelfällen untersucht werden und kaum allgemeingültige Aussagen zulassen.<sup>76</sup> Forscher, die sich aktuell mit dem Thema der Demokratie und Bürgerbeteiligung befassen, sind Prof. Dr. Jan van Deth von der Universität Mannheim, Prof. Dr. Jörg Bogumil von der Ruhr-Universität Bochum sowie Prof. Dr. Wolfgang Merkel des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Prof. Dr. Helmut Klages als emeritierter Professor für Soziologie an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Politische Stiftungen wie die Bertelsmann Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftungen veranlassen ebenso Untersuchungen zu diesem Themengebiet. Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ widmet sich der Analyse der Bürger- und Volksentscheide und -begehren, da diese von keiner staatlichen Einrichtung erhoben werden.

### 2.3.3 Allgemeine Befunde der Partizipationsforschung

Winston Churchill sagte bereits 1947, dass Demokratie die schlechteste Regierungsform ist, mit Ausnahme all der anderen, die bis dato ausprobiert worden sind.<sup>77</sup> Um einzelne Problemlagen näher herauszustellen, werden im Folgenden zentrale Erkenntnisse der Forschung erläutert.

#### Partizipationsformen

Zunächst kann konstatiert werden, dass politische Beteiligungen außerhalb der Wahlgänge nicht besonders ausgeprägt sind. Die meisten Bürger sind „Zuschauer“ und nutzen keine weiteren Möglichkeiten der politischen Teilhabe.<sup>78</sup> Steinbrecher kam bei einer Studie zu langfristigen Trendentwicklungen der politischen Partizipation 2009 zu dem

---

<sup>74</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 15

<sup>75</sup> Vgl. Kaase (2002), S. 351

<sup>76</sup> Vgl. Vetter (2008), S. 19

<sup>77</sup> Vgl. Churchill (1947)

<sup>78</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 182 f.; vgl. Naßmacher (2010), S. 31

Schluss, dass nur Wahlen als politische Aktivität regelmäßig von der Mehrheit der Deutschen genutzt werden. Nicht-elektorale Partizipationsmöglichkeiten wenden nur Minderheiten an, die eher individuell nach persönlicher Motivation durchgeführt werden als in einer Gemeinschaft.<sup>79</sup> Unterschriftensammlungen sind nach Wahlen das meistgenutzte Beteiligungsinstrument. Auch die deutliche Vermehrung der Partizipationsmöglichkeiten kann keinen Anstieg in der politischen Beteiligung bewirken.<sup>80</sup>

### **Beeinflussende Faktoren**

Weiterhin wurde herausgestellt, dass politische Partizipation durch verschiedene Faktoren determiniert wird. Dazu zählen die individuelle Ressourcenausstattung wie Bildung, Einkommen, gesellschaftlicher Status und kognitive Kompetenz, die politischen Werte, Überzeugungen und Pflichtgefühle sowie die Einbindung in soziale Netzwerke und Institutionen.<sup>81</sup> Höher gebildete Männer im mittleren Alter mit höherem Einkommen engagieren sich überdurchschnittlich oft politisch. Dies gilt für konventionelle genauso wie für unkonventionelle Beteiligungsmethoden.<sup>82</sup> Verba et al. entwickelten in den 1990er Jahren in diesem Zusammenhang das „Civic Voluntarism Model“, welches die Bereitschaft für politisches Handeln mit Faktoren der individuellen Ressourcen, Motivationen und sozialen Kontakten erklärt.<sup>83</sup> Max Kaase transformierte diese Erkenntnisse in das „Standardmodell der politischen Beteiligung“, welches besagt, dass eine hohe sozio-ökonomische Ressourcenausstattung der Bürger zu einer positiven Einstellung gegenüber dem politischen System führt und für die politische Beteiligung entscheidend ist.<sup>84</sup> Somit werden anstelle der Gleichheit aller Bürger deutliche Verzerrungen in der Partizipation aufgezeigt. Gerade gesellschaftliche Randgruppen, die sich für ihre Interessen einsetzen sollten, melden sich nicht zu Wort. Weder die Informationsverbreitung durch Massenmedien und der angestiegene Wohlstand noch die Vermehrung der Partizipationsmöglichkeiten können die gleichmäßige Beteiligung in der Bevölkerung verbessern. Dies kann zur Durchsetzung nicht-repräsentativer Interessen führen und somit die Demokratie und deren Grundfesten in Frage stellen.

---

<sup>79</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 286 f.

<sup>80</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 182 f.

<sup>81</sup> Vgl. Gabriel (2007), S. 226

<sup>82</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 184; vgl. Vetter (2008), S. 18

<sup>83</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 153

<sup>84</sup> Vgl. Naßmacher (2010), S. 32

## Motivation

Weiterhin ist die politische Beteiligung von situativen Elementen abhängig: mobilisierende Ereignisse und Konflikte können katalysierend wirken. Außerdem sind Gruppeneinbindungen und die institutionellen Rahmenbedingungen entscheidend. So steigt die politische Aktivität mit der Einbindung in den intermediären Sektor der Nonprofit-Organisationen. Antriebe für politische Beteiligung können der Drang nach Bedeutung und Macht sowie der Wunsch nach sozialer Anerkennung, die persönliche Betroffenheit und der Wille, eigene Interessen durchzusetzen, sein.<sup>85</sup> Verba et al. begründen die politische Enthaltung von Bürgern mit fehlenden Ressourcen wie Zeit, Geld und Wissen sowie dem mangelnden Interesse an Politik und dem Glauben, nichts ändern zu können. Außerdem kritisieren sie, dass die Bürger nur geringfügig zur Beteiligung motiviert und eingeladen werden oder dass viele von ihnen keinen Zugang zu entsprechenden Organisationen und Netzwerken haben.<sup>86</sup> Obwohl davon ausgegangen wird, dass die Bürger Kosten und Nutzen einer Beteiligung abschätzen und nur dann aktiv werden, wenn sie es als lohnend empfinden, führt Peter H. Feindt das Paradox politischer Partizipation auf, nach dem die Kosten dem Nutzen meist überwiegen und sich die Bürger dennoch beteiligen.<sup>87</sup>

## E-Democracy

Neuere Untersuchungen widmen sich der elektronischen Demokratie, kurz E-Demokratie oder E-Democracy genannt. Hierunter werden alle Maßnahmen verstanden, die den Bürgern politische Gestaltungsmöglichkeiten im Internet ermöglichen. Abzugrenzen ist der Begriff vom E-Government, dem virtuellen Regieren, welches auf Informationen und Dienstleistungen in Form erleichternder Servicefunktionen für Bürger zur Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten über das Internet ausgerichtet ist.<sup>88</sup> Ein wesentlicher Vorteil der modernen Online-Technologie ist, dass Informationen flexibel, kostengünstig, zeit- und ortonabhängig eingestellt werden können und für jeden abrufbar sind.<sup>89</sup> Somit wird die Transparenz von politischen Diskussionen und Entscheidungen gesteigert und der direkte Dialog mit Entscheidungsträgern und Verantwortlichen erleichtert. Jedoch herrscht auch hier das Repräsentationsproblem, da nicht alle Bürger über einen Onlinezugang und die Fähigkeiten damit umzugehen verfügen. Hier sei das Stichwort der digitalen Spaltung der Gesellschaft genannt.<sup>90</sup> Van Deth betrachtet die Entwicklung der

---

<sup>85</sup> Vgl. Naßmacher (2010), S. 31 f.

<sup>86</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 15 f.

<sup>87</sup> Vgl. Feindt (2002), S. 436

<sup>88</sup> Vgl. Bauer (2004), S. 3 ff.

<sup>89</sup> Vgl. Woyke (2009), S. 550

<sup>90</sup> Vgl. Emmer, Vowe, Wolling (2011), S. 12; vgl. Vetter (2008), S. 15

politischen Onlinekommunikation skeptisch. Durch die Fragmentierung verliere die Partizipation an Durchsetzungskraft. Zudem Politiker seien dem Informations-Input der Bürger nicht gewachsen und ignorierten deren Nachrichten eher als darauf einzugehen.<sup>91</sup> Eine andere Sichtweise vertritt Frederic Solop. Er führte Experimente zur digitalen Demokratie durch, welche zeigten, dass die Wahlbeteiligung bei Jüngeren und Gebildeten dadurch erheblich gesteigert werden könnte.<sup>92</sup>

### **Politik- und Politikerverdrossenheit**

Die empirische Partizipationsforschung kann die These der verringerten politischen Beteiligung durch die fortschreitende Frustration und Politik- bzw. Politikerverdrossenheit kaum stützen. Demnach sind die Bürger demokratischer Staaten von der Inkompetenz der Politik, die gesellschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen und durch Politikerkandale enttäuscht und verlieren ihr Vertrauen in die Politik und ihre Repräsentanten. Während zwar das Vertrauen in Politiker, Parteien und Politik allgemein sinkt, stabilisiert oder steigert sich die unkonventionelle Beteiligung der Bürger sogar, wie van Deth in einer vergleichenden Studie zeigt.<sup>93</sup> Von einer Demokratieverdrossenheit, welches sich gegen das politische System richtet, kann in jedem Falle keine Rede sein.<sup>94</sup> Dies zeigt auch eine Umfrage der Bertelsmann Stiftung von 2013: Immer mehr Menschen sind mit der Demokratie zufrieden, drei Mal so viele wie noch vor 10 Jahren.<sup>95</sup> 83 Prozent sind einigermaßen oder sehr zufrieden, nur 11 Prozent sind mit der Demokratie nicht so zufrieden.<sup>96</sup>

### **Neue Beteiligungsformen**

Mit dem Aufkommen und der Erforschung der kooperativen Bürgerbeteiligungsmodelle wie Zukunftswerkstätten und Bürgerhaushalte, ergeben sich neue Möglichkeiten, Politik erfahrbarer und bürgernäher zu gestalten. Wenn Bürger ihre eigenen Meinungen und Erfahrungen innerhalb deliberativer und diskursiver Prozesse einbringen können, weisen die Resultate eine höhere Akzeptanz und Bestandskraft auf. Jedoch steht dem zunächst ein hoher Aufwand an Kosten, Zeit und Personal gegenüber. Zudem gibt es Widerstände und Ängste in Politik und Verwaltung, den Bürgern Entscheidungen in die

---

<sup>91</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 186 f.

<sup>92</sup> Vgl. Solop (2001), S. 289 ff.

<sup>93</sup> Vgl. Van Deth (2006), S. 183 ff.

<sup>94</sup> Vgl. Fuchs (2002), S. 341

<sup>95</sup> Vgl. Petersen, Hierlemann, Vehrkamp, Wratil (2013), S. 9

<sup>96</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 16

Hände zu legen sowie die Problematik, wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungsprozessen umgegangen wird, da sie meist nicht repräsentativ sind.<sup>97</sup> Die Vor- und Nachteile sowie die Einstellung der Kommunalpolitik gegenüber kooperativer Demokratieformen werden in der vorliegenden Arbeit untersucht. Nähere Erläuterungen sind in Kapitel vier zu finden.

### **2.3.4 Aktuelle Zahlen der politischen Partizipation in Deutschland und in Sachsen**

Die Wahlbeteiligung wird allgemein als Richtwert für das politische Interesse der Bevölkerung angesehen. Im Langzeitvergleich ist zu erkennen, dass die Deutschen immer weniger zur Wahl gehen. Die Bundestagswahl 2009 brachte mit 70,8 Prozent die niedrigste Beteiligungsquote in der Geschichte der Bundesrepublik hervor. 2013 lag das Ergebnis mit 71,5 Prozent nur geringfügig höher. Hierbei sei anzumerken, dass die neuen Bundesländer stetig unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Bei den Landtagswahlen fallen die Zahlen noch niedriger aus. Hessen konnte zuletzt zwar als Spitzenreiter mit 73,2 Prozent die höchste Beteiligung erzielen, Sachsen-Anhalt als Schlusslicht jedoch nur 51,2 Prozent.<sup>98</sup> Sachsen verzeichnete bei der Landtagswahl 2009 eine ähnlich geringe Quote von 52,2 Prozent. Zur Bundestagswahl 2013 gingen im Vergleich dazu 69,5 Prozent der Sachsen, 4,5 Prozent mehr als noch 2009.<sup>99</sup> Bei Europawahlen sinkt die allgemeine Wahlbeteiligung weiter, nur 43,3 Prozent der Deutschen und 47,6 Prozent der sächsischen Bevölkerung gingen 2009 zur Wahl des Europäischen Parlamentes.<sup>100</sup> Zur Europawahl 2014 konnte ein Anstieg von 1,6 Prozent in Sachsen und deutschlandweit von 4,6 Prozent gegenüber 2009 verzeichnet werden.<sup>101</sup> Es zeigt sich deutlich, dass die Beteiligungszahlen je nach politischer Ebene stark variieren. Dies gibt einen Einblick in die eingeschätzte Wichtigkeit der Wahl für die Bürger. Für die Demokratie sind die geringen Wahlbeteiligungen kritisch zu betrachten. Sie führen zu einer fraglichen Repräsentation der Einwohner im wahlfähigen Alter: nur 53,6 Prozent werden im Deutschen Bundestag vertreten.<sup>102</sup>

Im Bereich der direkten Demokratie wurden in Sachsen bisher elf Volksanträge und vier Volksbegehren beim Präsidenten des Sächsischen Landtages eingereicht, davon kam

---

<sup>97</sup> Vgl. Feindt (2002), S. 437

<sup>98</sup> Vgl. Gisart (2013), S. 357 f.

<sup>99</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2013a)

<sup>100</sup> Vgl. Gisart (2013), S. 360

<sup>101</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014a)

<sup>102</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2013)

es nur in einem Fall zum Volksentscheid.<sup>103</sup> Auf der Kommunalebene wurden laut der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung bis 2004 rund 200 Bürgerbegehren und 77 Bürgerentscheide durchgeführt.<sup>104</sup>

Im Zuge der medial verbreiteten Begriffe der Politik- und Politikerverdrossenheit, welche jedoch – wie bereits angedeutet – von der Politikwissenschaft nicht bestätigt werden können, da es nicht zum Rückzug aus der Politik kommt, sondern sich die Präferenzen lediglich verlagern, beklagen die Parteien einen deutlichen Mitgliederschwund. Derzeit gibt es in Deutschland rund 1,3 Millionen Parteimitglieder, das entspricht circa 2 Prozent der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter. Seit 1990 ist die Zahl um 40 Prozent drastisch gesunken.<sup>105</sup> Die steigende Informiertheit der Bürger und somit deren Kritikfähigkeit ist ein Erklärungsversuch für die zutreffende Parteienverdrossenheit.<sup>106</sup> Ein weiterer Grund ist darin zu finden, dass Mitgliedschaften langfristige Bindungen darstellen, denen gegenüber heute eher kurzfristige und spontane Aktionen vorgezogen werden.<sup>107</sup> Seit den 1970er Jahren engagieren sich die Bürger zunehmend in lokalen oder regionalen Bürgerinitiativen und gehen lieber Mitgliedschaften in Sport- und Kulturvereinen ein, als in Parteien.<sup>108</sup> Bernhard Weßels, Professor für Soziologie, gibt zu bedenken, dass die Organisationen der politischen Interessenvertretung und -vermittlung ihre Aufgaben der politische Willensbildung und Integration weiterhin nicht mehr erfüllen können.

Während das politische Interesse und die Beteiligung an traditionellen Formen wie Wahlen und Parteien seit 1990 stark abnehmen, werden die nicht-institutionalisierten Partizipationsmöglichkeiten stetig genutzt.<sup>109</sup> Eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2004 ergab, dass sich 21 Prozent der Befragten in Bürgerinitiativen engagieren, zwei Drittel könnten sich eine derartige Mitarbeit vorstellen. Ebenso würden zwei Drittel zu Demonstrationen gehen, ein Drittel hat bereits an politischen Kundgebungen teilgenommen. Die meisten, rund 80 Prozent, sind für Unterschriftensammlungen zu gewinnen.<sup>110</sup> Die weniger institutionalisierten Formen lassen sich schwer messen, da sie nirgends erhoben werden. Dazu gehören Bürgerinitiativen, Interessengruppen und Vereine, Petitionen, Demonstrationen, Streiks und Besetzungen.<sup>111</sup> Abbildung 3 gibt einen Überblick über die Bereitschaft von Bürgern zu verschiedenen Formen der Beteiligung.

---

<sup>103</sup> Vgl. Geitmann, Mittendorf, Rehmet, Schiller, Sterk (2013), S. 13

<sup>104</sup> Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (o.J.)

<sup>105</sup> Vgl. Gisart (2013), S. 361

<sup>106</sup> Vgl. Fuchs (2002), S. 342

<sup>107</sup> Vgl. Weßels (2013), S. 367

<sup>108</sup> Vgl. Gisart (2013), S. 361

<sup>109</sup> Vgl. Weßels (2013), S. 369

<sup>110</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2004), S. 14; vgl. Weßels (2013), S. 364 f.

<sup>111</sup> Vgl. Woyke (2009), S. 550



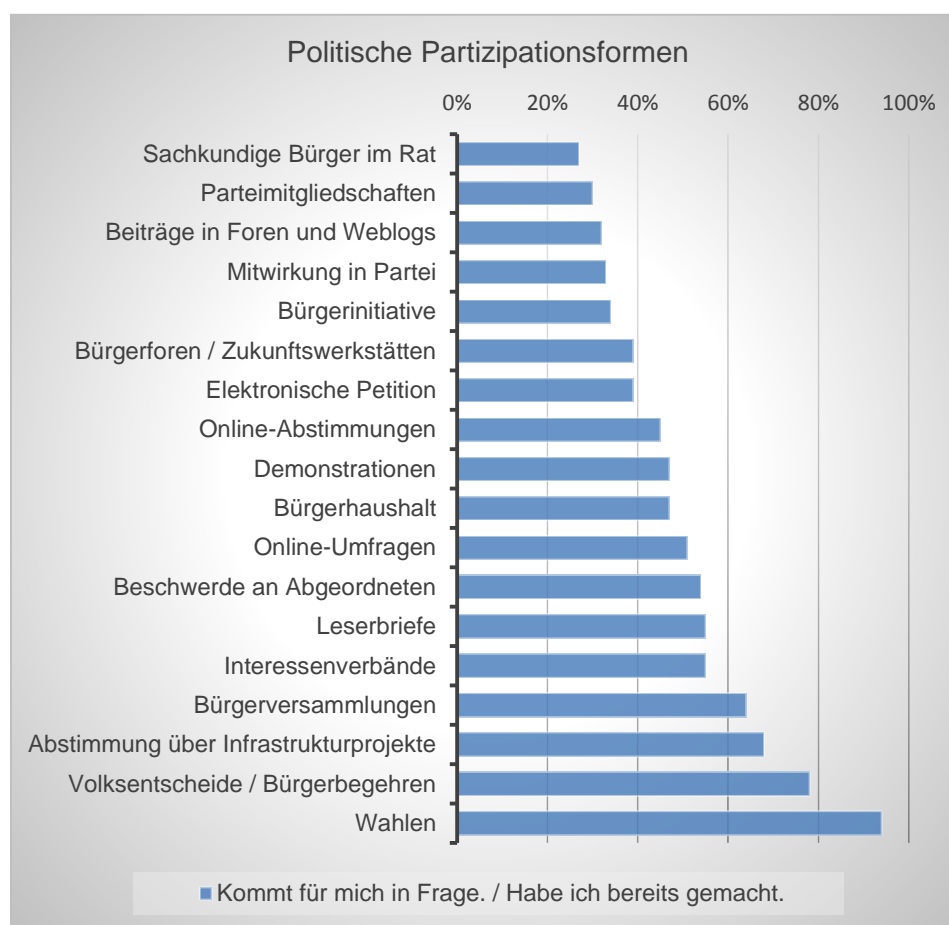


Abbildung 3: Politische Partizipationsformen  
 Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Statista (2014c),  
 ursprünglich: Bertelsmann Stiftung (2011)  
 Erhebung durch TNS Emnid 31.05.2011 bis 06.06.2011; N = 1.005

Eine Umfrage von TNS Emnid von 2012 ergab, dass 83 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass mehr direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen das Interesse für Politik und Demokratie steigern könnte.<sup>112</sup> Weiterhin sind 60 Prozent bereit, sich über die regelmäßigen Wahlen hinaus politisch einzubringen. Jedoch vermuten Dreiviertel der Befragten, dass mehr bürgerschaftliche Mitbestimmung von der Politik gar nicht gewünscht ist.<sup>113</sup> Jedoch interessieren sich immer mehr Leute für Politik und legen den Gedanken ab, dass sie nichts bewirken können. Knapp ein Viertel der Befragten denkt, dass es nichts bringt, sich politisch zu engagieren. Allerdings widersprechen 60 Prozent dieser Aussage.<sup>114</sup> Wobei 2007 noch 70 Prozent wenig an Politik interessiert waren, sind

<sup>112</sup> Vgl. Statista (2014a)

<sup>113</sup> Vgl. Statista (2014b)

<sup>114</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 19

es 2013 nur noch 45 Prozent.<sup>115</sup> Dem Datenreport 2013 der Bundeszentrale für politische Bildung zu Folge interessieren sich 30 Prozent der Deutschen stark oder sehr stark für Politik. Bei den Jüngeren fällt dieser Wert um etwa 10 Prozent, dies wirkt sich auch auf deren Wahlbeteiligung aus. Jedoch kann in der politischen Beteiligung eine zunehmende Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen verzeichnet werden.<sup>116</sup> Zuvor waren die Westdeutschen politisch aktiver, die Ostdeutschen nahmen dagegen mehr an Demonstrationen und Protesten teil.<sup>117</sup>

Der Deutsche Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, welche zuletzt 2009 mit einer Stichprobe von 20.000 Personen durchgeführt worden ist. Demnach bringen sich nur 2,7 Prozent der Befragten im Bereich Politik und Interessenvertretung ein und nur 1,9 Prozent sind Teil des lokalen Bürgerengagements.<sup>118</sup> Jedoch engagieren sich nahezu alle Teilnehmer der Befragung, um die Gesellschaft im Kleinen mitgestalten zu können.<sup>119</sup>

Die politische Enthaltung der einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten gestaltet sich bedenklich. Die Studie der Bertelsmann Stiftung zum Wahljahr 2013 schlussfolgert: „Ob jemand wählen geht, hängt demnach erheblich davon ab, wo er wohnt, welche Freunde er hat und ob in seiner Familie über Politik gesprochen wurde.“<sup>120</sup> Zum gleichen Schluss kam bereits die Enquete-Kommission 2002: „Der Wille und die Fähigkeit zur Beteiligung bildet sich in primären und sekundären Sozialisationsprozessen vor allem in Elternhaus und Schule, in Gleichaltrigengruppen, Nachbarschaften, Vereinen, Kirchengemeinden und anderen sozialen Netzen. Dort werden entsprechende Handlungsmotive, Kompetenzen und Wertorientierungen erworben und Vorbilder gefunden (oder auch nicht).“<sup>121</sup> Die Demokratie spaltet sich dieser Studie zufolge zunehmend sozial auf, vorgeprägt durch soziodemographische, -ökonomische und -kulturelle Einstellungsfaktoren sowie die politische Sozialisation.

Eine weitere Erkenntnis besagt, dass das Interesse an Politik mit zunehmendem Alter wächst. Die Erstwähler entpolitisieren sich zusehends und dies lässt sich später nicht mehr ausgleichen.<sup>122</sup> In den unteren sozialen Schichten denkt in etwa jeder Zweite, dass

---

<sup>115</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 35

<sup>116</sup> Vgl. Weßels (2013), S. 363 ff.

<sup>117</sup> Vgl. Steinbrecher (2009), S. 286 f.

<sup>118</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010), S. 7

<sup>119</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010), S. 12

<sup>120</sup> Petersen et al. (2013), S. 8

<sup>121</sup> Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2002), S. 156

<sup>122</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 8

es nichts bringt sich politisch einzubringen – ganz gleich, ob an der Wahlurne oder mithilfe anderer Möglichkeiten. Diese Bevölkerungsteile sind mit dem politischen System auch eher unzufrieden als gesellschaftlich höher gestellte Gruppen.<sup>123</sup>

Die Vermutung, mit neuen und alternativen Beteiligungsformen wie Online-Diskussionen oder Bürgerforen könnten die Bürger wieder für Politik begeistert und motiviert werden, verstärkt laut der Bertelsmann Stiftung die soziale Spaltung der Demokratie weiter. Alternative politische Beteiligungsformen sprechen vor allem Menschen an, die bereits politisch aktiv sind und sich an Wahlen beteiligen. Jüngere sind dagegen eher mit Online-Beteiligungsformaten zugewinnen. Bildungsferne und einkommensschwache Schichten können auch mit den neuen Formen nicht für Politik begeistert werden. Zudem konnte herausgefunden werden, dass sich Unzufriedene zum Teil zwar nicht an der Wahl beteiligen, sich dafür aber bei alternativen Beteiligungsmöglichkeiten engagieren, um dort etwas verändern zu können. Sehr Zufriedene gehen zur Wahl, verspüren kein großes Veränderungsbedürfnis und beteiligen sich somit auch weniger an den alternativen Partizipationsmöglichkeiten.<sup>124</sup>

## 2.4 Conclusio Demokratie und Partizipation

Zusammenfassend wird deutlich, dass es eine Vielzahl an politischen Beteiligungsmöglichkeiten und ein großes Potential gibt, dieses jedoch durch verschiedenste Faktoren nur eingeschränkt genutzt wird. Die rückläufigen Mitgliederzahlen der Parteien sind auf die Verlagerung der politischen Partizipation in andere Gesellschaftsbereiche zurückzuführen. Dennoch beruht das repräsentative System auf der Wahlbeteiligung des Volkes. Rückt dieses weiter von Wahlen und Parteien ab, wird die Legitimation der Abgeordneten sinken. Die Chance, die Bürger wieder mehr an das politische System zu binden, obliegt unter anderem der kommunalen Ebene. Hier wird Politik „im Kleinen“ vollzogen, politische Entscheider und Bürger sind sich räumlich nahe und können über lokal wichtige Themen diskutieren. Für die Mitwirkung der Bürger sind nicht nur sie selbst, sondern ebenso die Kommunalpolitiker und -verwaltungsmitarbeiter verantwortlich, wie sich im folgenden Kapitel zeigen wird.

---

<sup>123</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 20

<sup>124</sup> Vgl. Petersen et al. (2013), S. 57 ff.

### 3 Kommunalpolitik in Sachsen

Im Kapitel über die Kommunalpolitik in Sachsen wird der Untersuchungsgegenstand der Stadt- und Gemeinderäte im Kräftedreieck mit der Verwaltung und den Bürgern näher dargestellt. Weiterhin werden das Kommunalrecht und die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in sächsischen Kommunen erläutert sowie aktuelle Beispiele für kooperative Partizipationsverfahren vorgestellt.

#### 3.1 Verwaltungsgliederung: Landkreise, Städte und Gemeinden

Der Begriff der Gemeinden, auch Kommunen genannt, kommt vom lateinischen „communis“ und kann als „öffentlich“ oder „gemeinsam“ übersetzt werden. Darunter werden Gebietskörperschaften vom Dorf über die Großstadt bis hin zum Landkreis verstanden.<sup>125</sup> In Sachsen gibt es drei Kreisfreie Städte: Dresden, Chemnitz und Leipzig, die als Kriterium mehr als 50.000 Einwohner vorweisen müssen. Die Landkreise sind regionale Zusammenschlüsse von Gemeinden und können Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen, die das Leistungsspektrum einer Kommune übersteigen.<sup>126</sup> In Sachsen gibt es zehn Landkreise: Nordsachsen, Mittelsachsen, Zwickau, Görlitz, Erzgebirge, Leipzig Land, Vogtland, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Meißen und Bautzen.<sup>127</sup> In der Karte auf Abbildung 4 sind die Landkreise und die Struktur der Gemeinden dargestellt. Seit der Gemeindegebietsreform von 1998 haben sich viele Kommunen aufgrund der demographischen Entwicklungen und den finanziellen Engpässen zu Verwaltungsgemeinschaften oder Einheitsgemeinden mit dem Ziel der Errichtung leistungs- und zukunftsfähiger Verwaltungsstrukturen zusammengeschlossen.<sup>128</sup> Die Anzahl der Kommunen sank von rund 1.600 im Jahr 1990 auf heute 432 Städte und Gemeinden (Stand: 13. März 2014).<sup>129</sup>

---

<sup>125</sup> Vgl. Pötzsch (2009), S. 122

<sup>126</sup> Vgl. Pötzsch (2009), S. 124

<sup>127</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen (2014b)

<sup>128</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (2014)

<sup>129</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen (2014b); vgl. Retschke (2007), S. 73

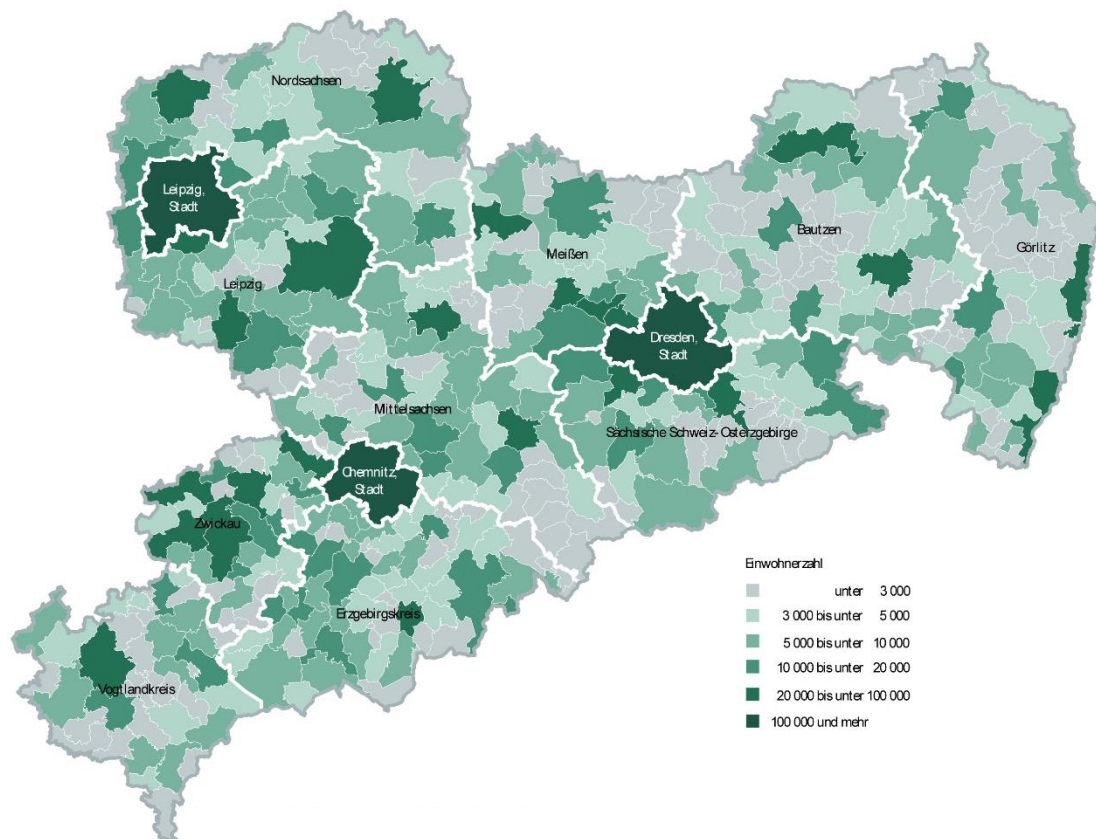


Abbildung 4: Verwaltungsgliederung Sachsen  
 Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2013b), S. 3

Die Karte zeigt, dass die kleinen Gemeinden bis 5.000 Einwohner deutlich überwiegen. Im Zuge einer umfangreichen Verwaltungs- und Funktionalreform, wurden die Landkreise 2008 neu geordnet, so dass die ursprünglich 48 Kreise auf 10 reduziert worden sind. Somit weist Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern große und wenige Verwaltungsgebiete auf, welche eingerichtet worden sind, um effizientere Arbeitsweisen zu schaffen.<sup>130</sup>

## 3.2 Sächsisches Kommunalrecht

Das Staatssystem der Bundesrepublik Deutschland ist stark repräsentativ-demokratisch und eher schwach direkt-demokratisch verfasst. Auf der Landes- und vor allem auf der Kommunalebene kommt der direkten Demokratie wesentlich mehr Bedeutung zu. Den

<sup>130</sup> Vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 287 f.

Bundesländern obliegt das Recht über die jeweilige Gemeindeordnung, auch Kommunalverfassung genannt, zu entscheiden.<sup>131</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Gemeindeordnungen erneut nach dem Prinzip der Selbstverwaltung verfasst. So flossen die Einflüsse der jeweiligen Besatzungsmacht mit in die rechtlichen Bestimmungen ein. In Bayern und Baden-Württemberg wurde die Süddeutsche Ratsverfassung als Grundlage der Gemeindeordnungen eingeführt, welche sich mittlerweile in fast allen Bundesländern, so auch in Sachsen, durchgesetzt hat.<sup>132</sup> In den 1990er Jahren expandierten die direktdemokratischen Elemente deutlich. Dabei gelten Bayern und Baden-Württemberg als Vorreiter.<sup>133</sup> In Sachsen begann 2008 eine umfangreiche Verwaltungs- und Funktionalreform, welche die aktuelle Verwaltungsgliederung initialisierte. Viele Aufgaben des Freistaats wurden den neuen Landkreisen und kreisfreien Städten zugeteilt, so dass die verbleibenden Aufgaben in wenigen Behörden zusammengefasst worden sind. Die neue Landesdirektion, welche ehemals drei Regierungspräsidien beinhaltete, arbeitet als Mittler zwischen den Staatsministerien und den Kommunen.<sup>134</sup>

Das Kommunalrecht gehört zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder. Im Art. 28 GG ist das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen festgeschrieben, somit wird die eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung der rechtlich selbstständigen Gebietskörperschaften garantiert. Die sogenannte Allzuständigkeit sagt aus, dass die Gemeinden „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung regeln können“. <sup>135</sup> Gleiches sagt der Subsidiaritätsgrundsatz zugunsten der kommunalen Ebene aus, welcher festlegt, dass die Kommunen für alle öffentlichen Aufgaben in der örtlichen Gemeinschaft verantwortlich sind, sofern diese nicht von anderen Stellen gesetzlich ausgeführt werden müssen. Landkreise verfügen dagegen nicht über solch eine Zuständigkeitsvermutung, sie übernehmen nur Aufgaben, die ihnen durch Bundes- oder Landesrecht zugewiesen worden sind, um die Kommunen zu entlasten.<sup>136</sup> Im Abschnitt 7 der Sächsischen Verfassung sind die Rechtsstellung und Aufgaben der Kommunen und Landkreise niedergeschrieben.

Die kommunalen Aufgaben setzen sich aus Bundesauftragsangelegenheiten, Pflichtaufgaben nach Weisung, weisungsfreien Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben zusammen. Im Rahmen der Bundes- oder Länderauftragsangelegenheiten werden der Kommune Aufgaben vom Bund oder Land übertragen, wie zum Beispiel der zivile Bevölkerungsschutz. Pflichtaufgaben nach Weisung sind Aufgaben des Freistaates, der

---

<sup>131</sup> Vgl. Pöttsch (2009), S. 122

<sup>132</sup> Vgl. Pöttsch (2009), S. 123; vgl. Wehling (2002), S. 236 f.

<sup>133</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (2004), S. 26

<sup>134</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 14

<sup>135</sup> Sponer & Tostmann (2012), S. 15

<sup>136</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 15 f.

diese jedoch auf die Kommunen überträgt. Die Art und Weise der Aufgabenerfüllung wird vorgegeben, dazu gehören Wahlen, Naturschutz und Polizei. Weisungsfreie Pflichtaufgaben fallen dagegen in den Bereich der Selbstverwaltung. Die Gemeinde kann selbst entscheiden, wie sie die Angelegenheit organisatorisch erledigt, so beispielsweise bei der Sanierung und Erhaltung von Schulen, Kindergärten, der Wasserversorgung und bei der Bauleitplanung. Wenn die dauerhafte Erfüllung der Pflichtaufgaben garantiert werden kann, können freiwilligen Aufgaben angegangen werden. Dabei kann die Gemeinde eigenständig entscheiden, ob sie der Angelegenheit nachgeht oder nicht. Dazu gehören zum Beispiel Städtepartnerschaften, Büchereien oder Theater.<sup>137</sup> Im Rahmen der Selbstverwaltung ist die Kommune folglich für die ökonomisch-soziale Grundversorgung, die öffentliche Infrastruktur und die kommunale Entwicklungsplanung verantwortlich. Dazu gehören die Bereiche Sozialwesen (Kitas, Krankenhäuser, Pflegeheime), Bildung (Volkshochschulen), Freizeit (Sport und Kultur), Wirtschaftsförderung (Gewerbeparks und Technologiezentren) sowie die Müllentsorgung.<sup>138</sup>

### 3.3 Konfliktsituationen in den Kommunen

Seit den 1990er Jahren unterliegt die Kommunalpolitik mehreren Entwicklungen, die ihr viel abverlangen: die Haushaltskrise, die Privatisierungen der kommunalen Daseinsvorsorge, die Einführung der direkt-demokratischen Beteiligungsinstrumente sowie kooperative Partizipationsverfahren und die Verwaltungsmodernisierung im Zuge des Neuen Steuerungsmodells.<sup>139</sup>

Die Aufgabenwahrnehmung ist stark von der finanziellen Ausstattung der Stadt oder Gemeinde abhängig. Die Einnahmen der Kommunen setzen sich aus den Steuern wie Grund- und Gewerbesteuern sowie aus den Finanzaufweisungen der Länder zusammen. Zusätzlich können Gebühren und Beiträge erhoben und Kredite aufgenommen werden.<sup>140</sup> Durch die Lastenüberwälzung von Bund und Land sind die Kommunen in eine schwerwiegende Haushaltskrise geraten. Durch das vergleichsweise geringe Pro-Kopf-Aufkommen in der Gewerbesteuer der sächsischen Kommunen sind sie zu fast 50 Prozent auf die Finanzaufweisungen des Freistaates angewiesen. Zudem haben die Kommunen in den ländlichen Räumen mit deutlich rückläufigen Einwohnerzahlen zu kämpfen. Die steigenden Sozialausgaben im Zuge der Finanzkrise verstärken die prekäre finanzielle Situation weiter.<sup>141</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 30 ff.

<sup>138</sup> Vgl. Andersen (2009), S. 223; vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 290

<sup>139</sup> Vgl. Bogumil, Holtkamp, Kißler (2004), S. 64

<sup>140</sup> Vgl. Andersen (2009), S. 224

<sup>141</sup> Vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 304 f.

Zur Entlastung versuchen die Kommunen Aufgaben an private Unternehmen und an Bürger abzugeben.<sup>142</sup> Durch die Privatisierung von kommunalen Aufgaben kann es zu Konflikten kommen, da die Kommune somit womöglich ihre Einflussmöglichkeiten abgibt. Ist dies der Fall, werden die Handlungsspielräume der Städte und Gemeinden eingeschränkt, so dass die Kommunen die Bürgerwünsche nicht umsetzen können.<sup>143</sup> „Die Bürger werden so zwar immer mehr nach ihrer Meinung gefragt, aber ihre Meinung ist aufgrund geringerer Handlungsspielräume immer folgenloser.“<sup>144</sup> Es kommt mitunter zu einer „Demokratisierung der Machtlosigkeit“<sup>145</sup>. Werden die Erwartungen der Bürger enttäuscht, geht das Vertrauen in die Kommunalpolitik verloren, die Frustration steigt und die Wahlbeteiligung sinkt.

Durch die Globalisierung und die vorgegebenen Verschuldungsgrenzen der Europäischen Währungsunion wurden immer höhere Standards an Kommunen gestellt. Konsolidierungsprogramme spitzen die finanzielle Lage der Kommunen weiter zu. Die gleichbleibenden Mittelzuweisungen entsprechen nicht mehr dem gewachsenen Aufgabenpensum der Kommunen. Die freiwilligen Aufgaben bleiben zurück und das Verwaltungspersonal muss abgebaut werden. Um die Effizienz der Städte und Gemeinden dennoch steigern zu können, setzen seit den 1990er Jahren viele Kommunen auf Kooperationen, so dass Aufgaben auf Bürger und Vereine übertragen werden.<sup>146</sup> Diese bringen ihre eigenen Ressourcen ein, arbeiten ehrenamtlich und können somit ihre Rolle als Mitgestalter wahrnehmen.<sup>147</sup> Eine weitere Maßnahme der Verwaltungsmodernisierung ist das „Neue Steuerungsmodell“, welches ebenfalls zu Beginn der 1990er von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle initiiert wurde. Es ist das Pendant zum „New Public Management“ in Großbritannien. Die Verwaltungen sollen demnach als effiziente und bürgernahe Dienstleistungsunternehmen arbeiten, um in diesem Zuge auch der Politik- und Bürokratieverdrossenheit entgegen zu wirken.<sup>148</sup>

Etwa zur gleichen Zeit setzte der Anstieg der Politik- und Politikerverdrossenheit ein. Der Glaube an die Legitimation von Entscheidungen der gewählten Vertreter lässt bei den Bürgern nach. Die Parteien verzeichnen rückläufige Mitgliederzahlen und die Wähler können sich nur schwer mit Parteien identifizieren, so dass eine zunehmende Distanz zwischen Bürgern und Politik entsteht. Die Grundidee der Demokratie wird dabei jedoch nicht berührt. Sie hat nach wie vor hohe Zustimmungswerte.

---

<sup>142</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 178

<sup>143</sup> Vgl. Andersen (2009), S. 223; vgl. Frischmuth & von Kodolitsch (1999), S. 189

<sup>144</sup> Vgl. Bogumil et al. (2004), S. 71

<sup>145</sup> Bogumil et al. (2004), S. 72

<sup>146</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S.15; vgl. Dieckmann (1999), S. 211

<sup>147</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S.16

<sup>148</sup> Vgl. Grimmer (2004), S. 53; vgl. Bogumil (2003) S. 28



Der Lebens- und Wertewandel weg von der Pflichterfüllung hin zur Selbstentfaltung bringt mitunter Bürger mit hohen Ansprüchen an das politische System hervor. Der Bürger möchte beteiligt werden, sich jedoch nicht im traditionellen Parteien- und Verbändesystem engagieren. Zudem müssen sich die Kommunalpolitiker im direkten Kontakt mit den Bürgern eher mit deren Wünschen und Erwartungen auseinandersetzen als Berufspolitiker auf höheren Ebenen.<sup>149</sup> Gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Drogen, Umweltverschmutzung, Integration und der demographische Wandel werden zudem vor allem in den Kommunen spürbar. Durch die rechtlichen und finanziellen Vorgaben und der Komplexität der kommunalen Aufgaben, haben sie jedoch gleichzeitig mit einem stark eingeschränkten Handlungsfeld zu kämpfen.<sup>150</sup> Schlussfolgernd lässt sich sagen, dass sich Kommunen mit schwierigen Entwicklungen und „von oben“ vorgelegten engmaschigen Rahmenbedingungen auseinander setzen müssen.

Ein Lösungsversuch ist die Bürgerkommune mit der vermehrten Einbindung der Bürger in die Kommunalpolitik. Diese sollte zu einem „Zusammenspiel von direkter, kooperativer und repräsentativer Demokratie“ führen. Es wird auf die Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Verwaltung, Kommunalpolitik und Bürgern gesetzt.<sup>151</sup> Letztere können sich auf diese Weise intensiver mit ihrer Stadt oder Gemeinde identifizieren und Entscheidungsprozesse besser nachvollziehen.<sup>152</sup> Dadurch würde sich ebenso der Legitimationsglaube in die Politiker erhöhen.<sup>153</sup> Weitere Ziele der Bürgerkommune sind die höhere Zufriedenheit und Akzeptanz der Bürger mit den kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten, die vermehrte Teilnahme an der demokratischen Willensbildung, die Stärkung der Solidarität und des Ehrenamts in der Stadt oder Gemeinde sowie die Verbesserung der kommunalpolitischen Ergebnisse.<sup>154</sup>

### 3.4 Akteure im Kräftedreieck: Bürger, Verwaltung, Rat

Um die Akteure und deren Funktionen in der Kommunalpolitik vorzustellen, wird das Kräftedreieck nach Birgit Frischmuth und Paul von Kodolitsch herangezogen. Dieses besteht aus dem Rat als repräsentative Vertretung und Ort der Willensbildung sowie der willensausführenden Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze und den Bürgern der Kommune.<sup>155</sup>

---

<sup>149</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S.16 f.

<sup>150</sup> Vgl. Andersen (2009), S. 228; vgl. Grimmer (2004), S. 43

<sup>151</sup> Bogumil & Holtkamp (2011), S. 177

<sup>152</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 178; vgl. Herzberg (2006), S.19

<sup>153</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S.18

<sup>154</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 179

<sup>155</sup> Vgl. Wehling (2002), S. 236 f.; vgl. Naßmacher & Naßmacher (2007), S. 210

### 3.4.1 Der Bürgermeister und die Verwaltung

Der Bürgermeister nimmt eine besondere Position in der Kommunalpolitik ein. Er bildet als ein Wahlbeamter die Verwaltungsspitze der Gemeinde und hat den Vorsitz im Gemeinderat. Außerdem ist er der Repräsentant und Rechtsvertreter der Kommune. Da er von den Bürgern direkt gewählt wird, verleihen sie ihm eine eigenständige Legitimation. Er kann sich somit bei politischen Entscheidungen auf den Volkswillen berufen. Die Bürger können ihm jedoch ihr Misstrauen aussprechen, in dem sie ihn nicht wieder ins Amt wählen oder ihn mittels Bürgerbegehren dem Posten entheben. Dieser Umstand kann dazu beitragen, dass sich der gewählte Mandatsträger verstärkt an den Interessen der Bürger ausrichtet, um seine Wiederwahl und sein Ansehen zu gewährleisten.<sup>156</sup>

Ob die Bürgermeister ein haupt- oder ehrenamtliches Amt führen, ist von der Größe der Gemeinde abhängig: ab 5.000 Einwohnern arbeitet der Bürgermeister hauptamtlich. Zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern ist je nach Zugehörigkeit zu einem Verwaltungsverband zu entscheiden und unter 2.000 Einwohner ist der Bürgermeister stets ehrenamtlich. Er bereitet die Stadt- oder Gemeinderatssitzungen vor und vollzieht die Beschlüsse. Dem Rat gegenüber hat er umfassende Informationspflicht. Dafür besitzt er das Eilentscheidungsrecht und kann sofern eine dringende Entscheidung gefällt werden muss, anstelle des Rates beschließen. Zudem ist er für die Arbeit der Gemeindeverwaltung zuständig.<sup>157</sup> Derzeit gibt es in Sachsen 307 hauptamtliche und 126 ehrenamtliche Bürgermeister. Davon stellt die CDU die meisten Bürgermeister mit rund 37 Prozent. Die anderen Parteien sind nur gering vertreten: die SPD mit 4 Prozent, die FDP mit rund 3 Prozent und DIE LINKE mit 2 Prozent. Dagegen kommt Bürgermeistern ohne Parteizugehörigkeit, den Einzelbewerbern oder Bürgermeistern aus lokalen Wählervereinigungen zahlenmäßig eine bedeutendere Rolle zu: Fast ein Drittel der sächsischen Bürgermeister ist parteilos und etwa ein Fünftel gehört zu einer unabhängigen Wählervereinigung.<sup>158</sup>

Die Verwaltung ist für die Umsetzung der politischen Entscheidungen und der kommunalen Aufgaben zuständig. Sie ist arbeitsteilig und hierarchisch gegliedert und richtet sich nach vorformulierten Regeln und Programmen. Ihre Grundsätze sind im § 28 Sächs-GemO gesetzlich niedergeschrieben.<sup>159</sup> Sie ist für die Bereitstellung der öffentlichen Leistungen wie Müllentsorgung, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen verantwortlich. Gleichzeitig verfügt die Verwaltung über das Hoheitsrecht, sie kann Disziplinarstrafen

---

<sup>156</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2002), S. 4; vgl. Pötzsch (2009), S. 123; vgl. Schleer (2003), S. 191

<sup>157</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 48 ff.

<sup>158</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014c)

<sup>159</sup> Vgl. Bogumil (2003), S. 6 f.

aussprechen und Bußgelder verlangen. Dem Rat gegenüber muss sie Informationen zuarbeiten und Auskünfte geben. Zusammen bilden Rat und Verwaltung das politisch-administrative System innerhalb des Kräftedreiecks.<sup>160</sup>

### 3.4.2 Der Stadt- und Gemeinderat

Die kommunale Volksvertretung setzt sich aus den Mitgliedern des Stadt- oder Gemeinderates zusammen, welcher alle fünf Jahre von den Bürgern gewählt wird und somit seine Legitimation erhält. Er verfügt über ein Informations- und Akteneinsichtsrecht, um die Arbeit der Verwaltung und des Bürgermeisters zu kontrollieren.<sup>161</sup> Der Rat bestimmt über Beschlüsse, Richtlinien, Satzungen und den Haushalt. So legt er die rahmengebenden Normen für die Bürger fest. Für eine umfassende Meinungsbildung kann er Bürger und Interessenvertretungen mit in die politischen Beratungen einbeziehen. Das können Bürgerinitiativen, Mietervereine, Gewerkschaften sowie Industrie- und Handelsvertretungen sein.<sup>162</sup> Er nimmt den ungefilterten Bürger-Input auf und gibt ihn gefiltert an die Verwaltung weiter. Diese prüft die Machbarkeit und liefert nähere Informationen zum Thema. Somit stellt der Rat einen Mittler zwischen dem Input der Bürger und dem Output der Verwaltung dar.<sup>163</sup>

Er besteht aus parteilosen Einzelbewerbern, lokalen Wählervereinigungen und den Parteien. Die Mitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Die Gemeinde- und Stadträte arbeiten stets ehrenamtlich.<sup>164</sup> Die Größe des Rates richtet sich nach der Einwohnerzahl. „Je kleiner die Gemeinde desto besser ist das Verhältnis von Gemeinderat zu Einwohner.“<sup>165</sup> Durch die Gemeindegebietsreform wurden die Anzahl der Gemeinden und gleichzeitig die Anzahl der Räte verringert, so dass eine größere Distanz zwischen den Einwohnern und ihren Vertretern entstanden ist. Diese kann jedoch durch die Einrichtung von Ortschaftsräten sowie -vorstehern als hierarchisch kleinere Einheiten innerhalb der Gemeinde überwunden werden. Der Stadt- oder Gemeinderat bestimmt Ort und Zeit seiner Sitzungen, welche öffentlich und mindestens einmal im Monat stattfinden. Außerdem kann er beschließende und beratende Ausschüsse einrichten oder Beiräte einberufen.<sup>166</sup>

---

<sup>160</sup> Vgl. Herzberg (2006), S. 18

<sup>161</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 101; vgl. Buß (2008), S. 23

<sup>162</sup> Vgl. Herzberg (2006), S. 15 f.

<sup>163</sup> Vgl. Buß (2008), S. 23

<sup>164</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 101

<sup>165</sup> Schleer (2003), S. 102

<sup>166</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 102 ff.

Zur Kommunalwahl 2014 beteiligten sich 49,1 Prozent der wahlberechtigten Sachsen. Davon erhielt die CDU mit einem Drittel die meisten Stimmen, gefolgt von den freien Wählervereinigungen mit 23,8 Prozent. DIE LINKE erreichte 16,5 Prozent, die SPD 10,7 Prozent und die GRÜNE 5,8 Prozent. Die FDP kam auf 4,2 Prozent und die AfD auf 2,5 Prozent.<sup>167</sup>

### 3.4.3 Die Bürger und Einwohner

Im Kommunalrecht werden Bürger und Einwohner voneinander unterschieden. Einwohner sind alle Personen, die in der Stadt oder Gemeinde wohnen. Bürger sind dagegen Einwohner ab 18 Jahren, die ihren Hauptwohnsitz mindestens drei Monate in der Kommune haben. Dazu gehören auch die Unions- oder EU-Bürger.<sup>168</sup> Die Bürger können mittels Referenden wie Bürgerbegehren und -entscheiden in die Kommunalpolitik eingreifen. Dies führt zu einem erhöhten Legitimations- und Leistungsdruck des Rates und des Bürgermeisters und soll die Rückkopplung zwischen Repräsentanten und Bürgern unterstützen.<sup>169</sup> Sie haben das aktive Wahlrecht und wählen den Stadt- oder Gemeinderat und Kreistag aller fünf Jahre, den Bürgermeister und gegebenenfalls den Landrat aller sieben Jahre.<sup>170</sup> Durch die Reform der Verwaltung im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells und die damit erhoffte Bürgernähe hat sich die Rolle der Bürger verändert. Sie werden heute als Kunden der Verwaltung wahrgenommen. Bogumil & Holtkamp übertragen den Bürgern weitere Rollen, da sie nicht nur Kunden der kommunalen Dienstleistungen, sondern als Wähler ebenso politische Auftraggeber und als Mitglieder der Gemeinde Mitgestalter, vor allem im ehrenamtlichen Bereich, sind.<sup>171</sup> Pleuger beschreibt die Aktivität der Bürger in der Gemeinde anhand zweier Typen: Die Hoch-Engagierten haben ein großes Vertrauen in das politische System und nutzen sowohl die konventionellen als auch die unkonventionellen Formen der politischen Teilhabe aktiv. Die wenig-engagierten Bürger sind der Politik und den Politikern gegenüber skeptisch eingestellt und vertreten die Meinung, nichts bewirken zu können.<sup>172</sup>

Die kommunale Willensbildung erfolgt traditionell in Vereinen, bei freien Trägern, Bürgerinitiativen und Parteien. Hier seien vor allem die „Rathausparteien“ hervorzuheben,

---

<sup>167</sup> Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014b), ohne die kreisfreien Städte Dresden, Chemnitz und Leipzig

<sup>168</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 200, Im allgemeinen Sprachgebrauch wird meist der Begriff „Bürger“ verwendet, wobei jedoch im eigentlichen Sinne die Einwohner gemeint sind. Gleiches gilt für die Bezeichnung der „Bürgerbeteiligung“, welche die Einwohner miteinbezieht.

<sup>169</sup> Vgl. Wehling (2002), S. 236 f.

<sup>170</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 49

<sup>171</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 179; vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 12 f.

<sup>172</sup> Vgl. Pleuger (2012), S. 67

welche individuell lokale Wählervereinigungen darstellen. In größeren Städten spielen die Industrie- und Handelskammern ebenso eine wichtige Rolle für die politische Willensbildung.<sup>173</sup>

### 3.4.4 Das Kräfterdreieck

In Abbildung 5 ist das Kräfterdreieck veranschaulicht. In jeder Ebene des Kräfterdreiecks kann es zu Spannungen kommen. So unterstehen die Ratsmitglieder den Erwartungen der Bürger und der Repräsentation derer Interessen. Sie müssen zwischen gegensätzlichen Bürgermeinungen und parteiinternen Zielen abwägen.<sup>174</sup> Die Verwaltung dagegen untersteht strengen hierarchischen Abläufen und muss sich mit Modernisierungsmaßnahmen und dem Abbau von Arbeitsplätzen auseinandersetzen. Gleichzeitig wird von ihr eine effektive, effiziente und bürgernahe Arbeitsweise gefordert. Die Bürger wiederum erwarten eine funktionierende Leistungsbereitstellung für die Zahlung ihrer Steuern und Beiträge.<sup>175</sup> Sie können sich direkt bei der Verwaltung beschweren oder sich über Bürgerbeteiligungsinstrumente an den Rat oder Bürgermeister wenden. Das Verhältnis zwischen Bürgern und Rat ist jedoch durch Rückkopplungs- und Responsivitätsdefizite belastet.<sup>176</sup> „Die kommunalen Akteure stehen dabei [...] in einem Spannungsverhältnis zwischen der bürgerschaftlicher Teilhabe (Partizipation) und der administrativen Leistungsfähigkeit (Effizienz).“<sup>177</sup>

---

<sup>173</sup> Vgl. Andersen (2009), S. 226

<sup>174</sup> Vgl. Herzberg (2006), S. 16; vgl. Bogumil (2003), S. 7

<sup>175</sup> Vgl. Bogumil (2003), S. 7

<sup>176</sup> Vgl. Bogumil (2003), S. 18

<sup>177</sup> Naßmacher & Naßmacher (2007), S. 27

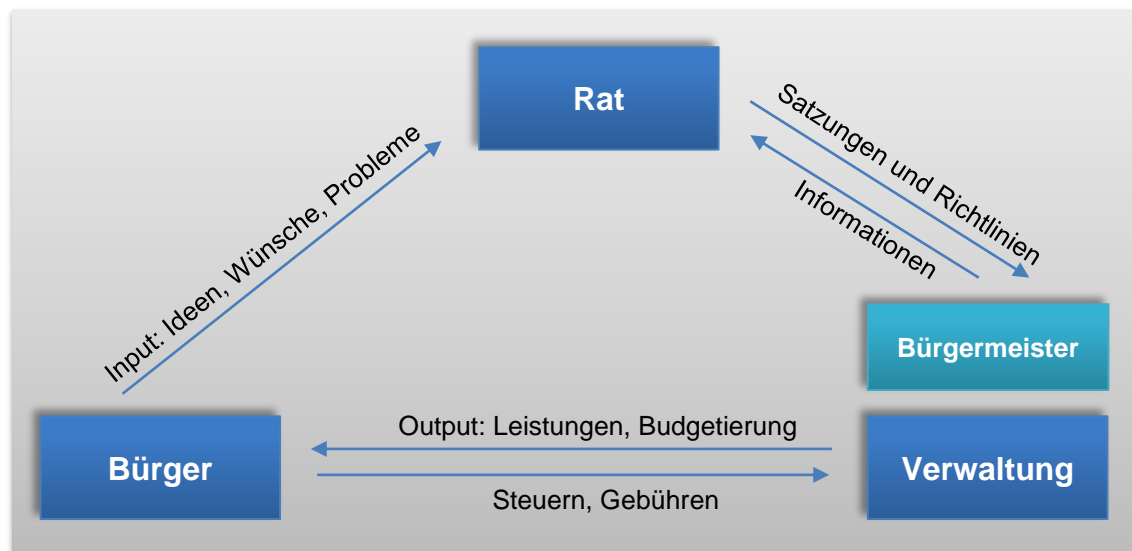


Abbildung 5: Kommunales Kräftedreieck  
Quelle: eigene Darstellung

Die Konzeptionierung des Kräftedreiecks ist idealtypisch und entspricht nicht der Realität. Dort zeigt sich, dass die Bürger nur bruchstückhaften Input einbringen und sich nur melden, wenn ein Problem besteht. Daher gibt es keine kontinuierliche und breit aufgestellte Bürgerbeteiligung in den Kommunen.<sup>178</sup> Die Kommunalpolitiker nutzen stattdessen die organisierte Bürgerschaft in Vereinen, Verbänden und Initiativen zur Input-Beschaffung. Diesen kommt in der lokalen Meinungsbildung und -artikulation eine bedeutende Rolle zu.<sup>179</sup> Die Verwaltung dagegen arbeitet eher eigeninitiativ und weniger als bloßes Ausführungsorgan. Ihr fehlt die Kommunikation mit den Bürgern, um deren Bedürfnisse wahrzunehmen.<sup>180</sup> In der vorliegenden Arbeit wird sich auf die Partizipationsseite zwischen dem Stadt- oder Gemeinderat und den Bürgern konzentriert, das Verhältnis zur Verwaltung wird aus forschungsökonomischen Gründen nur kurz angeschnitten.

### 3.4.5 Kommunale Parteipolitik

Da die Kommunen eine eigenständige politische Ebene bilden, bei der die konkordanzdemokratischen Prinzipien überwiegen, spielt die Parteipolitik eine eher untergeordnete Rolle.<sup>181</sup> Die Entscheidungen werden demzufolge weniger durch Mehrheiten, sondern

<sup>178</sup> Vgl. Buß (2008), S. 24

<sup>179</sup> Vgl. Wehling (2002), S. 236

<sup>180</sup> Vgl. Buß (2008), S. 24

<sup>181</sup> Vgl. Wehling (2002), S. 235

viel mehr mithilfe von Verhandlungen, Kompromissen und einer möglichst breiten Zustimmung getroffen.<sup>182</sup> Dennoch sei hier zu erwähnen, dass die CDU seit der Friedlichen Revolution die dominierende Partei in Sachsen ist. In der Kommunalpolitik konnten jedoch auch die freien Wählergemeinschaften oder sogenannte Einzelbewerber (EB) an Bedeutung gewinnen. Je kleiner die politische Einheit ist, desto größer ist das politische Gewicht der parteilosen Vereinigungen und Politiker.<sup>183</sup> In größeren Städten verfügen dagegen die Parteien über einen größeren Einfluss. Die Notwendigkeit von Parteipolitik innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung ist in der Politikwissenschaft umstritten, jedoch sind die Parteien für die Bündelung von Interessen und die politische Orientierung wichtig.<sup>184</sup> Die Entscheidungen zu Verwaltungsakten werden demnach nicht nur fachlich und sachlich, sondern ebenso politisch entschieden.

## **3.5 Demokratie in den sächsischen Kommunen**

Um einen Einblick in die Teilhabemöglichkeiten der Bürger zu gewährleisten, werden im Folgenden die gesetzlich geregelten und institutionell verfassten Partizipationsformen dargelegt sowie einzelne Beispiele für informelle und kooperativ-demokratische Beteiligungsprojekte in sächsischen Kommunen vorgestellt.

### **3.5.1 Gesetzlich geregelte Verfahren**

Im Freistaat Sachsen gibt es vor allem durch die Friedliche Revolution vielfältige Möglichkeiten, um sich in die Politik einzubringen. Auf Landesebene können die Bürger neben der Wahl des Landtages ihre Interessen mithilfe von Volksbegehren und Volksentscheiden verlautbaren und durchsetzen. Auf der Kommunalebene können sie zum einen durch die repräsentativ-demokratischen Kommunalwahlen und zum anderen anhand der Bürgermeister- und Landratswahlen sowie Bürgerbegehren und -entscheide direkt auf politische Prozesse Einfluss nehmen. Ebenso stehen ihnen weitere Kommunikationsmöglichkeiten wie Fragestunden und Petitionen zur Verfügung. In der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sind diese Verfahren verfassungsrechtlich niedergeschrieben und werden im Folgenden kurz erläutert.

---

<sup>182</sup> Vgl. Schubert & Klein (2011), S. 167 f.

<sup>183</sup> Vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 299 ff.

<sup>184</sup> Vgl. Naßmacher & Naßmacher (2007), S. 27 f.

### 3.5.1.1 Kommunalwahlen

Die unmittelbaren Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger bestehen aus der direkten Wahl des Bürgermeisters für die Stadt oder Gemeinde und des Landrates für den jeweiligen Landkreis auf sieben Jahre. Bei der Wahl des Stadt- oder Gemeinderates sowie Kreistages können die Wähler ihre Stimmen panaschieren und kumulieren, das heißt, sie verteilen ihre drei Stimmen auf unterschiedliche Kandidaten oder geben alle gebündelt dem für sie geeignetsten Amtsanwärter. Auch das ist eine Besonderheit der Süddeutschen Ratsverfassung und gilt als eine Form der Einflussnahme durch die Bürger.<sup>185</sup>

### 3.5.1.2 Bürgerbegehren und -entscheid

Den Gemeinderat oder Kreistag können sie mithilfe von Bürgerbegehren auf ihre Anliegen aufmerksam machen und eine Abstimmung zu einem bestimmten Thema einfordern. „Das Bürgerbegehren ermöglicht den Bürgern sich für Einzelfragen zu engagieren, in Sachfragen mit zu entscheiden und führt zur Auflockerung des Entscheidungsmonopols des Gemeinderates bzw. des Kreistages.“<sup>186</sup> Bürgerbegehren und -entscheide sind nur für kommunale Angelegenheiten gemäß §24 SächsGemO, bzw. §22 SächsLKrO zulässig. Im Negativkatalog laut §24 Abs. 2 SächsGemO sind alle unzulässigen Themen festgeschrieben.<sup>187</sup> Dazu gehören die Weisungsaufgaben, die Organisation der Gemeindeverwaltung, Haushaltssatzungen, Tarife und Entgelte.<sup>188</sup> Für ein Bürgerbegehren sind die Unterschriften von 15 Prozent der Bürger der Gemeinde oder des Landkreises notwendig. Der Gemeinderat kann jedoch ein geringeres Quorum festsetzen, mindestens muss es 5 Prozent betragen. Außerdem muss das Begehren eine eindeutige Ja-/Nein-Fragestellung mit Begründung sowie Vorschläge zur Kostendeckung und zum Ausgleich der Einnahmeausfälle beinhalten.<sup>189</sup>

Wird das Bürgerbegehren nicht vom Gemeinderat oder Kreistag angenommen und umgesetzt, kann es zum Bürgerentscheid kommen. Dieser muss sich ebenfalls auf die Gemeinde- bzw. Kreisangelegenheiten beziehen und in die Entscheidungskompetenz der kommunalen Organe fallen. Hierfür ist die Zustimmung von 25 Prozent der Stimmberechtigten notwendig. Gelingt der Bürgerentscheid, unterliegt er einer Sperrfrist von drei Jahren und darf in dieser Zeit nicht abgewandelt werden. „Durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid können die Bürger direkt auf die Entwicklung der Gemeinde bzw. des

---

<sup>185</sup> Vgl. Pötzsch (2009), S. 123

<sup>186</sup> Sponer & Tostmann (2012), S. 49

<sup>187</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 49

<sup>188</sup> Vgl. Patzelt (2005), S. 258

<sup>189</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 50; vgl. Schleer (2003), S. 192; vgl. § 25 SächsGemO



Landkreises Einfluss nehmen. Bürgerentscheide haben die gleiche Wirkung wie Gemeinderats bzw. Kreistagsbeschlüsse.“<sup>190</sup> Ein Bürgerentscheid kann ebenso mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit vom Stadt- oder Gemeinderat initiiert werden.<sup>191</sup>

### 3.5.1.3 Weitere Beteiligungsmöglichkeiten

Daneben gibt es weitere Möglichkeiten, um Anliegen in die Kommunalpolitik einfließen zu lassen, an denen sich auch Einwohner beteiligen können, welche bei den zuvor genannten Verfahren ausgeschlossen sind. Mithilfe des Petitionsrechts der Einwohner einer Gemeinde können Vorschläge, Bitten und Beschwerden an die Gemeinde oder den Landkreis gerichtet werden. Die Gemeinde muss dem jeweiligen Bürger innerhalb von sechs Wochen eine begründeten Bescheid zukommen lassen. Sie muss sich jedoch nicht an die Anregung halten, sollte sie jedoch in weitere Entscheidungsprozesse mit miteinfließen lassen.<sup>192</sup>

Die Einwohner- oder Bürgerversammlung hat ebenso keine beschließende Funktion. Sie dient lediglich der Information der Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten und deren offener Diskussion. Die Einberufung obliegt dem Stadt- oder Gemeinderat und soll mindestens einmal im Jahr stattfinden. Mithilfe eines Antrages zur Einwohnerversammlung können die Einwohner jedoch ebenso selbst eine Zusammenkunft mit einer von ihr bestimmten Tagesordnung initiieren. Dafür sind mindestens 10 Prozent der Unterschriften der über-16-jährigen Einwohner notwendig. Dieses Quorum kann vom Stadt- oder Gemeinderat auf bis zu 5 Prozent herabgesetzt werden.

Eine weitere Möglichkeit der Interesseneinbringung ist der Einwohnerantrag, mit welchem alle Einwohner die Behandlung einer Angelegenheit im Gemeinderat oder Kreistag beantragen können. Der Gemeinde- oder Stadtrat hat drei Monate Zeit, um sich mit dem Thema zu befassen. Die Entscheidungskompetenz liegt jedoch bei den Gemeinde- oder Kreisorganen, die Einwohner haben lediglich das Anregungsrecht.<sup>193</sup> Hierfür gelten die gleichen Bestimmungen wie bei der Beantragung einer Einwohnerversammlung.<sup>194</sup>

Von Seiten des Gemeinde- oder Kreistages können Fragestunden für Einwohner eingeräumt werden. Auch hier besteht kein bindender Rechtsanspruch auf die Umsetzung der Wünsche.

---

<sup>190</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 50f.

<sup>191</sup> Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (o.J.)

<sup>192</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 42

<sup>193</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 42 f.

<sup>194</sup> Vgl. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (o.J.); vgl. Schleer (2003), S. 193

Für die Festlegung des Haushaltes und Bauvorhaben gelten besondere Regeln. Im Rahmen der Haushaltssatzung müssen die Entwürfe sieben Tage vor dem endgültigen Beschluss öffentlich ausgelegt werden, so dass die Einwohner Einwände formulieren können, allerdings ohne bindende Wirkung.<sup>195</sup> Anschließend erfolgt der Beschluss für den Haushalt in einer öffentlichen Sitzung. Eine weitere Unterrichtungspflicht ist im Baugesetzbuch festgeschrieben. Die Entwürfe der Bauleitpläne müssen mit Erläuterungen für einen Monat öffentlich zugänglich sein.<sup>196</sup> Für die fachgerechten Beratungen im Stadt- oder Gemeinderat sowie deren Ausschüssen und Beiräten können sachkundige Einwohner oder Sachverständige hinzugezogen werden. Zudem können einzelne Beauftragte beispielsweise für die Bereiche Datenschutz, Bürgeranliegen, Minderheitenvertretung und Verwaltung einberufen werden.<sup>197</sup>

Mit dem 1. Januar 2014 wurden umfassende Änderungen des Kommunalrechts im Freistaat Sachsen beschlossen.<sup>198</sup> Demnach wurde unter anderem eingeführt, dass die Gemeinden die Einwohner mittels moderner Mittel der elektronischen Kommunikation informieren sollen.<sup>199</sup> Das Petitionsrecht wurde auf alle ausgeweitet und ist nicht nur auf die Einwohner beschränkt.<sup>200</sup> Weiterhin wurde das Quorum für Bürgerbegehren auf 10 Prozent abgesenkt.<sup>201</sup> In Abbildung 6 sind die Beteiligungsmöglichkeiten veranschaulicht dargestellt.

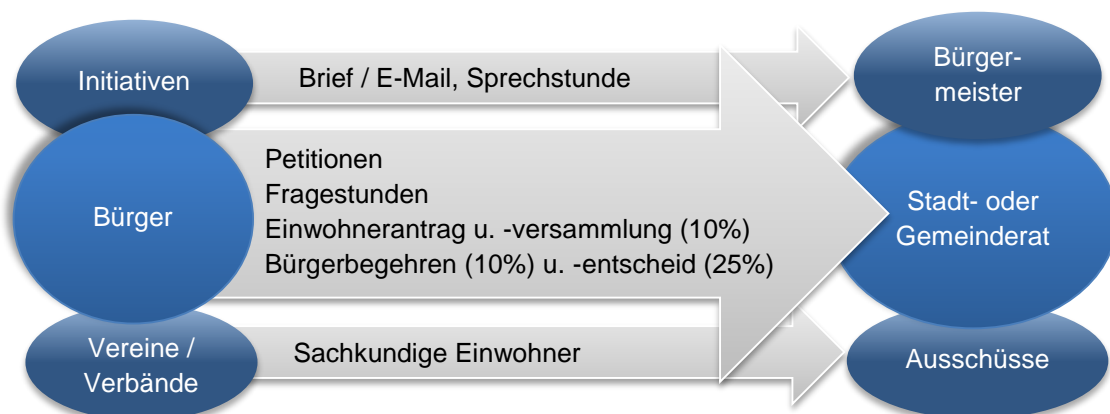


Abbildung 6: Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in der Kommune  
Quelle: eigene Darstellung

<sup>195</sup> Vgl. Sponer & Tostmann (2012), S. 44 f.

<sup>196</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 199

<sup>197</sup> Vgl. Schleer (2003), S. 194 ff.

<sup>198</sup> Vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern (2014)

<sup>199</sup> Vgl. § 11,13 SächsGemO

<sup>200</sup> Vgl. § 12 SächsGemO

<sup>201</sup> Vgl. § 25 SächsGemO

### 3.5.2 Kooperative Beteiligungsverfahren

Neben den gesetzlich geregelten Partizipationsmöglichkeiten gibt es eine Vielzahl an kooperativen und deliberativen Verfahren, die eine Stadt oder Gemeinde den Bürgern bei beispielsweise anstehenden konfliktreichen Entscheidungen oder langwierigen Stadtentwicklungsplänen von sich aus anbieten kann. Im Folgenden wird ein Einblick in die Chancen und Hürden der neueren, nicht gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren und in bestehende Projekte sächsischer Kommunen ohne Anspruch an Vollständigkeit gegeben.

#### 3.5.2.1 Chancen und Hürden

Das Spektrum der Hürden und Chancen im Rahmen von Bürgerbeteiligung ist breit gefächert. Als ein Vorteil ist der verstärkte Input durch die Bürger zu bewerten. Die kommunalen Entscheidungsträger erfahren mehr über die Erwartungen, Bedürfnisse und Probleme der Bürger und können deren Wissen und Kompetenzen miteinfließen lassen. Die konkreten Erfahrungswerte der Bürger bieten eine konstruktive Ergänzung mit einer umfangreichen Datenlage, auf welche sich die Kommunalpolitiker beziehen und fundierte Entscheidungen treffen können. Somit werden die Kommunikation, die Responsivität, die Legitimation und die Akzeptanz der Kommunalpolitik erhöht.<sup>202</sup> Die gemeinsame Entscheidung bildet eine gefestigte Grundlage der Lösung und führt zu mehr Vertrauen und Verständnis auf allen Seiten.<sup>203</sup> Durch die tiefergehenden Informationen können effektivere und effizientere Prozesse eingeleitet, allgemeinzufriedenstellende Lösungswege gefunden und Fehler vermieden werden.<sup>204</sup> Zudem wird die Problemlösungsfähigkeit durch den Wettbewerb um die bestmögliche Strategie erhöht.<sup>205</sup> Weiterhin kann die Einbeziehung der Bürger als eine Art Frühwarnsystem gehandhabt werden, da entstehende Konflikte frühzeitig erkannt und Widerstände oder Ängste gegenüber Planungsvorhaben durch eine intensivere Kommunikation aufgehoben oder vermindert werden können.<sup>206</sup> Die öffentliche Diskussion wird angeregt und es entsteht womöglich ein Gegenpol zu dominierenden organisierten Interessen.<sup>207</sup>

Weiterhin kann die Verwaltung durch die Einbindung der Bürger entlastet werden, da sie im Rahmen des Ehrenamts eigene Ressourcen miteinfließen lassen und die Kommune

---

<sup>202</sup> Vgl. Schleer (2002), S. 202; vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 181

<sup>203</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 9 ff.

<sup>204</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 19; vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 9 ff.

<sup>205</sup> Vgl. Zittel (2007), S. 204

<sup>206</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 16; vgl. Zittel (2007), S. 204

<sup>207</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 11

auf diese Weise mitgestalten.<sup>208</sup> Die Modernisierung der administrativen Strukturen kann von außen angestoßen, die öffentlichen Leistungen verbessert und die lokale Gemeinschaft belebt werden.<sup>209</sup> Ein positiver Nebeneffekt ist die mögliche Rekrutierung von neuen Ratsmitgliedern aus den Reihen der interessierten Bürger.<sup>210</sup>

Gleichzeitig werden die Bürger für politische Partizipation motiviert, tragen zu einer lebendigen und starken Demokratie bei und nutzen ihre eigene Mündigkeit. Sie merken, dass sie wirklich etwas bewirken können und festigen ihr demokratisches Bewusstsein.<sup>211</sup>

Wie bereits angeschnitten sind die Hürden und Grenzen von nicht gesetzlich geregelter Bürgerbeteiligung ebenfalls vielfältig. Rat und Verwaltung fürchten oft die Verlangsamung und Verteuerung der Entscheidungs- und Planungsprozesse sowie die Ergebnisse oder sogar deren Verhinderung. Zudem werden in der Literatur die Angst vor Machtverlust und der nicht erkannte Nutzen von Bürgermeinungen aufgeführt.<sup>212</sup> Durch die elitäre Einstellung mancher Gemeinde- oder Stadtratsmitglieder hören sie den Bürgern nicht zu. Die repräsentative Politik lässt sich nicht von der Bürgerkommune aushebeln, die Ratsmitglieder wollen ihre Kompetenz und ihre Aufgaben nicht abgeben, stattdessen blockieren sie mitunter das Beteiligungsergebnis. Die kommunale Haushaltskrise schränkt die Handlungsspielräume stark ein, so dass kaum Platz für freie Mitwirkung und Gestaltung bleibt.<sup>213</sup> Zudem ist die Partizipation themenabhängig, unzuverlässig und unregelmäßig. Es nehmen nur die „üblichen Verdächtigen“ teil, die als Störenfriede wahrgenommen werden. Diese stehen nur für eine Minderheit und repräsentieren nicht den Gesamtwillen der Gemeinde. Zudem beteiligen sich meist nur negativ Betroffene. Bürger, die keinen Grund haben sich zu beschweren, melden sich nicht.<sup>214</sup> Es sind vor allem die bessersituierten Männer zwischen 35 und 50 Jahren, die sich oft beteiligen. Frauen, Jugendliche und Migranten sind dagegen unterrepräsentiert. Außerdem zeichnet sich ein deutlicher Mittelschichtbias ab.<sup>215</sup> So sind es meist Personen, die bereits politisch aktiv und artikulationsstark sind. Die Neugewinnung von politisch wenig Interessierten gelingt kaum.<sup>216</sup> Bürgerbeteiligung kommt an ihre Grenzen, wenn nicht alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden können. Grundlegende Kon-

---

<sup>208</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 182

<sup>209</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 10

<sup>210</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 181

<sup>211</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 9 ff.

<sup>212</sup> Vgl. Klages (2007), S. 31

<sup>213</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 183; vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 304 f.

<sup>214</sup> Vgl. Schleer (2002), S. 202

<sup>215</sup> Vgl. Frischmuth & von Kodolitsch (1999), S. 185

<sup>216</sup> Vgl. Dieckmann (1999), S. 216

flikte können nur durch die repräsentative und direkte Demokratie gelöst werden. Folglich ziehen die gewählten Kommunalpolitiker die Wahlen zur Legitimation vor.<sup>217</sup> Die Bürger engagieren sich für den politischen Entscheidungsprozess freiwillig und meist unentgeltlich in ihrer Freizeit. Sie müssen eigene Ressourcen wie Zeit, Geld und Interesse mit einfließen lassen.<sup>218</sup> Dabei sollte das Beteiligungsverfahren dementsprechend entgegenkommend gestaltet werden. Langwierige und fachspezifische Diskussionen erscheinen dafür ungeeignet. Da die Verfahren nicht institutionell verankert sind, sind der Umgang und die Gültigkeit der Ergebnisse nicht geregelt und können im Nichts verlaufen. Erweist sich die Beteiligung jedoch als erfolgs- und konsequenzlos, werden wichtige Bürgeranliegen nicht umgesetzt, steigt die Politikverdrossenheit weiter an, anstatt zu sinken und die Bürger werden sich nicht erneut für solch ein Verfahren gewinnen lassen.<sup>219</sup> Es ist also wichtig die verschiedenen Macht-, Mobilisierungs- und Ressourcenungleichheiten zwischen den Akteuren zu beachten und entsprechend vorzugehen.<sup>220</sup> Die Beteiligten kommen mit unterschiedlichen Erwartungen zum Beteiligungsprozess und müssen zunächst aufgeklärt werden. Weitere wichtige Voraussetzungen sind die Kommunikationsfähigkeit der Beteiligten, sie müssen sozial und intellektuell in der Lage sein an Dialogverfahren teilzunehmen. Die Einladung zu Beteiligungsverfahren muss großflächig angelegt und mit Anreizen versehen sein, damit alle Bevölkerungsgruppen und vor allem die Betroffenen vertreten sind.<sup>221</sup>

### 3.5.2.2 Aktuelle Projekte in Sachsen

In Leipzig wurde 2012 ein Leitlinienkatalog für mehr Bürgerbeteiligung erstellt. Er betont, dass sich alle Bürger grundsätzlich in allen kommunalen Bereichen engagieren können, die Verwaltung ihr Handlungsfeld transparenter gestaltet und durch die Einbeziehung der Bürger über mehr Planungssicherheit verfügen kann. Außerdem wird der Stadtrat in seiner Legitimation gestärkt, da er mehr Orientierungswissen aus der Bevölkerung in die Entscheidungen mitaufnehmen kann. Die jeweiligen Beteiligungsangebote werden den Prozessschritten des Verwaltungs- und Politikablaufs angepasst. Dieses Konzept wird seitdem an verschiedenen Projekten erprobt, welche von der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung „Leipzig weiter denken“ angeleitet werden. Dazu gehören Diskussionen, Workshops, Befragungen und Online-Dialoge. Eine ständige Kontaktstelle ist das Stadtbüro, welches als Mittler zwischen Ämtern und Bürgern eingerichtet worden ist.

---

<sup>217</sup> Vgl. Klages (2007), S. 31 f.

<sup>218</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 19

<sup>219</sup> Vgl. Klages (2007), S. 31 f.; vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 13

<sup>220</sup> Vgl. Feindt (2002), S. 437

<sup>221</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 13

Hier können Informationen eingeholt, Fragen gestellt, Anliegen und Beschwerden vorgebracht werden. Zudem gibt es thematische Sprechstunden mit dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern. Das Stadtbüro arbeitet mit den Vereinen und Verbänden der Stadt zusammen und fördert somit gleichzeitig das ehrenamtliche Engagement.<sup>222</sup>

In Chemnitz gibt es seit 2012 ein ähnliches Ansinnen für mehr Bürgerbeteiligung. Hier wurden drei Modellprojekte initiiert: Bürgerplattformen, Bürgerhaushalt und Online-Petitionen. In den Bürgerplattformen werden mit Vereinen, Initiativen und Bürgern in den einzelnen Stadtgebieten Anliegen und Probleme diskutiert und Lösungsvorschläge entwickelt. Der Bürgerhaushalt ermöglicht den Bürgern die Mitentscheidung über städtische Einnahmen und Ausgaben, um zum einen deren Verständnis für den Haushalt und dessen Akzeptanz zu steigern, zum anderen um dem Stadtrat Entscheidungshilfen auf Grundlage der Bürgerwünsche zu liefern.<sup>223</sup> Durch die Einführung der Online-Petition können Bürger ihre Anliegen über die städtische Internetseite einreichen, welche dort anschließend öffentlich diskutiert werden können. Zudem wurde ein Beteiligungsatlas eingerichtet, in welchem die aktuellen Projekte der Stadt Chemnitz aufgeführt sind.<sup>224</sup>

2013 wurde auch in Görlitz ein Konzept für eine neue Beteiligungskultur eingeführt. Der Entwurf „Mitgestaltende Beteiligung“ enthält Zielangaben zur Einbeziehung der Bürger in städtische Projekten und Entscheidungen, in den Haushalt der Stadt sowie in vorhaben-, stadtteil- und zielgruppenorientierte Beteiligungsverfahren.<sup>225</sup> Das Konzept wird in diesem Jahr gemeinsam mit den Bürgern weiter ausgearbeitet. 2015 sollen dann konkrete Projekte folgen.<sup>226</sup>

Das Stadtplanungsamt Dresden führt seit 2010 im Rahmen der Bauleitplanung das Beteiligungsmodell „Dresdner Debatte“ durch. Die städtische Politik, Verwaltung und Bevölkerung kann dadurch aktuelle Stadtentwicklungsthemen on- und offline diskutieren. Jedes Jahr wird ein bestimmtes Thema bearbeitet, welches sich mit der Bebauung von Stadtteilen oder Plätzen sowie mit dem Verkehrsentwicklungsplan und des allgemeinen Stadtentwicklungskonzept Dresdens befassen. Die Debatten verfolgen das Ziel, „Konfliktpotential abzubauen, Entscheidungen transparenter zu gestalten und die Diskussionsergebnisse im Zuge des weiteren Planungsprozesses einfließen zu lassen“. Aufgrund der dauerhaften Beteiligung wurde das Projekt 2012 mit dem Sonderpreis „Nachhaltiger Bürgerdialog“ ausgezeichnet.<sup>227</sup>

---

<sup>222</sup> Vgl. Stadt Leipzig (2014)

<sup>223</sup> Vgl. Stadt Chemnitz (2014a)

<sup>224</sup> Vgl. Stadt Chemnitz (2014b)

<sup>225</sup> Vgl. Stadt Görlitz (2014)

<sup>226</sup> Vgl. Netzwerk Bürgerbeteiligung (2014)

<sup>227</sup> Vgl. Landeshauptstadt Dresden (2014)

Die Stadt Dresden hat 2012 zudem eine Informationsfreiheitssatzung verabschiedet, welche den Bürgern die Akteneinsicht in administrative Vorgänge erlaubt.<sup>228</sup> Somit wird die Transparenz der öffentlichen Verwaltung gefördert, gleichzeitig werden Korruptionen und Manipulationen vorgebeugt. Die Satzung geht auf das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes von 2005 zurück.<sup>229</sup> Einzelne Bundesländer haben derartige Vorschriften bereits eingeführt. In Sachsen wurde eine solche Initiative jedoch abgelehnt.<sup>230</sup> Laut § 4 SächsGemo steht es den Kommunen frei im Rahmen der weisungsfreien Angelegenheiten eine Informationsfreiheitssatzung in der Hauptsatzung festzulegen.<sup>231</sup>

Zusammenfassend zeigt sich, dass es in einzelnen sächsischen Kommunen bereits fundierte Ansätze zur kooperativen Bürgerbeteiligung gibt, welche die bestehenden Ressourcen der bürgerschaftlichen Organisation nutzen, einen Dialog auf Augenhöhe anstreben sowie die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen fördern. Jedoch wird ebenso deutlich, dass es sich meist um Pilotprojekte handelt, bei denen Bürger, Verwaltung und Kommunalpolitik die informelle Bürgerbeteiligung zunächst erproben und Erfahrungen sammeln müssen. Aus diesem Grund werden die Projekte meist von Universitäten und Hochschulen wie der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, der TU Chemnitz und der Hochschule Zittau/Görlitz wissenschaftlich begleitet.

### **3.6 Conclusio Bürgerbeteiligung in den sächsischen Kommunen**

Wie sich zeigt, verfügen die sächsischen Bürger und Einwohner über eine Vielzahl an Einbringungsmöglichkeiten. Grundsätzlich dürfte die Demokratie in den Gemeinden sehr lebendig sein, wird jedoch durch die bürgerschaftliche Zurückhaltung oder das Desinteresse und ebenso durch den politischen Unwillen begrenzt.<sup>232</sup> Alles „[...] in allem scheint es um das reine Instrumentarium von Sachsens Demokratie viel besser bestellt zu sein als um die Umsicht und Ausdauer, mit welcher Sachsens Bürgerinnen und Bürger von diesem Instrumentarium Gebrauch machen.“<sup>233</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. Landeshauptstadt Dresden (2012)

<sup>229</sup> Vgl. Transparency International Deutschland e.V. (2014)

<sup>230</sup> Vgl. Sächsischer Landtag (2005)

<sup>231</sup> Vgl. § 4 SächsGemO

<sup>232</sup> Vgl. Patzelt (2005), S. 261

<sup>233</sup> Patzelt (2005), S. 263

## 4 Forschungsleitende Fragen und Hypothesen

Das explikative Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die Einstellung der Kommunalpolitiker zur Bürgerbeteiligung unter bestimmten Einflussfaktoren wie deren Parteizugehörigkeit und der Größe der Kommunen anhand der jeweiligen Einwohnerzahlen empirisch zu analysieren. Basierend auf den Erkenntnissen der vorhergehenden Kapitel zu den theoretischen Hintergründen und der kommunalen Praxis, werden im Folgenden die forschungsleitenden Fragen anhand thematischer Hypothesensets aufgestellt. Deren Herleitung erfolgt mittels der Informationen aus der Literaturrecherche und der explorativen Vorstudie zur Bürgerbeteiligung in Sachsen. Es werden sowohl multivariate Hypothesen zur Darstellung der Zusammenhänge als auch univariate Hypothesen zur überblicksartigen Beschreibung der Kommunalpolitik herangezogen.

### 4.1 Forschungsfrage 1: Einfluss der Kommunengröße

Welche Auswirkungen hat die Größe der Kommune, gemessen an der Einwohnerzahl, auf die Bürgerbeteiligung vor Ort?

Wie im vorhergehenden Kapitel bereits erwähnt, kann die Größe der Kommune ein entscheidender Faktor für die Beziehung der Stadt- und Gemeinderäte gegenüber den Bürgern sein.<sup>234</sup> In kleineren Städten sind sich die Akteure des Kräfterdreiecks zwar näher als in großen, jedoch konnte ebenso herausgestellt werden, dass vor allem große Städte kooperative Beteiligungsverfahren ausprobieren. Dies lässt darauf schließen, dass die Beteiligungskultur in größeren Städten aktiver ist als in kleineren. Der Bürgerbegehrensbericht 2012 von Mehr Demokratie e.V. bestätigt diese Beobachtung: „Bislang ist von Auswertungen einzelner Bundesländer bekannt, dass die Anwendungshäufigkeit mit zunehmender Gemeindegröße zunimmt: In größeren Städten finden also relativ gesehen häufiger Bürgerbegehren als in kleineren Gemeinden statt“<sup>235</sup>.

Zur Einteilung der Städte und Gemeinden werden folgende Definitionen verwendet: Kommunen unter 5.000 Einwohnern werden als Landstädte bezeichnet. Kleinstädte haben 5.000 bis 20.000 Einwohner. Kommunen mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern sind Mittelstädte und Großstädte weisen über 100.000 Einwohner auf.<sup>236</sup>

---

<sup>234</sup> Vgl. Scheel (2003), S. 102 f.

<sup>235</sup> Vgl. Geitmann et al. (2013), S. 21

<sup>236</sup> Vgl. Schubert & Klein (2011), S. 289



Es wird davon ausgegangen, dass die Mittelstädte und Großstädte ab 20.000 Einwohnern der Bürgerbeteiligung allgemein und neuen Partizipationsmöglichkeiten gegenüber offener eingestellt sind als kleinere Kommunen. Die Beteiligungskultur vor Ort wird durch vielfältige Faktoren bestimmt. Eine Kommune mit einer Informationsfreiheitssatzung und niedrigen Quoren für Einwohneranträge und Bürgerbegehren kann als beteiligungsfreundlich und bürgeroffen bezeichnet werden. Zudem können die Kommunikationsmittel einer Stadt oder Gemeinde die Beteiligung der Bürger beeinflussen. Moderne und offene Kommunikation suggerieren eine erhöhte Anstrengung der Stadtverwaltung und -politik für Bürgernähe.

Daraus werden folgende Hypothesen abgeleitet:

<b>H1a</b>	Große Kommunen verfügen eher über eine Informationsfreiheitssatzung als kleine und mittlere Kommunen.
<b>H1b</b>	Große Kommunen haben die Quoren für Einwohneranträge und Bürgerbegehren auf 5 Prozent abgesenkt.
<b>H1c</b>	Moderne Online-Kommunikationsmittel werden in großen Kommunen intensiver als in kleinen und mittleren Kommunen genutzt.
<b>H1d</b>	In großen Kommunen ist das Interesse der Kommunalpolitiker für Bürgerbeteiligung höher als in kleinen und mittleren Kommunen.
<b>H1e</b>	In großen Kommunen sind die Bürger mehr an Bürgerbeteiligung interessiert als in kleinen und mittleren Kommunen.
<b>H1f</b>	Kommunalpolitiker in großen Kommunen sind der Ansicht, dass die herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichen.

## 4.2 Forschungsfrage 2: Einfluss der parteipolitischen Zugehörigkeit

Welchen Einfluss hat die parteipolitische Zugehörigkeit auf die Einstellung der Kommunalpolitiker zur Bürgerbeteiligung?

Die parteipolitischen Zielsetzungen beeinflussen vor allem die Kommunalpolitiker in größeren Städten. In kleineren Kommunen überwiegt dagegen der Einfluss der freien Wählervereinigungen und der parteilosen Einzelbewerber.<sup>237</sup> In der explorativen Vorstudie

---

<sup>237</sup> Vgl. Naßmacher & Naßmacher (2007), S. 28; vgl. Rehfeld-Staudt & Rellecke (2010), S. 299

zur Bürgerbeteiligung in Sachsen stellte sich zudem heraus, dass sich vor allem Politiker der LINKEN und der Grünen für Bürgerbeteiligung einsetzen. Da dies noch keinen Schluss auf den Einfluss der anderen Parteien und der parteilosen Kommunalpolitiker zulässt, wird der Zusammenhang mit der folgenden Hypothese untersucht werden. Die Einstellung zur Bürgerbeteiligung wird anhand der Offenheit gegenüber kooperativdemokratischen Partizipationsverfahren untersucht.

Dies äußert sich in der folgenden Hypothese:

<b>H2</b>	Die parteipolitische Zugehörigkeit der Kommunalpolitiker bestimmt deren Offenheit gegenüber neuen Formen der Bürgerbeteiligung.
-----------	---

### 4.3 Forschungsfrage 3: Chancen und Hürden

Wie werden die Hürden und Chancen von lokaler Bürgerbeteiligung wahrgenommen?

Da die Beteiligung der Bürger über die direkt- und repräsentativdemokratischen Instrumente hinaus in der Verantwortung der kommunalen Entscheider liegt, werden deren Einstellung und Einschätzung zum Nutzen von Bürgerbeteiligung anhand der Gegenüberstellung von Chancen und Hürden untersucht. Durch die Vielzahl an Hürden und der Bedeutung der repräsentativen Demokratie wird davon ausgegangen, dass die Nachteile von Bürgerbeteiligung stärker als die Chancen eingeschätzt werden.

Ein konkretes Hindernis bei der Einbeziehung der Bürger stellen zu kleine Handlungsspielräume in den Kommunen aufgrund von finanziellen Engpässen dar. Eine Folge ist die zunehmende Privatisierung von kommunalen Aufgabenbereichen, so dass die Städte und Gemeinden zwar Kosten sparen, damit jedoch ebenso ihre Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten abgeben. Dies ist vor allem in kleinen Kommunen zu vermuten, da sie beispielsweise über geringere Gewerbesteuererinnahmen verfügen als größere Städte.

Aus den zuvor ausgeführten Argumenten werden folgende Hypothesen abgeleitet:

<b>H3</b>	Die Kommunalpolitiker stimmen den Hürden stärker zu als den Chancen.
<b>H4</b>	Das kommunale Handlungsfeld ist in kleinen Kommunen stark eingeschränkt.

## 4.4 Weitere Untersuchungen

Neben den zuvor aufgeführten Hypothesen werden weitere Untersuchungen zu einzelnen Aspekten der kommunalen Bürgerbeteiligung durchgeführt.

Neben der Darstellung der Ziele von Bürgerbeteiligung werden die kommunalpolitischen Themenbereiche, die für die Einbeziehung der Bürger empfohlen werden, ausgewertet. Zudem werden bestehenden Beteiligungsangebote der Städte und Gemeinden sowie die Häufigkeit der Durchführung von Bürgerversammlungen analysiert. Ebenso werden die Einschätzungen zum Zustimmungsquorum von 25 Prozent bei Bürgerentscheiden und die Meinungen zum Potential der Konfliktverhinderung bei der Einbindung der Bürger in Planungen und Entscheidungen untersucht. Weiterhin werden die bereits erprobten, nicht gesetzlich festgeschriebenen Beteiligungsverfahren aufgeführt und die Ansichten zur Online-Partizipation dargestellt. Zum Abschluss der Studie werden die Handlungsempfehlungen für eine attraktivere Bürgerbeteiligung in den Kommunen wiedergegeben.

## 5 Methodische Konzeption der Studie

In diesem Kapitel wird die quantitative Online-Befragung zur Erhebung der Meinungen und Erfahrungen der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte in Bezug auf die Bürgerbeteiligung in der jeweiligen Kommune beschrieben. Anhand des Fragebogens werden die im vorhergehenden Kapitel aufgeführten Forschungsfragen und Hypothesensets operationalisiert, um im darauffolgenden Kapitel überprüft zu werden. Neben dem Forschungs- und Auswertungsdesign wird im Folgenden die Stichprobe sowie das Vorgehen im Pre-Test und in der Feldphase erläutert.

### 5.1 Die quantitative Online-Befragung als Erhebungsmethode

Zur Befragung der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte stellte sich aufgrund der Anzahl von 7.232 potentiellen Befragungsteilnehmern aus forschungsökonomischer Sicht eine standardisierte Online-Befragung als geeignete Erhebungsmethode heraus.

Laut der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute werden neben Telefoninterviews bereits genauso viele Online-Befragungen durchgeführt (jeweils 36 Prozent).<sup>238</sup> Die Quote der Online-Befragungen ist demnach seit 2007 um 9 Prozent sowohl im kommerziellen wie auch im akademischen Bereich angestiegen.<sup>239</sup> Die Qualität der Daten der vergleichsweisen neuen Methode wird in der empirischen Sozialforschung viel diskutiert. Im Folgenden wird auf die Vor- und Nachteile der Online-Befragung eingegangen.

Die „Schnelligkeit, Sparsamkeit, Interaktivität und Erreichbarkeit“ sind deutliche Vorzüge einer Online-Befragung.<sup>240</sup> Aufgrund der geringen Kosten bietet sich diese Methode vor allem für studentische Forschungsarbeiten an, da sich räumlich verstreute Zielgruppen gleichzeitig erreichen lassen.<sup>241</sup> Aufgrund der räumlichen Trennung zwischen Befragendem und Befragtem werden Interviewer-Effekte ausgeschlossen. Durch die Anonymität kann die Beantwortung zudem ohne die Berücksichtigung der sozialen Erwünschtheit und somit ehrlicher erfolgen.<sup>242</sup> Weiterhin haben die Befragten die Möglichkeit, selbstbestimmt zu entscheiden, wann und wie schnell sie den Fragebogen ausfüllen.<sup>243</sup> Durch

---

<sup>238</sup> Vgl. Wiegand (2013), S. 22

<sup>239</sup> Vgl. Häder (2010), S. 188; vgl. Welker & Matzat (2009), S. 40

<sup>240</sup> Vgl. Welker, Werner, Scholz (2005), S.8

<sup>241</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 261

<sup>242</sup> Vgl. Häder (2010), S. 239; vgl. Mayer (2008), S. 94; vgl. Taddicken (2007), S. 96

<sup>243</sup> Vgl. Häder (2010), S. 239; vgl. Taddicken (2007), S. 92

maximale Automatisierung wird die Beantwortung in der richtigen Reihenfolge gewährleistet und die Daten können direkt so ausgewertet werden, wie sie vom Teilnehmer angegeben worden sind.<sup>244</sup> Die maximale Flexibilität und hohe Standardisierung sorgen folglich für eine effektive Datenerhebung.

Jedoch ist zu beachten, dass nur Personen an der Umfrage teilnehmen können, die das Internet aktiv nutzen und in diesem Falle über eine E-Mail-Adresse verfügen, die sie regelmäßig abrufen. Nachdem sie die Umfrage erreicht hat, können sie mit einem Klick über die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme entscheiden. Generell ist mit einem höheren Anteil an Ausfällen und Antwortverweigerungen als bei mündlichen Befragungen zu rechnen.<sup>245</sup> Durch die Selbstselektion der Teilnehmer wird die Stichprobe erheblich beeinflusst. Ebenso ist nicht klar, ob die tatsächlich angestrebte Person den Fragebogen ausfüllt, wie ernst die Fragen genommen und ob alle Fragen richtig verstanden werden.<sup>246</sup> Zudem können keine direkten Rückfragen an den Interviewer gestellt werden.<sup>247</sup> Die unkontrollierte Erhebungssituation stellt einen deutlichen Nachteil der schriftlichen Befragung dar. Aus diesem Grund müssen die Inhalte stark strukturiert und verständlich abgebildet werden.<sup>248</sup> Die Beantwortungsdauer sollte nicht länger als zehn Minuten betragen, da sonst die Abbruchquote deutlich steigen kann.<sup>249</sup>

Die Rücklaufquote oder Ausfallquote ist bei E-Mail-Befragungen nicht vorhersehbar.<sup>250</sup> Ist die Nonresponse-Rate zu hoch, kann keine Verallgemeinerung der Ergebnisse erfolgen. Über die Höhe des notwendigen Rücklaufs ist sich die Forschung uneinig. Es wird von einer Ausschöpfungsquote zwischen 5 bis 90 Prozent diskutiert.<sup>251</sup> Die Qualität der Ergebnisse und die Repräsentativität von Online-Befragungen sind aufgrund der Erreichbarkeit der Zielgruppe und der damit einhergehenden Stichprobenverzerrungen in Richtung internetaffiner Teilnehmer fraglich.<sup>252</sup> Im nächsten Unterkapitel wird hierauf näher eingegangen.

---

<sup>244</sup> Vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 61

<sup>245</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 256; vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 65; vgl. Welker et al. (2005), S. 70

<sup>246</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 256

<sup>247</sup> Vgl. Häder (2010), S. 239 f.

<sup>248</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 252

<sup>249</sup> Vgl. Welker et al. (2005), S. 79

<sup>250</sup> Vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 65

<sup>251</sup> Vgl. Häder (2010), S. 239 f.; vgl. Mayer (2008), S. 100

<sup>252</sup> Vgl. Welker & Matzat (2009), S. 39

## 5.2 Auswahl der Befragungsteilnehmer

Die Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte richtet sich nach der Einwohnerzahl der Kommunen laut dem Zensus 2011. So beträgt die Grundgesamtheit N 7.232 Stadt- und Gemeinderäte in ganz Sachsen (Stand: 31. August 2013).<sup>253</sup> Um eine E-Mail-Befragung durchzuführen, war zunächst ein Adressenpool der Ratsmitglieder erforderlich.<sup>254</sup> Von den Zielpersonen existiert jedoch kein öffentliches E-Mail-Verzeichnis. Aus diesem Grund musste mittels eines zwei-stufigen Verfahrens über die E-Mail-Adressen der Stadt- und Gemeindeverwaltungen vorgegangen werden. Dafür wurde ein E-Mail-Verteiler mit allen Adressen der Verwaltungen auf Grundlage der Daten des Gemeindeverzeichnisses der Landesdirektion Sachsen erstellt.<sup>255</sup>

In der vorliegenden Arbeit wurde eine sich selbstselektierende Quotenstichprobe erhoben. Da keine genauen Informationen über die Struktur der Grundgesamtheit vorliegen, wurde keine systematische Stichprobe gezogen, sondern die Kommunalpolitiker legten selbst fest, ob sie Teil der Erhebung sein mochten oder nicht. Somit kann die Umfrage nicht als repräsentativ angesehen werden, sondern gibt lediglich einen Einblick in die Ansichten der Befragten wieder.<sup>256</sup> Darum galt es, möglichst viele Teilnehmer für die Umfrage zu gewinnen. Dies kann mithilfe der Beachtung folgender Faktoren begünstigt werden. Nach dem Ansatz der rationalen Entscheidung wägen die Angesprochenen die durch die Beantwortung entstehenden Kosten und Nutzen ab. Neben der nötigen Zeit und kognitiven Anstrengung spielen Sorgen um die Privatsphäre und um Blamage durch Unwissen eine wichtige Rolle.<sup>257</sup> Dies wurde durch die Garantie der Anonymität sowie einen möglichst kurzen Fragebogen versucht zu umgehen. Außerdem wurde den Teilnehmern angeboten, Zugang zu den Ergebnissen der Studie zu erhalten, so dass sie für ihr persönliches Engagement einen Nutzen aus der Befragung ziehen können. Ebenfalls wurde durch die Bitte zur Unterstützung der Masterarbeit an einen Beitrag für die Wissenschaft appelliert. Weitere Faktoren, die eine Teilnahme auslösen können, sind das Interesse an und die Identifikation mit dem Thema oder mit dem durchführenden Institut.<sup>258</sup> Hierbei wird davon ausgegangen, dass sich Stadt- und Gemeinderäte als Repräsentanten der Bürger für deren Beteiligung interessieren. Dies wird durch den aktuellen Einzug des Themas in die Forschung und politische Diskussion begünstigt. Der Auftraggeber der Studie kann ebenfalls entscheidend sein. In der vorliegenden Arbeit handelt

---

<sup>253</sup> vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2014b)

<sup>254</sup> Vgl. Häder (2010), S. 239 f.

<sup>255</sup> Vgl. Landesdirektion Sachsen (2014)

<sup>256</sup> Vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 62

<sup>257</sup> Vgl. Häder (2010), S. 194

<sup>258</sup> Vgl. Häder (2010), S. 241; vgl. Bortz & Döring (2006), S. 257

es sich hierbei zum einen um die Hochschule Mittweida als wissenschaftliche Einrichtung und zum anderen um die Staatskanzlei Sachsen als staatliche Behörde.<sup>259</sup> Persönliche Eigenschaften, die der Forscher nicht beeinflussen kann, spielen jedoch auch eine erhebliche Rolle. Dazu gehören die Einstellungen der Zielpersonen zu Umfragen allgemein und die Anzahl der Umfragen, die an sie gerichtet werden. Bei zu häufigen Anfragen kommt es zum „Over-Surveying“ und die potentiellen Befragten lehnen die Teilnahme aus Prinzip ab.<sup>260</sup> Aus diesem Grund wurden nicht die Bürgermeister, welche öfter Zielpersonen von Umfragen sind, sondern die Ratsmitglieder befragt.

## 5.3 Forschungs- und Auswertungsdesign

Zur Überprüfung der Hypothesen wurden diese mithilfe verschiedener Fragen und Antwortvorgaben operationalisiert und den Antwortmöglichkeiten numerische Relative zugewiesen.<sup>261</sup> Anhand der mathematisch-übersetzten Variablen ließen sich so die standardisierten Merkmalsausprägungen der Befragten untersuchen und waren optimal vergleichbar.<sup>262</sup> Die Code-Übersetzungen sind im Anhang im Codebuch dargestellt. Die Daten wurden erstmals erhoben und analysiert, somit liegt eine Primäranalyse vor. Da die Stadt- und Gemeinderäte zu einem Zeitpunkt befragt wurden, wurde zudem eine Querschnittsuntersuchung vorgenommen.

### 5.3.1 Konstruktion des Fragebogens

Die Operationalisierung wird im Folgenden anhand der Konstruktion des Fragebogens genauer erläutert. Für die Reihenfolge der Fragen ist zunächst davon auszugehen, dass die Neugierde und das Interesse zu Beginn der Befragung am größten sind. Darum sollten die wichtigen Fragen nach den ersten Fragen, den sogenannten Aufwärm- oder Eisbrecherfragen, gestellt werden. Sensible Fragen, welche die Zielpersonen zum Abbruch der Umfrage verleiten könnten, sollten gegen Ende des Fragebogens aufgeführt werden. Filterfragen können über Fragen, die eine bestimmte Gruppe der Befragten nicht betreffen, hinwegleiten. Außerdem wird empfohlen, den Fragebogen in inhaltliche Themenkomplexe zusammenzufassen. Der Fragebogen sollte möglichst kurz gestaltet werden, da die Aufmerksamkeit im Verlauf der Befragung stetig abnimmt.<sup>263</sup> Über die Position

---

<sup>259</sup> Vgl. Häder (2010), S. 225 f.

<sup>260</sup> Vgl. Häder (2010), S. 197; vgl. Bortz & Döring (2006), S. 253

<sup>261</sup> Vgl. Ebster & Stalzer (2008), S. 146 ff.

<sup>262</sup> Vgl. Mayer (2008), S. 72 f.

<sup>263</sup> Vgl. Häder (2010), S. 230; vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 69

der soziodemographischen Angaben am Ende oder zu Beginn des Fragebogens ist sich die Wissenschaft uneins.<sup>264</sup> In der vorliegenden Arbeiten wurden sie ans Ende des Fragebogens gestellt, da die sie keine besondere kognitive Leistung der Zielpersonen erfordern und auch unter Einfluss der Ermüdung der Befragten noch beantwortet werden können. Zudem sind sie für die Zielpersonen nicht besonders interessant und könnten am Anfang des Fragebogens die Neugier auf das Thema schmälern.<sup>265</sup>

Anhand der Fragen wurden die Einstellungen und Meinungen der Kommunalpolitiker und ebenso ihr Faktenwissen erhoben. Um deren Positionen herauszustellen, bot es sich an, Behauptungen aufzustellen, welche die Befragten bestätigen oder ablehnen konnten.<sup>266</sup> Die Frageformulierung, die Position der Frage und die Antwortkategorien sind für das Antwortverhalten entscheidend.<sup>267</sup> So kann es zu einer Ja-Sage-Tendenz kommen, welche die Umfragewerte verfälscht oder zum Halo-Effekt, bei welchem die Befragten von aufeinanderfolgenden Fragen in ihren Antworten beeinflusst werden.<sup>268</sup> Die Fragen können offen mit einem freien Textfeld oder geschlossen mit vorgegeben Antworten gestellt werden. Halboffene Fragen beinhalten neben standardisierten Antworten ein freies Textfeld für weitere Angaben. Die Antworten können anhand von Skalen oder mithilfe nominaler Nennungen vorgegeben werden. Mithilfe ordinaler Rating-Skalen werden die Standpunkte der Teilnehmer zu bestimmten Merkmalen abgefragt. Hierbei stehen die Ausprägungen in einer relationalen Beziehung zueinander.<sup>269</sup> Typische Antwortoptionen sind ein Rating von „Ich stimme sehr zu“ bis „Ich lehne stark ab“. <sup>270</sup> Die Skalen können verbalisiert sein, so dass jedem Punkt eine konkrete Benennung zugeordnet wird. Ebenso können endpunktbenannte, bipolare Skalen eingesetzt werden, welche nur an den Extrempunkten mit einer Verbalisierung versehen werden.<sup>271</sup> Wird hierbei eine ungerade Zahl von Antwortmöglichkeiten angeboten, dient die Mittelkategorie als „Fluchtkategorie“, welche die Befragten nutzen können, wenn sie nicht über eine genaue Präferenz oder nicht über das nötige Wissen zum Merkmal verfügen. Sind neutrale Antwortvorgaben nicht von Interesse oder eine derartige „Flucht“ nicht gewünscht, so werden die Befragten bei einer geraden Zahl von Antwortmöglichkeiten zu einer Tendenz gezwungen.<sup>272</sup> Somit wird eine deutlichere Antwort erwartet als die ausweichende

---

<sup>264</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 256; vgl. Häder (2010), S. 230

<sup>265</sup> Vgl. Mayer (2008), S. 95

<sup>266</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 254

<sup>267</sup> Vgl. Häder (2010), S. 218

<sup>268</sup> Vgl. Mayer (2008), S. 94

<sup>269</sup> Vgl. Porst (2008), S. 71

<sup>270</sup> Vgl. Porst (2008), S. 90

<sup>271</sup> Vgl. Porst (2008), S. 72

<sup>272</sup> Vgl. Porst (2008), S. 81 f.



Mitte. Jedoch wird der kognitive Aufwand zur Beantwortung der Frage erhöht, den Befragten wird womöglich eine Entscheidung aufgezwungen. Es kann zur Verweigerung der Antwort kommen, so dass die Item-Nonresponse-Rate steigt.<sup>273</sup>

Für unsichere oder unwissende Befragte wurde bei fast allen Fragen die Antwortmöglichkeit „Weiß nicht“ oder „Sonstige“ mit einem offenen Textfeld aufgeführt, um die Abbruchquote möglichst gering zu halten. Ebenso konnten die Befragten jederzeit aus dem Fragebogen aussteigen und wurden zu keiner Antwort gezwungen.<sup>274</sup>

### 5.3.2 Fragen- und Antwortoperationalisierung

Im Folgenden wird der konkrete Fragebogaufbau mit den einzelnen Fragen und Antwortvorgaben vorgestellt. Der Fragebogen ist im Anhang zu finden.

Der Fragebogen besteht aus elf Seiten, auf jeder davon wurden zwei bis drei Fragen gestellt. Die Seiten wurden so angelegt, dass die Themenkomplexe wie folgt aufgestellt sind: Einführung, Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten, Interesse, direktdemokratische und kooperativ-demokratische Bürgerbeteiligung, aktuelle Entwicklungen, Chancen und Hürden sowie soziodemographische Angaben und Danksagung. Zu Beginn wurden die Teilnehmer auf die Anonymität der Erhebung, den Forschungszweck, den Auftraggeber und die Befragungsdauer von etwa zehn Minuten hingewiesen. Ebenso wurde ihnen eine E-Mail-Adresse für Rückfragen oder Anregungen angeboten.

#### Einstiegsfragen

Um Hemmschwellen abzubauen, die Neugier und das Interesse der Befragten zu wecken, beginnt der Fragebogen mit einfachen Warming-Up-Fragen.<sup>275</sup> So wurden nach den Zielen von Bürgerbeteiligung und nach dem Potential zur Konfliktverhinderung gefragt. Für die Erhebung der wichtigsten Ziele von Bürgerbeteiligung wurden fünf Antwortmöglichkeiten vorgegeben, wobei mehrere ausgewählt werden können. Gleich bei dieser ersten Frage könnten sich Präferenzen der Befragten erkennen lassen. Die Antwort „Information der Bürger“ ist dabei die kooperativ-demokratisch schwächste Form der Bürgerbeteiligung, da sie nicht auf deren Einbeziehung, sondern lediglich auf deren Information abzielt. Die anderen Antwortmöglichkeiten „Akzeptanz von kommunalen Entscheidungen“, „Ideenfindung“, „Stärkung der repräsentativen Demokratie“ und „Mitbestimmung der Bürger“ sprechen eher für eine intensive Beteiligung der Bürger. „Kostensparnis und Effizienz“ bildet eine kontroverse Antwortmöglichkeit. Es kann vermutet

---

<sup>273</sup> Vgl. Häder (2010), S. 216; vgl. Mayer (2008), S. 83 f.

<sup>274</sup> Vgl. Häder (2010), S. 217

<sup>275</sup> Vgl. Häder (2010), S. 228; vgl. Mayer (2008), S. 95

werden, dass diese nur von Stadt- und Gemeinderäte gewählt wird, die bereits erfolgreiche Bürgerbeteiligung praktizieren konnten. Falls der Zielperson weitere Ziele wichtig sind, wurde ein freies Textfeld mit „Sonstige:“ aufgeführt. Anschließend wurde nach der Einschätzung des Potentials zur Konfliktvermeidung anhand der stark in den Medien diskutierten Beispiele S 21, BER und der Elbphilharmonie gefragt. Hierbei wurde ein Polaritätenprofil mit einer bipolaren Skala gewählt, so dass eine Tendenz zwischen den Extrempunkten „Können dadurch auf jeden Fall verhindert werden“ und „Können dadurch gar nicht verhindert werden“ mit fünf Abstufungsmöglichkeiten angegeben werden konnte.

### **Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten**

Auf der folgenden Seite des Fragebogens wurde die Kommunikation zwischen der Stadt oder Gemeinde und ihren Bürgern abgefragt. Zunächst wurde nach den Kommunikationsmaßnahmen über kommunalpolitische Pläne und Entscheidungen gefragt. Hierbei wurden ungeordnete Antwortmöglichkeiten vorgegeben, unter denen mehrere ausgewählt werden konnten. Als Printmedien wurden Briefe, das Amtsblatt, Broschüren, Flyer, Plakate und Anzeigen aufgeführt. Webbasierte Kommunikation wurde anhand der Verwendung eines Ratsinformationssystems, Social Media und Newsletter per E-Mail vorgeschlagen. Ebenso wurde nach der traditionellen Medienarbeit mit der Presse, den regionalen oder lokalen TV- und Radio-Sendern gefragt. Für den Fall, dass die Kommune weitere Möglichkeiten nutzt, wurde ein freies Textfeld mit „Sonstiges“ aufgeführt. Anschließend wurde nach den Beteiligungsmöglichkeiten von den Bürgern in der Gemeinde oder Stadt gefragt. Auch hier waren mehrere Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Zu den typischen Opportunitäten zählen die Einwohneranfrage oder Einwohnerfragestunde im Stadt- oder Gemeinderat sowie das Bürgerbüro als Kontaktstelle. Zusätzlich kann die Kommune ein Bürgertelefon einrichten. Bürgerversammlungen sind in der Verfassung des Freistaates Sachsen mindestens einmal pro Jahr vorgeschrieben. Sachkundige Einwohner können in Fachbeiräten oder Ausschüsse hinzugezogen werden und sind ebenfalls als eine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung verfassungsrechtlich festgeschrieben. Der direkte Kontakt zum Bürgermeister via E-Mail oder Brief sowie Sprechstundenzeiten sind üblich, aber kein Muss, sprechen jedoch für eine offene Kommunikation zwischen Kommune und Bürgern. Gleiches trifft auf Informationsveranstaltungen und einen direkten Ansprechpartner für Bürgerbeteiligung zu. Für weitere Möglichkeiten wurde auch hier ein freies Textfeld mit „Sonstiges“ eingefügt.

### **Beteiligungskultur**

In den folgenden Fragen sollte die Beteiligungskultur konkreter erfasst werden. Hier wurde zunächst nach dem Bestehen einer Informationsfreiheitsgesetz zur Transparenz der Arbeit der Stadt- oder Gemeindeverwaltung gefragt. In der darauffolgenden Frage wurde die Häufigkeit von Bürgerversammlungen erhoben. Die Antwortmöglichkeiten wurden von „gar nicht“ bis „mehr als 2 Mal im Jahr“ ordinal geordnet. Die Angaben „gar

nicht“ und „aller zwei Jahre“ stellen im eigentlichen Sinn verfassungswidrige Antworten dar und lassen gleichzeitig Rückschlüsse auf die Beteiligungskultur der Stadt zu. Ebenso gibt die Antwort „Weiß nicht“ das Unwissen über die kommunale Bürgerbeteiligung preis.

### **Interesse**

Um das Interesse an Bürgerbeteiligung in der Stadt oder Gemeinde allgemein zu erfassen, wurde anschließend nach der Einschätzung über das Interesse der Bürger, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik anhand einer fünfstufigen Skala mit den Extremen „kein Interesse“ und „hohes Interesse“ gefragt. Die Möglichkeit „Kann ich nicht beurteilen“ wurden ebenfalls zur Verfügung gestellt.

### **Direkte Demokratie**

Um zum einen das Wissen der Stadt- und Gemeinderäte über die direkte Demokratie in ihrer Kommune und zum anderen die Höhe der veränderbaren Quoren zu erfahren, wurde nach der Höhe der nötigen Beteiligungsquote bei Einwohneranträgen und Bürgerbegehren gefragt. Da diese laut der Sächsischen Gemeindeordnung von den Kommunen selbst zwischen fünf und zehn Prozent festgelegt werden können, wurde die niedrigste Möglichkeit mit „5 %“, dann „6 – 9 %“ und „10 %“ angegeben. Erstere spricht für wohlwollende Bürgerbeteiligung, letztere für das Gegenteil oder keine Beschäftigung mit dem Thema innerhalb der Kommune. Da das sächsische Zustimmungsquorum von Bürgerentscheiden mit 25 Prozent im deutschlandweiten Vergleich relativ hoch ist, wurde nach der Meinung der Stadt- und Gemeinderäte zum Quorum gefragt. Dafür wurde eine fünfstufige Skala mit den Werten „zu hoch“, „etwas hoch“, „genau richtig“, „etwas niedrig“ und „zu niedrig“ vorgegeben. Die zehnte Frage wurde allgemeiner formuliert und erfasste mithilfe einer fünfstufigen Skala von „völlig ausreichend“ bis „viel zu wenig“ die Einschätzung der Befragten über Anzahl der direktdemokratisch verfassten Beteiligungsformen. Beide Fragen enthielten die Antwortmöglichkeit „Weiß nicht“.

### **Kooperative Demokratie**

Um die Sichtweisen und die Erfahrungen zur kooperativen Demokratie zu erheben, wurde im Folgenden nach der Einstellung zu Verfahren wie Bürgerforen oder Zukunftswerkstätten gefragt. Hier wurde eine Filterfunktion eingebaut, so dass die Befragten, welche „Ja, wurde in meiner Stadt oder Gemeinde bereits umgesetzt“ anklickten, zu einer zusätzlichen Frage nach den konkret angewandten Verfahren gelangten. Alle anderen, die „Nein, kann ich mir nicht vorstellen“ oder „Ja, kann ich mir gut vorstellen“ auswählten, wurden direkt an Frage dreizehn weitergeleitet. Hier wurden sie nach den Bereichen befragt, in welchen sie Bürgerbeteiligung für sinnvoll erachten. Es wurden die Bereiche „Bürgerhaushalte / Finanzen“, „Städtebauliche Maßnahmen“, „Stadtentwicklung“, „Verkehrsplanung“, „Freiraumplanung“, „Wirtschaft“, „Kultur“, „Sport“, „Soziales“ und „Kirche und Religion“ zur Auswahl gestellt. Es waren mehrere Antworten möglich und es konnten weitere Bereiche in einem freien Textfeld aufgezählt werden.

### **Aktuelle Entwicklungen**

Um auf aktuelle Entwicklungen innerhalb der Diskussion um Bürgerbeteiligung einzugehen, wurde nach den Meinungen zu Online-Beteiligungen über die Website der Kommunen gefragt. Dazu wurden verschiedene Antworten vorgegeben, wobei mehrere ausgewählt werden konnten und es wieder ein freies Textfeld mit Ergänzungsmöglichkeiten gab. Folgende Antworten stellen positive Aspekte in den Vordergrund: „Sehr gut, Bürgerwünsche zu bestimmten Fragen können schnell und einfach erfasst werden.“ und „Mithilfe von Social Media Kanälen wie Facebook, YouTube und Twitter könnten vermehrt junge Leute auf kommunalpolitische Themen aufmerksam gemacht werden.“ Diese Antworten heben dagegen negative Erfahrungen und Befürchtungen hervor: „Internetforen müssen moderiert werden, sonst kommt es in der Anonymität zu Beleidigungen und Beschimpfungen“ und „Es beteiligen sich nur internetaffine Bürger.“ Die Antwort „In meiner Stadt / Gemeinde ist so etwas nicht nötig, der Kontakt zum Bürger ist so nah, dass ich auch so weiß, was sie möchten.“ wurde aus der vorangegangenen Expertenbefragung zur Bürgerbeteiligung entnommen, da dies vermutlich auf viele kleinere Kommunen zutrifft. Ebenso konnte „Dafür stehen keine Mittel zur Verfügung, Aufwand und Kosten sind zu hoch“ angeklickt und weitere Meinungen in einem freien Textfeld ergänzt werden. Da innerhalb der Stadt- und Gemeindeverwaltung oft Vorbehalte gegenüber Bürgerbeteiligung herrschen, wurden die Zielpersonen nach Verbesserungsmöglichkeiten zur gesteigerten Attraktivität derartiger Prozesse gefragt. Hier waren mehrere Antworten möglich: „Ein Leitlinienkatalog mit Handlungsempfehlungen“, „Weiterbildungsangebote für die Kommunalverwaltung/-politik zur Kompetenzsteigerung bei Bürgerbeteiligung (Kommunikation, Methodik, usw.)“, „Kapazitäten, um Bürgerbeteiligung auszuprobieren und Erfahrungen damit zu sammeln“ und „Ressourcenbereitstellung durch den Freistaat für Bürgerbeteiligungsmodelle“. Für weitere Ideen wurde ein freies Textfeld zur Verfügung gestellt.

### **Chancen und Hürden**

Es folgte eine vierstufige Likert-Skala zu den Chancen und Hürden einer intensiveren Bürgerbeteiligung. Dazu wurden den Befragten verschiedene Meinungen zur Bürgerbeteiligung vorgegeben, welche sie mit den Auswahlmöglichkeiten: „Ich stimme voll zu“, „Ich stimme eher zu“, „Ich stimme eher nicht zu“ und „Ich stimme überhaupt nicht zu“ beurteilen sollten. Es wurde bewusst keine Mittelkategorie vorgesehen, um die Teilnehmer zu einer Tendenz zu bewegen. Für ergänzende Chancen oder Hürden wurde ihnen jeweils unterhalb der Statements Platz geboten. Die vorgegebenen Behauptungen wurden der explorativen Vorstudie entnommen und geben verschiedene Ansichtsweisen sowie typische Problemfelder der kommunalen Bürgerbeteiligung wieder.

### **Soziodemographische und geographische Angaben**

Auf der vorletzten Seite des Fragebogens wurden die Zielpersonen nach ihren soziodemographischen Daten wie Geschlecht, Alter und ihrem höchsten Bildungsabschluss gefragt. Für die Vergleichbarkeit der parteipolitischen Präferenzen wurden sie zudem nach der Angabe ihrer Parteizugehörigkeit im Stadt- oder Gemeinderat gebeten. Für die regionale und kommunalgrößenspezifische Einordnung folgten zum Schluss Fragen zum Landkreis und der Einwohnerzahl der Kommune. Bei den Landkreisen wurden alle zehn zur Auswahl gestellt. Bei der Fraktionszugehörigkeit wurden die einzelnen Parteien sowie die Freien Wähler und Wählervereinigungen aufgeführt. Als Ausweichvariante konnten weitere Möglichkeiten genannt oder keine Zugehörigkeit gewählt werden.

### **Abschlussfrage**

Am Ende des Fragebogens wurde den Stadt- und Gemeinderäten ein freies Textfeld für Anmerkungen zur Verfügung gestellt. So konnten sie Anregungen oder Kritik hinterlassen, welche für die Fehlerbetrachtung wichtig sein oder neue Forschungsaspekte hervorbringen können. Es wurde ihnen für die Teilnahme gedankt und die Möglichkeit der Zusendung der Ergebnisse angeboten.

### **Allgemeine Gestaltung**

Für eine möglichst geringe Abbruchquote empfiehlt die Literatur einige Maßnahmen bei der Konstruktion des Fragebogens zu beachten. So wurde ein nutzerfreundliches Layout mit genauen Handlungsanweisen gewählt.<sup>276</sup> Als Anlehnung an schriftliche Befragungen wurde schwarze Schrift auf weißem Hintergrund sowie das Design eines Blattes verwendet. Ein kurzer Einleitungstext informierte über das Forschungsthema der Masterarbeit und die nötige Zeit, die für die Beantwortung eingeplant werden konnte. Die Fragen wurden übersichtlich von den Antwortmöglichkeiten abgesetzt, thematisch geordnet und so platziert, dass die Teilnehmer meist nicht zu den Antwortitems scrollen mussten. Ein Fortschrittsbalken zeigte den Befragten jederzeit, wo sie sich gerade im Fragebogen befanden.<sup>277</sup> Zudem wurden die Fragen und Antworten an die Sprachgewohnheiten der Kommunalpolitiker angepasst und möglichst prägnant und verständlich formuliert.<sup>278</sup> Die Umfrage konnte auf jeder Seite abgebrochen werden und die Antworten wurden außer bei einer Filterfrage nicht erzwungen.<sup>279</sup> Die Antwortmöglichkeiten sollten disjunkt, also

---

<sup>276</sup> Vgl. Häder (2010), S. 230

<sup>277</sup> Vgl. Maurer & Jandura (2009), S. 67 f.

<sup>278</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 253

<sup>279</sup> Vgl. Ebster & Stalzer (2008), S. 197 f.

deutlich voneinander abgetrennt, erschöpfend und präzise sein. Stark wertbesetzte Begriffe und Suggestivfragen wurden vermieden.<sup>280</sup>

## 5.4 Pre-Test

Nach der Konstruktion des Fragebogens wurde ein Pre-Test durchgeführt, um den logischen Aufbau, die Fragen und die Antwortmöglichkeiten zu überprüfen und gegebenenfalls zu optimieren.<sup>281</sup> Die Pre-Test-Phase erstreckte sich vom 09. bis 14. April 2014. Zum kritischen Pretest wurden die Betreuer, ein Statistikdozent, ein Teil der Experten aus der vorangegangenen Studie sowie mehrere Sozial- und Politikwissenschaftler gebeten. Der Fragebogen wurde dafür im Pre-Test-Modus der Software SoSciSurvey an die Pre-Tester geschickt. Diese konnten direkt unter den jeweiligen Fragen Anmerkungen hinterlassen. Gleichzeitig wurde ein Funktionstest durchgeführt, in dem der Fragebogen nach technischen Gesichtspunkten überprüft wurde. Während der Pre-Test-Phase wurde der Fragebogen weiter angepasst. Einige Fragen wurden gekürzt oder umgeschrieben und Antwortmöglichkeiten stärker skaliert. Die Befragungszeit wurde auf fünf bis zehn Minuten, je nach der Antwortintensität bei halboffenen Fragen, festgelegt.

## 5.5 Feldphase

Zur Durchführung der Erhebung wurde die Online-Software SoSciSurvey gewählt. Diese steht wissenschaftlichen Abschluss- und Doktorarbeiten kostenlos zur Verfügung und bietet alle grundlegenden Möglichkeiten zur Erstellung eines Fragebogens sowie die unbegrenzte Erhebung der Daten und deren Ausgabe in SPSS- oder Excel-Dateien.<sup>282</sup> Nach der fertiggestellten Programmierung des Fragebogens und der Pre-Test-Anpassungen konnte der Fragebogen unter folgendem Link abgerufen werden: <https://www.soscisurvey.de/kommunalpolitik-sachsen/>.

Da am 25. Mai 2014 Kommunalwahlen in Sachsen anstanden, wurde die Umfrage bewusst vor diesem Datum durchgeführt, um bereits erfahrene Kommunalpolitiker befragen zu können. Am Dienstag, den 15. April 2014, wurde der Umfragelink an die E-Mail-Adressen der Stadtverwaltungen gesandt und um deren Weiterleitung an die Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte gebeten. Bis zum 22. April, eine Woche nach dem Start der Umfrage, konnten 350 Teilnehmer verzeichnet werden. Um einer hohen Ausfallquote

---

<sup>280</sup> Vgl. Häder (2010), S. 231 f.

<sup>281</sup> Vgl. Mayer (2008), S. 98

<sup>282</sup> Vgl. SoSci Survey GmbH 2014

entgegenzuwirken, wird empfohlen, acht bis zehn Tage nach der ersten Erhebung ein Erinnerungsschreiben an die Zielgruppe zu senden.<sup>283</sup> Dies wurde am darauffolgenden Donnerstag, den 24. April 2014, umgesetzt. Somit konnte die Beteiligungszahl von 380 auf 590 erhöht werden. Die Wochentage und die Uhrzeiten (stets vormittags) des E-Mail-Versandes wurden bewusst gewählt, um eine möglichst hohe Aufmerksamkeit der Stadtverwaltungen zu erhalten.<sup>284</sup> In Abbildung 7 ist das zweistufige Selektionsverfahren dargestellt.

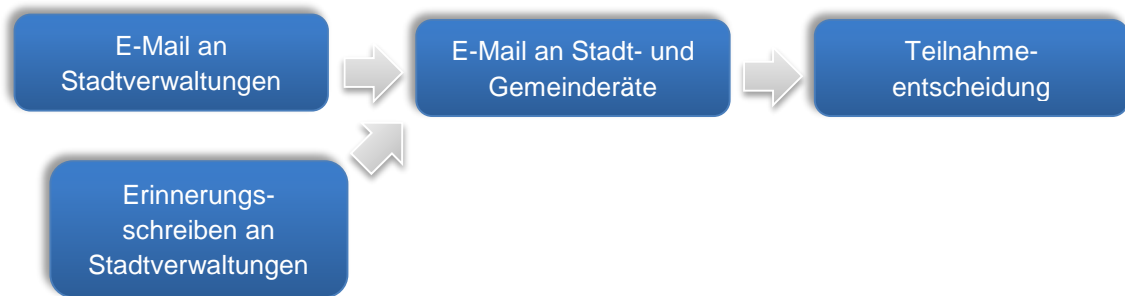


Abbildung 7: Selektionsverfahren  
Quelle: eigene Darstellung

## 5.6 Gütekriterien

Ziel einer quantitativen empirischen Erhebung ist es, Daten zu liefern, mit deren Hilfe belastbare und intersubjektiv nachvollziehbare Aussagen über die Realität getroffen werden können und die eine möglichst hohe Qualität aufweisen.<sup>285</sup> Im Folgenden wird auf die Gütekriterien der Objektivität, Reliabilität und Validität des Fragebogens eingegangen.

### 5.6.1 Objektivität

Die Objektivität einer Erhebung ist gewährleistet, wenn verschiedene Personen die gleichen Ergebnisse erzielen können, so dass das Messergebnis nicht vom Forscher, sondern ausschließlich von den zu messenden Merkmalen abhängig ist. Die Befragung und die Auswertung müssen folglich objektiv gestaltet sein.<sup>286</sup> Dies wird zum einen durch die

---

<sup>283</sup> Vgl. Bortz & Döring (2006), S. 258

<sup>284</sup> Vgl. Welker et al. (2005), S. 78

<sup>285</sup> Vgl. Häder (2010), S. 108

<sup>286</sup> Vgl. Häder (2010), S. 108

Standardisierung des Fragebogens und zum anderen durch die Dokumentation des Vorgehens gewährleistet.<sup>287</sup> Die Durchführungsobjektivität kann durch Interviewereffekte beeinträchtigt werden. Dies ist in der vorliegenden Arbeit nicht der Fall, da die Beantwortung der Fragen getrennt vom Forscher erfolgt. Durch einen Funktionstest im Pre-Test kann die unterschiedliche Darstellung des Fragebogens in verschiedenen Internet-Browsern ausgeschlossen werden. Jedoch sind Störungen im Netz der Befragten nicht beeinflussbar und können die Beantwortung der Fragen beeinträchtigen.<sup>288</sup> Die Auswertungsobjektivität kann als gegeben betrachtet werden, da die Beantwortung vordergründig standardisiert abläuft und offene Antwort lediglich als Ergänzung verwendet werden. Durch die Verwendung einer Software werden die Items automatisch in vorgegebene Codes umgewandelt, so dass auch hier keine Auswertungsfehler entstehen können. Die Interpretationsobjektivität wird durch den Vergleich anhand der SPSS-Datenauswertung, einer genauen Beschreibung des theoretischen Konstrukts sowie der Definitionen im Codebuch gesichert.<sup>289</sup>

## 5.6.2 Reliabilität

Die Reliabilität oder Zuverlässigkeit stellt die Reproduzierbarkeit der Messergebnisse dar, so dass sich bei einer wiederholten Untersuchung unter gleichen Bedingungen die gleichen Resultate ergeben.<sup>290</sup> Somit wird die Messgenauigkeit eines Erhebungsinstruments geprüft. Zur Messung der Reliabilität gibt es verschiedene Verfahren wie das Retest-Verfahren und das Paralleltest-Verfahren. Ersteres fußt auf einer mehrmaligen Befragung, letzteres auf der Befragung zweier Gruppen. Aus forschungsökonomischen Gründen wird dieses Vorgehen in der vorliegenden Arbeit nicht angewandt. Sind die Fragen und Antworten verständlich formuliert und standardisiert, kann von einer zuverlässigen Erhebung ausgegangen werden.<sup>291</sup> Dies wurde anhand des standardisierten Fragebogens gewährleistet und mittels des Pre-Tests geprüft.

## 5.6.3 Validität

Die Validität stellt das Hauptziel und wichtigste Gütekriterium der Erhebung dar: Objektivität und Reliabilität sind notwendige Voraussetzungen dafür. Validität entspricht der

---

<sup>287</sup> Vgl. Häder (2010), S. 109

<sup>288</sup> Vgl. Welker et al. (2005), S. 25

<sup>289</sup> Vgl. Ebster & Stalzer (2008), S. 158; vgl. Mayer (2008), S. 89

<sup>290</sup> Vgl. Häder (2010), S. 109; vgl. Ebster & Stalzer (2008), S. 157

<sup>291</sup> Vgl. Mayer (2008), S. 89



inhaltlichen Funktionstüchtigkeit und der Genauigkeit der Messung.<sup>292</sup> Sie zeigt, ob das Messinstrument für die Überprüfung der Hypothesen geeignet ist. Die Inhalts- oder Kontenvalidität hängt von der Übersetzung des theoretischen Konstrukts in die Items ab. Hierfür sind die Bestandteile der Hypothese eindeutig zu definieren und zu operationalisieren. Die Kriteriumsvalidität lässt Rückschlüsse auf eine Übereinstimmung der Messung mit von der Untersuchung unabhängigen Außenkriterien zu, um die Gültigkeit der Ergebnisse zu überprüfen. Dies kann in der vorliegenden Studie lediglich anhand geringfügig veröffentlichter Eigenschaften der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte vorgenommen werden.<sup>293</sup>

---

<sup>292</sup> Vgl. Häder (2010), S. 113

<sup>293</sup> Vgl. Ebster & Stalzer (2008), S. 156

## 6 Ergebnisse der Befragung

In diesem Kapitel werden die erhobenen Daten mithilfe der Analyse- und Statistik-Software SPSS Statistics 20 von IBM ausgewertet. Zunächst wird anhand deskriptiver Statistiken ein Überblick über die Rücklaufquote und die Teilnehmer der Umfrage gegeben. Darauf folgen die Überprüfung der in Kapitel vier aufgestellten Hypothesen sowie weitere Untersuchungen.

### 6.1 Rücklaufquote und Datenbereinigung

Nach einem Erhebungszeitraum von einem Monat und einem Erinnerungsschreiben nach zwei Wochen haben 590 Stadt- und Gemeinderäte an der Umfrage teilgenommen. Dies entspricht einer Quotenstichprobe von 8,2 Prozent der Grundgesamtheit. Insgesamt haben 1053 Personen den Fragebogen geöffnet, ihn jedoch teilweise nur angeschaut ohne die Fragen zu beantworten oder ihn nach wenigen Seiten abgebrochen. Diese Datensätze wurden aus der Untersuchung ausgeschlossen. In der folgenden Abbildung sind die Rücklauf- und Abbruchsquoten grafisch dargestellt. Da die Beantwortung nicht immer vollständig erfolgte, werden die verschiedenen Teilnehmerzahlen bei jeder Auswertung angegeben.

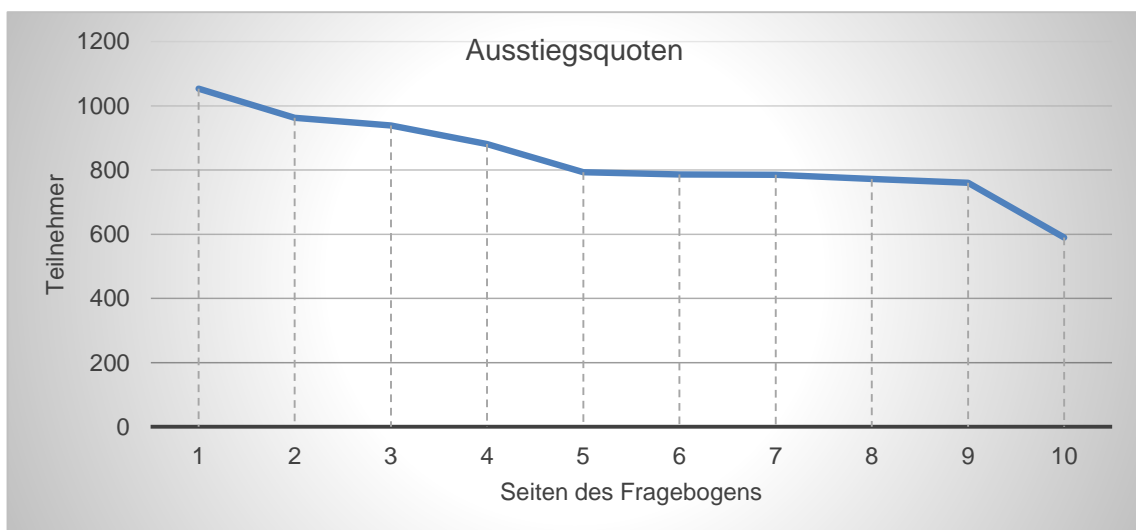


Abbildung 8: Ausstiegsquoten  
Quelle: SoSciSurvey, eigene Darstellung

### 6.2 Soziodemographische Angaben

Im Folgenden wird die Stichprobe anhand der erhobenen soziodemographischen Daten Alter und Bildung sowie Parteizugehörigkeit der Stadt- und Gemeinderäte näher beschrieben.

Von den 590 Teilnehmern sind knapp drei Viertel männliche ( $n = 340$ ) und ein Viertel weibliche ( $n = 127$ ) Befragte. Der jüngste Teilnehmer ist 23 Jahre, der Älteste 80 Jahre alt. Die meisten Befragten ( $n = 159$ ) sind zwischen 51 und 60 Jahren alt. Zur Kategorisierung wurden die Altersangaben in sechs Altersgruppen eingeteilt, wie in Abbildung 9 zu sehen ist. Der jüngsten Altersgruppe, bis 30 Jahre, sind nur 5 Prozent der Teilnehmer ( $n = 21$ ) zuzuordnen. Bemerkenswert ist, dass dagegen die über 70-Jährigen mit 8 Prozent und somit stärker als die Jüngeren vertreten sind.

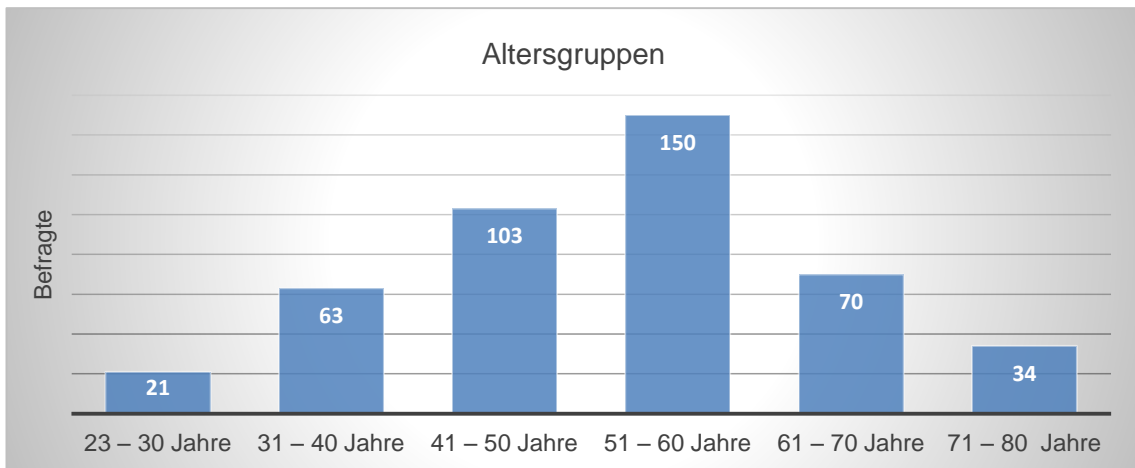


Abbildung 9: Altersgruppen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 441$

Des Weiteren ist festzustellen, dass die Befragten überdurchschnittlich gebildet sind. Zwei Drittel können ein abgeschlossenes Studium vorweisen. 20 Prozent sind einer Berufsausbildung nachgegangen und nur 6,7 Prozent haben keinen berufsqualifizierenden Abschluss.

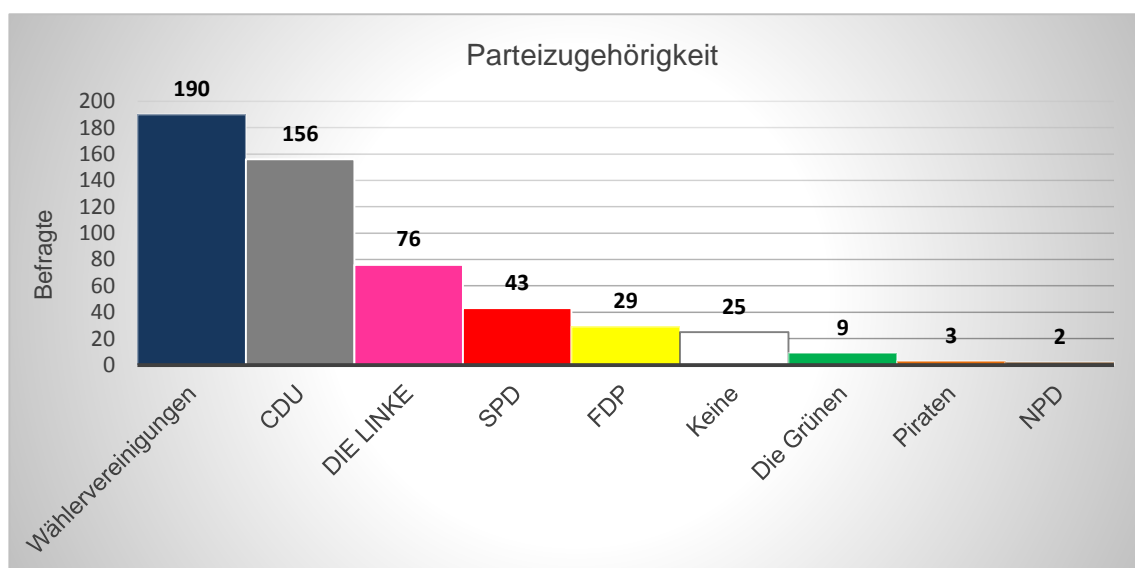


Abbildung 10: Parteizugehörigkeit  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 533$

Zur Parteizugehörigkeit lässt sich sagen, dass die kommunalen Wählvereinigungen mit über einem Drittel ( $n = 190$ ) am stärksten vertreten sind, gefolgt von der CDU mit fast 30 Prozent ( $n = 156$ ). Von DIE LINKE stammen rund 15 Prozent ( $n = 76$ ), von der SPD rund 8 Prozent ( $n = 43$ ) und von der FDP 5,4 Prozent ( $n = 29$ ). Bündnis 90/Die Grünen, die NPD und die Piraten sind nur geringfügig vertreten, wie in Abbildung 10 zu erkennen ist. 4,7 Prozent der Teilnehmer ( $n = 25$ ) sind Einzelbewerber und gehören somit keiner Vereinigung an.

### 6.3 Geographische Angaben

Im Rahmen der geographischen Angaben kann herausgestellt werden, dass knapp ein Drittel der Teilnehmer ( $n = 168$ ) Stadträte in Kleinstädten mit 5.001 bis 10.000 Einwohnern (EW) sind. 15 Prozent der Befragten ( $n = 82$ ) sind Städten mit Einwohnerzahlen zwischen 10.001 und 20.000 zuzuordnen. Etwas mehr als ein Zehntel ( $n = 60$ ) kommt aus den Großstädten mit über 40.000 Einwohnern.

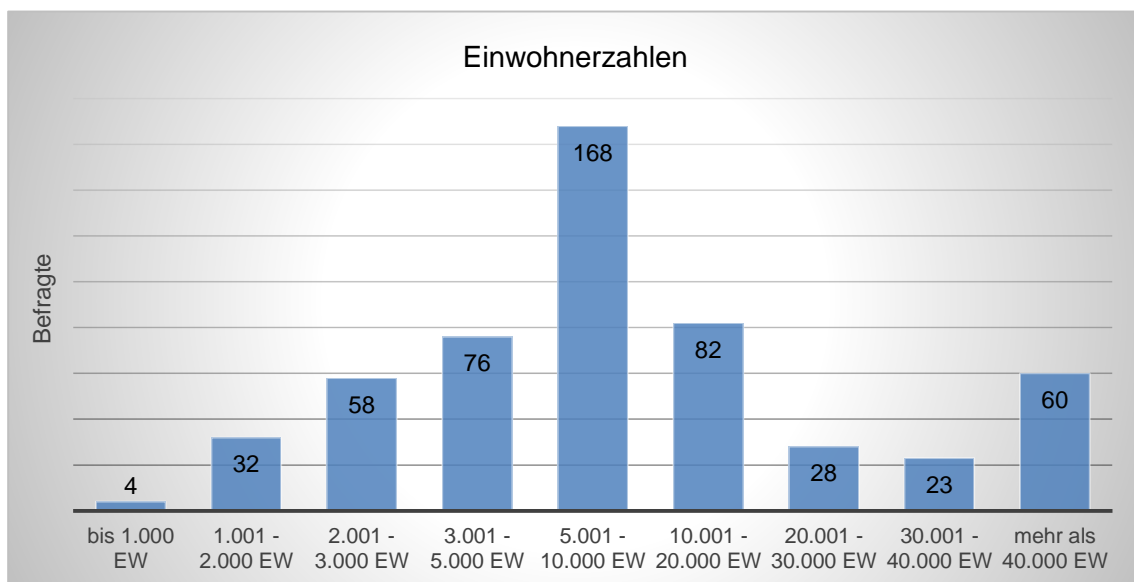


Abbildung 11: Kommunengröße nach Einwohnerzahlen

Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 531$

Die Daten der Landkreise, zu denen die Befragten gehören, ergeben, dass der Landkreis Mittelsachsen am häufigsten vertreten ist. Dies lässt sich auf den sich dort befindenden Standort der Hochschule Mittweida und die damit einhergehende stärkere Verbundenheit mit der Umfrage zurückführen. Die Kreisfreien Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz sind mit insgesamt rund 10 Prozent ( $n = 46$ ) vertreten.

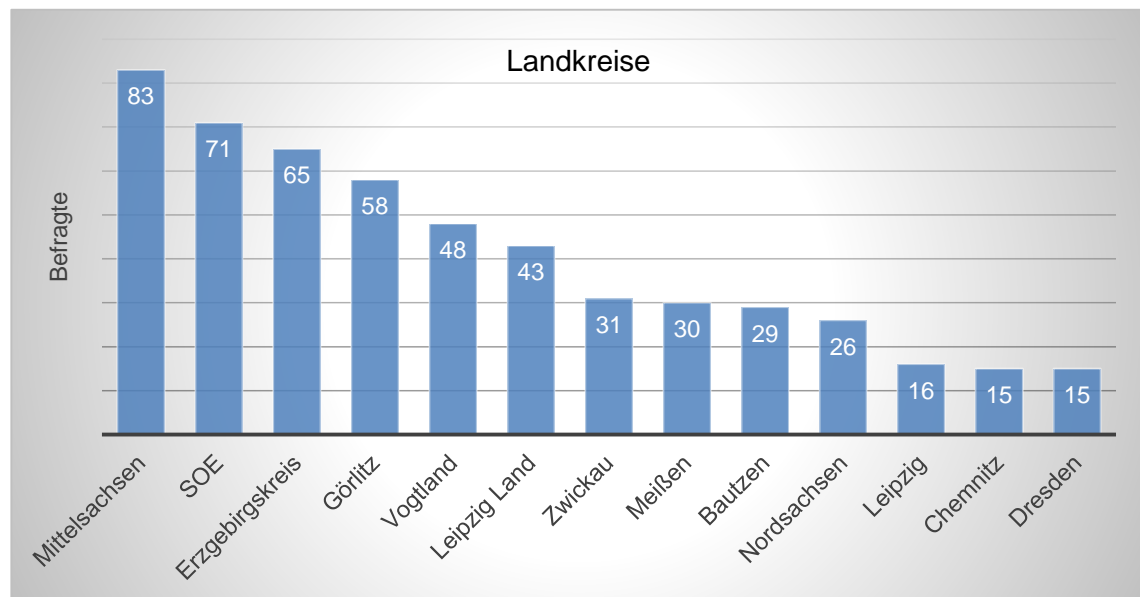


Abbildung 12: Landkreise  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 530

## 6.4 Überprüfung der Hypothesen

Die in Kapitel vier aufgestellten Hypothesen werden im Folgenden anhand statistischer Auswertungsverfahren mithilfe der Software SPSS überprüft. Dazu werden zunächst die Ergebnisse deskriptiv dargestellt und anschließend auf den Einfluss von unabhängigen Variablen untersucht.

### 6.4.1 Definition der Fallgruppen

Für den Vergleich verschiedener Fallgruppen müssen diese aus den erhobenen Daten neu definiert werden. Für die Untersuchung der Einwirkung der Kommengröße auf die Beteiligungskultur werden die Angaben zu den Einwohnerzahlen in drei Gruppen eingeteilt:

#### Unabhängige Variable: Stadtgruppen (SG)

Kleine Kommunen:	bis 5.000 Einwohner
Mittelgroße Kommunen:	von 5.001 bis 20.000 Einwohner
Große Kommunen:	ab 20.001 Einwohnern

Für die Gegenüberstellung der parteizugehörigen und parteilosen Stadt- und Gemeinderäte werden die Variablen ihrer Parteizugehörigkeit in folgende dichotome Indizes eingeteilt:

**Unabhängige Variable: Parteizugehörigkeitsgruppen (PZ)**

Parteizugehörig:	CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, AfD, NPD
Parteilos:	Freie Wähler / Wahlvereinigungen, Keine, Sonstige

## 6.4.2 Zusammenhang zwischen Einwohnerzahlen und Bürgerbeteiligungskultur

Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen der Kommunengröße, gemessen an deren Einwohnerzahlen, und der Bürgerbeteiligungskultur untersucht. Die Bürgerbeteiligungskultur setzt sich aus verschiedenen Indikatoren zusammen: Eine Informationsfreiheitssatzung suggeriert Offenheit und Transparenz des politisch-administrativen Systems. Abgesenkte Quoren erleichtern den Bürgern die Durchsetzung ihrer Interessen anhand von Wohnanträgen (EA) und Bürgerbegehren (BB). Zudem zeugen moderne Online-Kommunikationsmittel von zeitgemäßem Handeln und interaktivem Austausch mit den Bürgern. Des Weiteren soll geprüft werden, ob die Bürger und Kommunalpolitiker in den großen Städten mehr an Bürgerbeteiligung interessiert sind als in kleinen und mittleren Städten. Ebenso ist davon auszugehen, dass die Stadträte der großen Kommunen neue Verfahren ausprobieren, da sie der Ansicht sind, dass die bestehenden Möglichkeiten nicht genügen. Für die Analyse der einzelnen Faktoren wurde ein Hypothesenset aufgestellt. Im Folgenden werden die einzelnen Hypothesen H1a bis H1f untersucht und anschließend mit Bezug auf die Beteiligungskultur zusammengefasst.

### **Hypothese H1a: Große Kommunen verfügen eher über eine Informationsfreiheitssatzung als kleine und mittlere Kommunen.**

Anhand der Häufigkeitsauswertung in Abbildung 13 zeigt sich, dass 593 Teilnehmer die Frage nach dem Vorhandensein einer Informationsfreiheitssatzung (IFS) beantwortet haben. Nur 23 Befragte gaben an, dass ihre Kommune solch eine Satzung beschlossen hat. Drei Viertel der Befragten ( $n = 437$ ) beantworteten die Frage mit „Nein“ und knapp ein Viertel ( $n = 133$ ) mit „Weiß nicht“.

Um zu untersuchen, aus welcher Art Kommune die Stadt- und Gemeinderäte mit den jeweiligen Antworten stammen, wird eine Kreuztabelle mit der neugebildeten Variable „Stadtgruppen“ (UV) und der Frage zur Informationsfreiheitssatzung (AV) erstellt. Da bei

der Frage nach der Einwohnerzahl der Kommune nur 525 Teilnehmer eine Angabe vornahmen, sinkt n auf 525 Befragte.

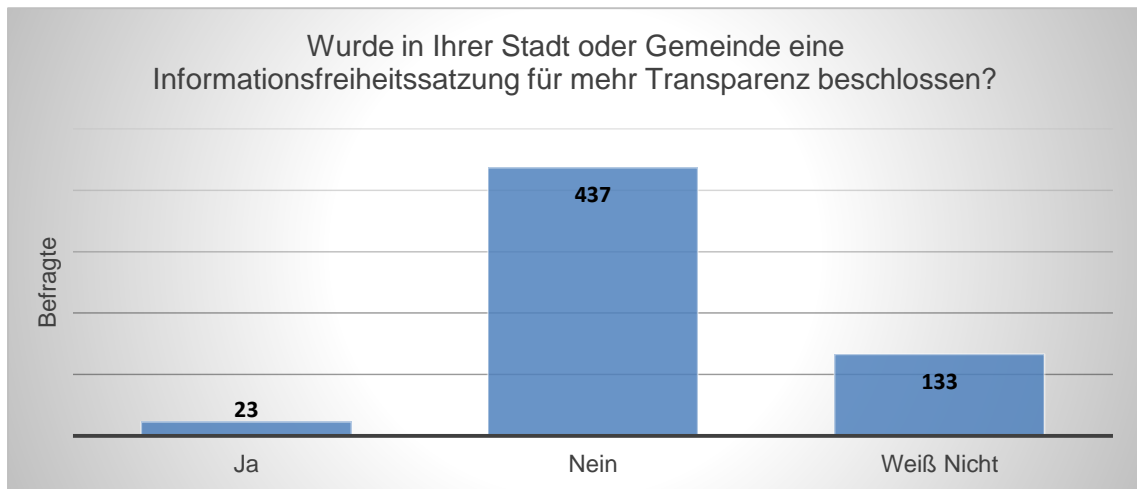


Abbildung 13: Informationsfreiheitssatzung  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 593

Stadtgruppen * Informations- freiheitssatzung Kreuztabelle		Informationsfreiheitssatzung						Gesamt
		Ja		Nein		Weiß nicht		
Stadt- gruppen	Kleine Kommunen	1	0,6 %	130	76,9 %	38	22,5 %	169
	Mittelgroße Kommunen	5	2,0 %	190	76,6 %	53	21,4 %	248
	Große Kommunen	15	13,9 %	72	66,7 %	21	19,4 %	108
Gesamt		21	4,0 %	392	74,7 %	112	21,3 %	525

Tabelle 1: Kreuztabelle Stadtgruppen und Informationsfreiheitssatzung  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 525

Die Kreuztabelle zeigt, dass nur 21 Befragte angaben, dass es in ihrer Kommune eine IFS gibt. Dem gegenüber haben 392 Stadt- und Gemeinderäte geantwortet, dass es bei ihnen keine IFS gibt. Obwohl deutlich weniger Ratsmitglieder aus größeren Städten teilgenommen haben, ist der Anteil von Räten aus großen Städten mit einer IFS höher als bei den kleinen und den mittelgroßen Städten.

Um den Zusammenhang der Variablen zu testen, wird ein Chi<sup>2</sup>-Test herangezogen.

Hierfür werden die Nullhypothese  $H_0$  und die Alternativhypothese  $H_1$  aufgestellt:

$H_1$ : Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem Beschluss für eine Informationsfreiheitssatzung.

$H_0$ : Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem Beschluss für eine Informationsfreiheitssatzung.

Der Chi<sup>2</sup>-Test ergibt bei n = 413 („Weiß nicht“-Angaben herausgerechnet) einen Wert von 34,267 mit einer Signifikanz p von 0,000;  $p < 0,05$ . Somit kann die Nullhypothese

abgelehnt werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem Vorhandensein einer IFS.

**Hypothese H1a erweist sich als realistisch, denn große Kommunen verfügen prozentual eher über eine Informationsfreiheitssatzung.**

**Hypothese H1b: Große Kommunen haben die Quoren für Einwohneranträge und Bürgerbegehren auf 5 Prozent abgesenkt.**

Anhand der Häufigkeitsauswertung zeigt sich, dass 518 Teilnehmer die Frage nach dem Quorum für Einwohneranträge (EA) und 529 Befragte die Frage nach dem Quorum für Bürgerbegehren (BB) beantwortet haben. Dabei fällt auf, dass die Mehrzahl der Kommunalpolitiker nicht weiß, wie hoch die Quoren ihrer Kommune sind. Daraus ließe sich ableiten, dass sie sich nicht mit dem Thema der Bürgerbeteiligung beschäftigen. Jedoch kennen sich die Ratsmitglieder mit Bürgerbegehren anscheinend besser aus als mit Einwohneranträgen. Über zwei Drittel der Teilnehmer ( $n = 353$ ) wählten beim Einwohnerantragsquorum „Weiß nicht“, beim Bürgerbegehrensquorum war es dagegen nur etwas über die Hälfte ( $n = 298$ ). 18,1 Prozent ( $n = 70$ ) gaben an, dass das Quorum der Einwohneranträge in der jeweiligen Kommune gesenkt worden ist. Etwas höher liegt der Anteil der gesenkten Quoren für Bürgerbegehren mit 21,9 Prozent ( $n = 97$ ).

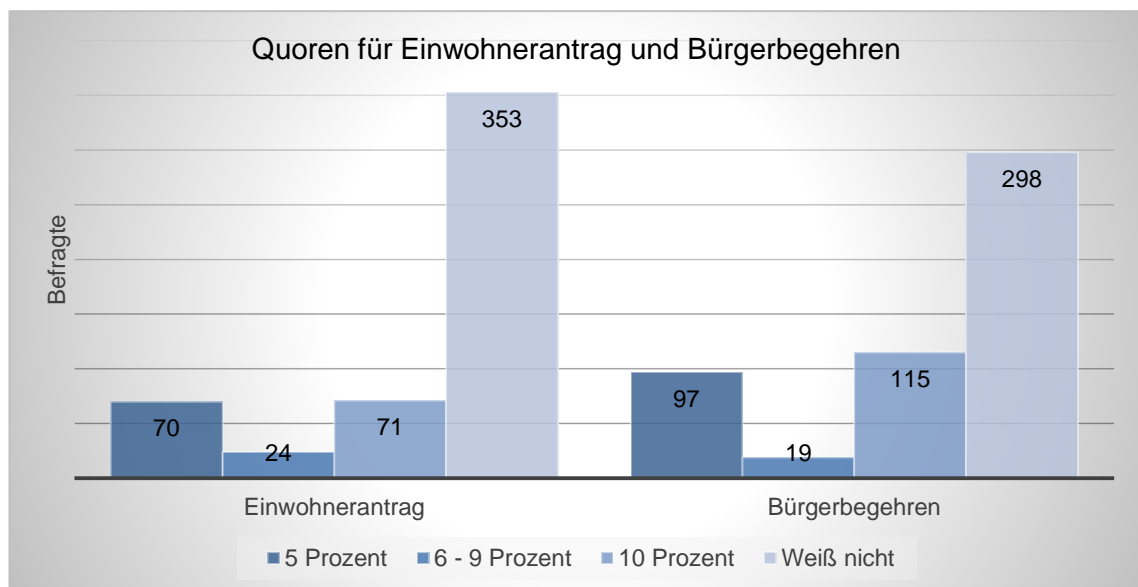


Abbildung 14: Quoren für Einwohnerantrag und Bürgerbegehren  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung;  $n_{EA} = 518$ ;  $n_{BB} = 529$

Um zu untersuchen, in welcher Art von Kommunen die Quoren gesenkt wurden, werden hier ebenfalls Kreuztabellen mit der neugebildeten Variable „Stadtgruppen“ (UV) und der Fragen nach den Quoren (AV) erzeugt. Zunächst werden die Quoren der Einwohneranträge und anschließend die der Bürgerbegehren analysiert.



An den gekreuzten Fragen beteiligten sich 487 Teilnehmer. Davon wussten 332 nicht, wie hoch das Quorum für EA in der Hauptsatzung ihrer Kommune festgelegt ist. Das entspricht zwei Dritteln der Befragten. 64 Ratsmitglieder (13,3 Prozent) kommen aus Kommunen, in denen das Quorum auf 5 Prozent abgesenkt, 23 (4,7 Prozent) aus Städten, in denen ein Mittelweg zwischen 6 und 9 Prozent eingeschlagen wurde und 68 (14,0 Prozent) stammen aus Kommunen, die das Quorum von 10 Prozent beibehalten haben. Ein Viertel der Befragten aus großen Städten gab ein 5-Prozent-Quorum an. Diese Gruppe ist damit anteilig am häufigsten vertreten.

Stadtgruppen *		Quoren: Einwohneranträge								Gesamt
		5 %		6 – 9 %		10 %		Weiß nicht		
Quoren: EA Kreuztabelle										
Stadtgruppen	Kleine Kommunen	17	10,6 %	14	8,7 %	19	11,8 %	111	68,9 %	161
	Mittelgroße Kommunen	23	10,0 %	6	2,6 %	36	15,7 %	164	71,6%	229
	Große Kommunen	24	24,7 %	3	3,1 %	13	13,4 %	57	58,8 %	97
Gesamt		64	13,1 %	23	4,7 %	68	14,0 %	332	68,2 %	487

Tabelle 2: Kreuztabelle Stadtgruppen und Quoren für Einwohneranträge  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 487

Um den Zusammenhang der Variablen zu testen, wird ein Chi<sup>2</sup>-Test herangezogen.

Hierfür werden die Nullhypothese H<sub>0</sub> und die Alternativhypothese H<sub>1</sub> aufgestellt:

H<sub>1</sub>: Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Senkung des Quorums für Einwohneranträge.

H<sub>0</sub>: Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Senkung des Quorums für Einwohneranträge.

Der Chi<sup>2</sup>-Test ergibt bei n = 155 („Weiß nicht“-Angaben herausgerechnet) einen Wert von 16,786 mit einer Signifikanz p von 0,002; p < 0,05. Somit kann die Nullhypothese abgelehnt werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Absenkung des Quorums für Einwohneranträge.

Die Kreuztabelle bezüglich der Quoren für Bürgerbegehren ergibt Folgendes:

Stadtgruppen *  Quoren: BB Kreuztabelle		Quoren: Bürgerbegehren								Gesamt
		5 %		6 – 9 %		10 %		Weiß nicht		
Stadtgruppen	Kleine Kommunen	22	13,5 %	9	5,5 %	27	16,6 %	105	64,4 %	163
	Mittelgroße Kommunen	29	12,6 %	6	2,6 %	60	26,0 %	136	58,9 %	231
	Große Kommunen	41	41,0 %	2	2,0 %	24	24,0 %	33	33,0 %	100
Gesamt		92	18,6 %	17	3,4 %	111	22,5 %	274	55,5 %	494

*Tabelle 3: Kreuztabelle Stadtgruppen und Quoren für Bürgerbegehren  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 494*

An den gekreuzten Fragen beteiligten sich 494 Teilnehmer. Davon wussten 274 nicht, wie hoch das Quorum für BB in der Hauptsatzung ihrer Kommune festgelegt ist. Das entspricht etwas mehr als der Hälfte der Befragten. 92 Ratsmitglieder (18,6 Prozent) kommen aus Kommunen, in denen das Quorum auf 5 Prozent abgesenkt, 17 (3,4 Prozent) aus Städten, in denen ein Mittelweg zwischen 6 und 9 Prozent eingeschlagen wurde und 111 (22,5 Prozent) stammen aus Kommunen, die das Quorum von 10 Prozent beibehalten haben. Mit 41 Prozent der Befragten (n = 41) ist der Anteil der 5-Prozent-Quoren in großen Städten ebenfalls am größten.

Um den Zusammenhang der Variablen zu testen, wird ein Chi<sup>2</sup>-Test herangezogen.

Hierfür werden die Nullhypothese H<sub>0</sub> und die Alternativhypothese H<sub>1</sub> aufgestellt:

- H<sub>1</sub>: Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Senkung des Quorums für Bürgerbegehren.
- H<sub>0</sub>: Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Senkung des Quorums für Bürgerbegehren.

Der Chi<sup>2</sup>-Test ergibt bei n = 220 („Weiß nicht“-Angaben herausgerechnet) einen Wert von 21,928 mit einer Signifikanz p von 0,000; p < 0,05. Somit kann die Nullhypothese abgelehnt werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Absenkung des Quorums für Bürgerbegehren.

**Hypothese H1b kann bestätigt werden, da der Anteil der Ratsmitglieder aus großen Kommunen, die abgesenkte Quoren für Einwohneranträge und Bürgerbegehren auf 5 Prozent angaben, höher ist als der aus kleineren und mittelgroßen Städten.**

**Hypothese H1c: Moderne Online-Kommunikationsmittel werden in großen Kommunen intensiver als in kleinen und mittleren Kommunen genutzt.**

Wird die Frage nach den eingesetzten Kommunikationsmitteln für die Information der Bürger über neue Pläne und Entscheidungen der Stadt oder Gemeinde auf Häufigkeiten untersucht, zeigt sich, dass das traditionelle Amtsblatt mit Abstand das wichtigste Kommunikationsinstrument darstellt ( $n = 590$ ). Die Website wird in den Kommunen von über der Hälfte der Befragten ( $n = 423$ ) als Informationsmedium angegeben. Gleiches gilt für die Pressearbeit, um in lokalen und regionalen Zeitungen Artikel zu veröffentlichen ( $n = 414$ ). Das Ratsinformationssystem wurde von knapp 20 Prozent ( $n = 154$ ) ausgewählt. Moderne Kommunikationsmöglichkeiten wie Newsletter ( $n = 22$ ) und Social Media ( $n = 29$ ) werden am wenigsten verwendet. Ein weiteres wichtiges Kommunikationsinstrument, welches in einem offenen Textfeld angegeben werden konnte, sind Aushänge an Anschlagtafeln.

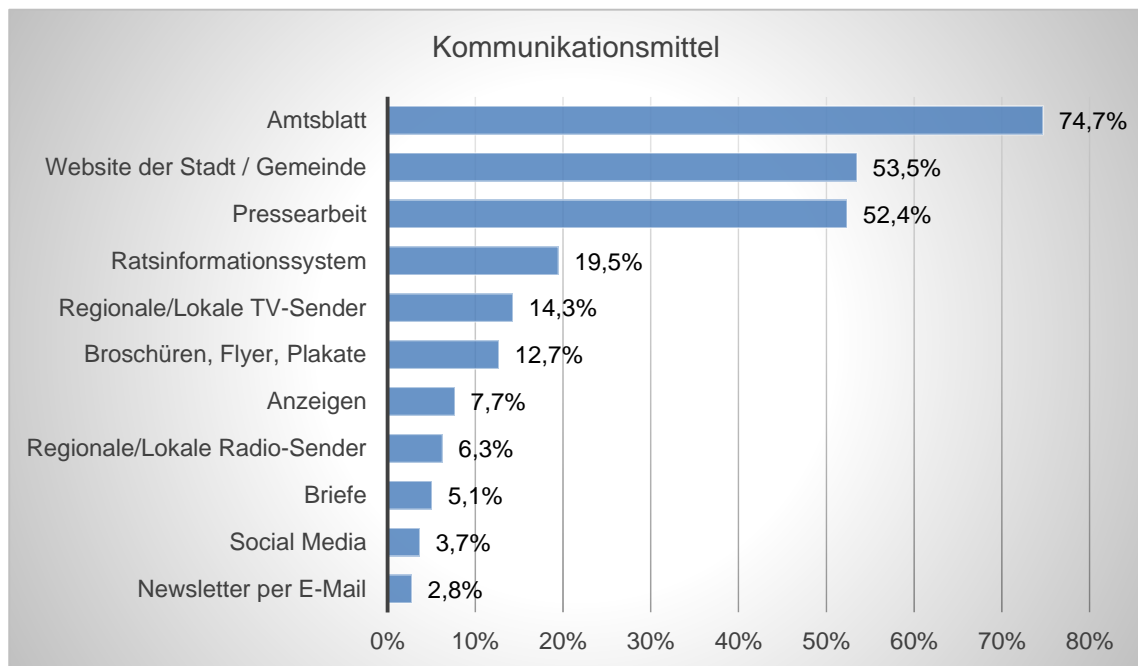


Abbildung 15: Kommunikationsmittel  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 790$ , Mehrfachantworten

Werden nur die modernen Online-Kommunikationsmittel wie die Website, das Ratsinformationssystem, Newsletter und Social Media mittels einer Kreuztabelle in Bezug auf die Einwohnerzahlen betrachtet, zeigt sich, dass die kleinen Kommunen diese nur geringfügig nutzen. Die Website ist das am meisten eingesetzte Online-Kommunikationsmittel in allen Kommunen. Das Ratsinformationssystem hat vor allem in den großen Kommunen Einzug gehalten. Ebenso ist zu erkennen, dass Social Media und Newsletter in den kleinen und mittleren Kommunen keine große Rolle spielt.

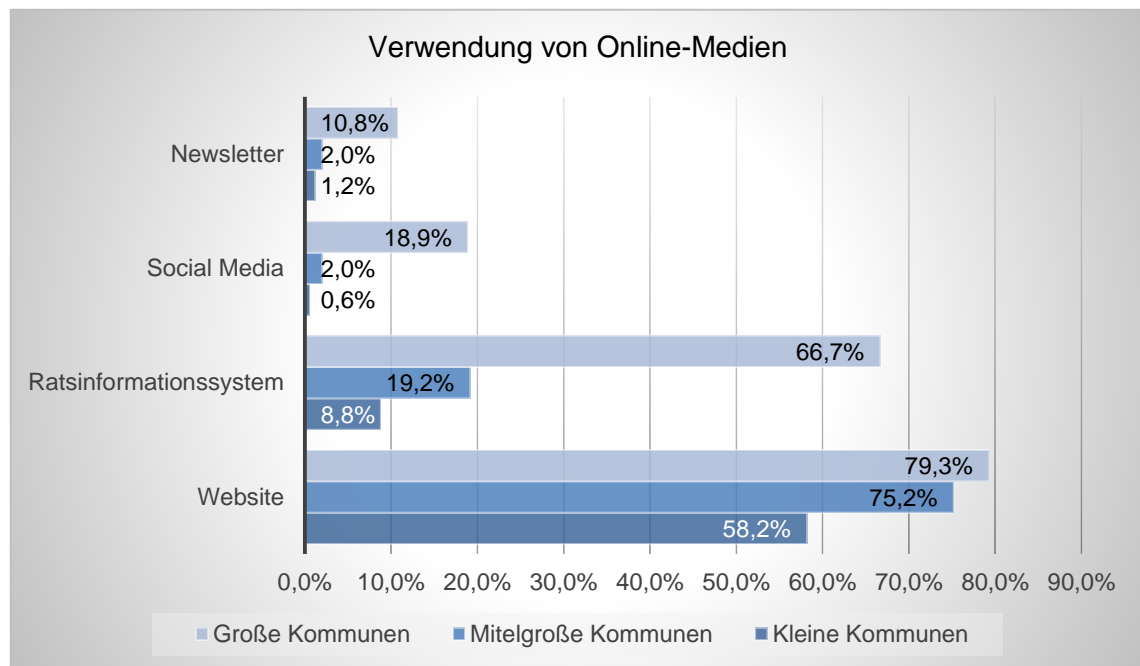


Abbildung 16: Online-Kommunikation in den Kommunen  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 531, Mehrfachantworten

Die Frage nach den Meinungen zur Online-Beteiligung liefert Erkenntnisse über die Position der Befragten in Bezug auf die Nutzungen von modernen Beteiligungsformaten. Die Häufigkeitsauswertung zeigt, dass rund die Hälfte der Befragten (n = 267) in der Online-Kommunikation eine gute Möglichkeit sehen, um Bürgerwünsche zu bestimmten Fragen schnell erfassen zu können. Jedoch sieht über ein Drittel der Befragten (n = 218) gleichzeitig das Problem, dass sich nur internetaffine Bürger beteiligen und ebenso ein Drittel, dass Internetforen moderiert werden müssen.

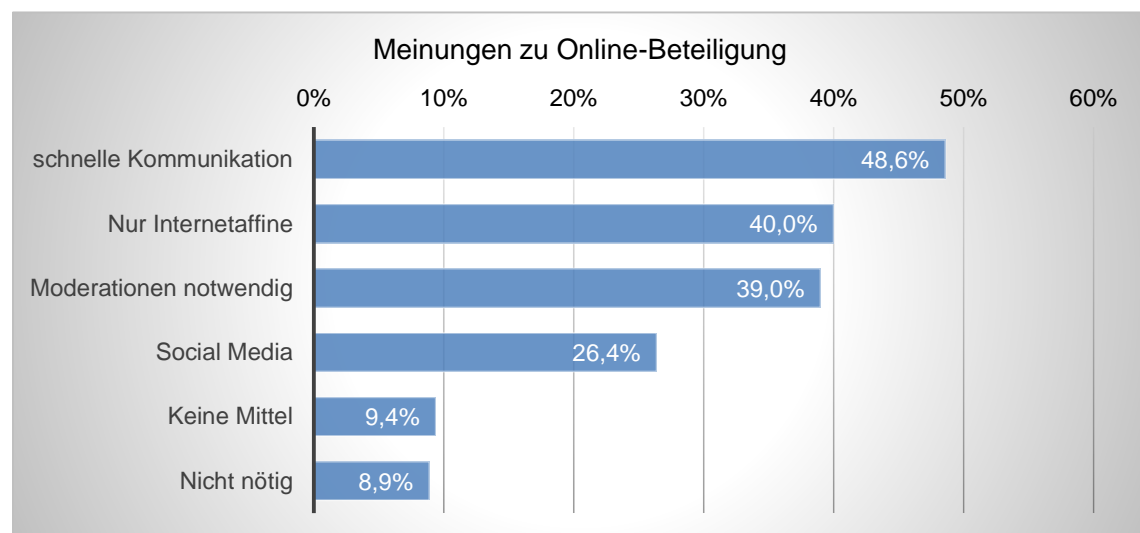


Abbildung 17: Meinungen zu Online-Beteiligung  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 531, Mehrfachantworten

Ein Viertel ( $n = 143$ ) ist der Meinung, dass Social Media für die Ansprache von jungen Leuten geeignet ist. Der Kontakt zu den Bürgern scheint nicht so gut zu sein, als dass es sich nicht lohnen würde in diese Kommunikationsmöglichkeit zu investieren, denn lediglich 8,9 Prozent ( $n = 48$ ) stimmten der Aussage zu, dass Online-Kommunikation nicht nötig wäre. Finanzielle Mittel sind nur bei 8 Prozent eine Hürde für die Aufrüstung zu einer modernen Bürgerbeteiligung.

Werden die Meinungen anhand der Einwohnerzahlen der jeweiligen Kommunen mithilfe einer Kreuztabelle aufgeteilt, ergibt sich folgendes Bild:

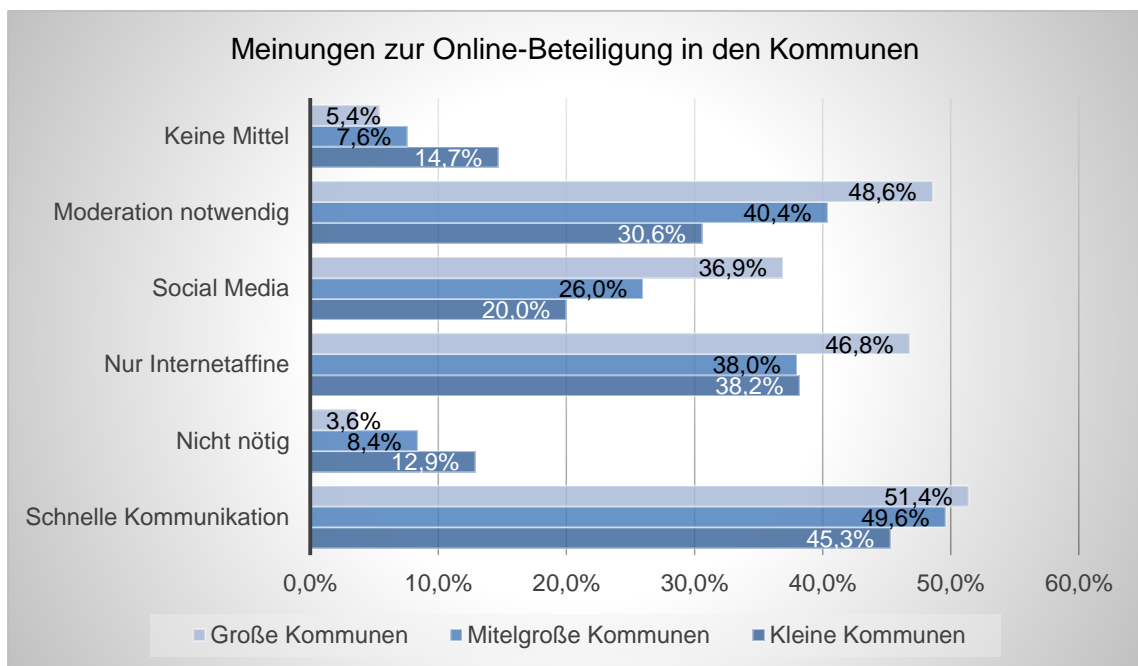


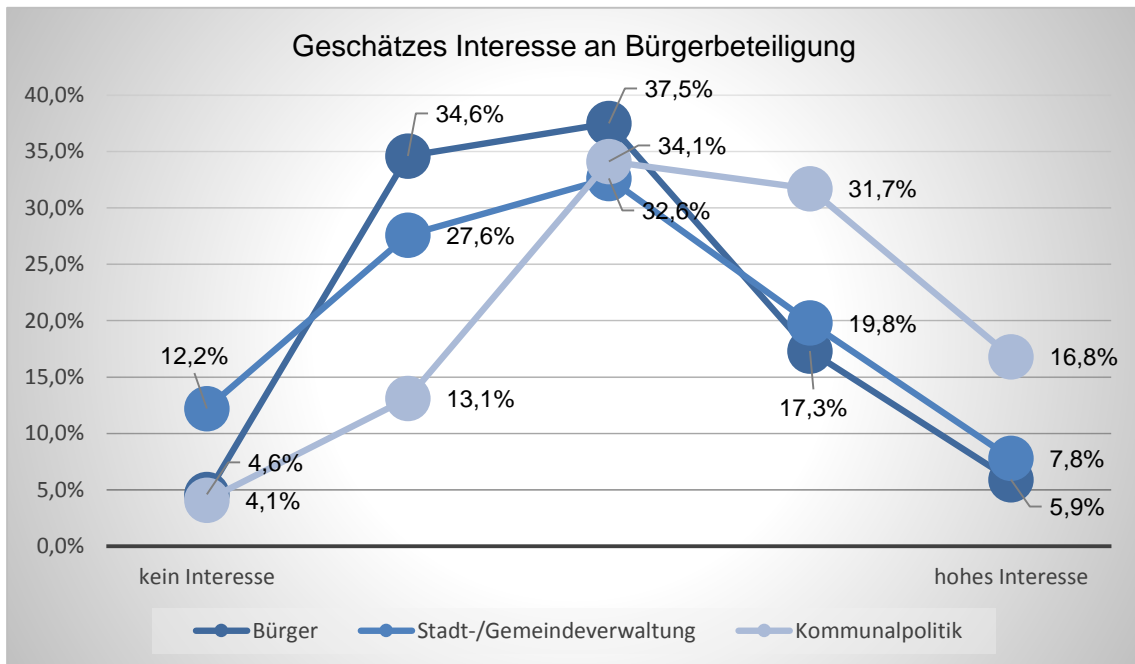
Abbildung 18: Meinungen zur Online-Beteiligung in den Kommunen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 531$ , Mehrfachantworten

Wie zu erwarten war, gaben vor allem Ratsmitglieder aus kleinen Kommunen ( $n = 22$ ) an, dass eine Online-Beteiligung der Bürger aufgrund der räumliche Nähe und des engen Kontaktes nicht nötig ist. Ebenso sehen sie nicht so ein starkes Potential im Social Media-Bereich wie die mittelgroßen und vor allem nicht wie die großen Städte. In den kleineren Städten gaben etwa 15 Prozent ( $n = 25$ ) an, dass die finanziellen Mittel für Online-Anwendungen fehlen, wobei dies bei den anderen Städten weniger ein Problem darstellt. Rund die Hälfte der Räte der verschiedenen Gruppen ist sich einig, dass die Onlinemedien eine schnellere Kommunikation mit den Bürgern bieten können.

**Folglich lässt sich Hypothese H1c bestätigen. Große Kommunen nutzen eher Online-Medien zur Bürgerbeteiligung als kleinere und mittlere Kommunen.**

### **H1d: In großen Kommunen ist das Interesse der Kommunalpolitiker für Bürgerbeteiligung höher als in kleinen und mittleren Kommunen.**

Bei der Betrachtung der Antworthäufigkeiten zu der Frage zum eingeschätzten Interesse an Bürgerbeteiligung in den Gruppen Bürger, Kommunalverwaltung und -politik wird deutlich, dass das Interesse, wie vermutet, unterschiedlich ausfällt.



*Abbildung 19: Geschätztes Interesse an Bürgerbeteiligung*

*Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n<sub>Bürger</sub> = 589; n<sub>Verwaltung</sub> = 540; n<sub>Kommunalpolitik</sub> = 559*

Am meisten scheint die Kommunalpolitik an der Beteiligung der Bürger interessiert. Die Hälfte der Befragten (n = 271) schätzt deren Interesse als eher hoch oder hoch ein. Dabei ist zu beachten, dass die Teilnehmer selbst Teil der Kommunalpolitik sind und sozial erwünscht geantwortet haben können. Bürger werden eher als gleichgültig und mit wenig Interesse für ihre Einbeziehung in politische Entscheidungen eingeschätzt. Lediglich ein Viertel (n = 137) stuft sie als interessiert bis sehr interessiert ein. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen schneiden am schlechtesten ab. Die 40 Prozent der Befragten (n = 215) geben an, dass sie sie als nicht oder wenig interessiert einschätzen. 6 Befragte konnten das Bürgerinteresse, 37 das der Stadtverwaltung und 29 das der Kommunalpolitik nicht beurteilen.

Beim Vergleich der Mittelwerte der ordinalen Skala von 1 bis 5 („kein Interesse“ bis „hohes Interesse“) sind sich das Interesse der Bürger mit 2,85 und das der Stadtverwaltung mit 2,83 sehr ähnlich. Die Kommunalpolitik weist mit 3,44 einen deutlich höheren Mittelwert auf.

Nach der Gesamtbetrachtung, folgt nun die Untersuchung des Interesses der Kommunalpolitiker in den verschiedenen großen Städten. Die Korrelation der Variablen Stadtgruppen und Interesse der Kommunalpolitiker zeigt, dass es eine leichte positive Korrelation ( $r = 0,211$ ) mit einer hohen Signifikanz von  $p = 0,000$  gibt.

Die Varianzanalyse ANOVA mit dem Vergleich der Mittelwerte innerhalb der Stadtgruppen ergibt Folgendes: Kleine Städte bewerten das Interesse mit einem Mittelwert von 3,13 am niedrigsten, gefolgt von den mittleren Städten mit 3,49. Die großen Kommunen bewerten das Interesse der Kommunalpolitiker mit 3,74 am höchsten ( $n = 500$ ). Bei allen ist der niedrigste und der höchste Wert mindestens einmal ausgewählt worden. F ist mit 11,837 sehr hoch und zeugt von einem großen Unterschied zwischen den Fallgruppen. Mit  $p = 0,000$  bestätigt die Signifikanz die Differenz der Gruppen.

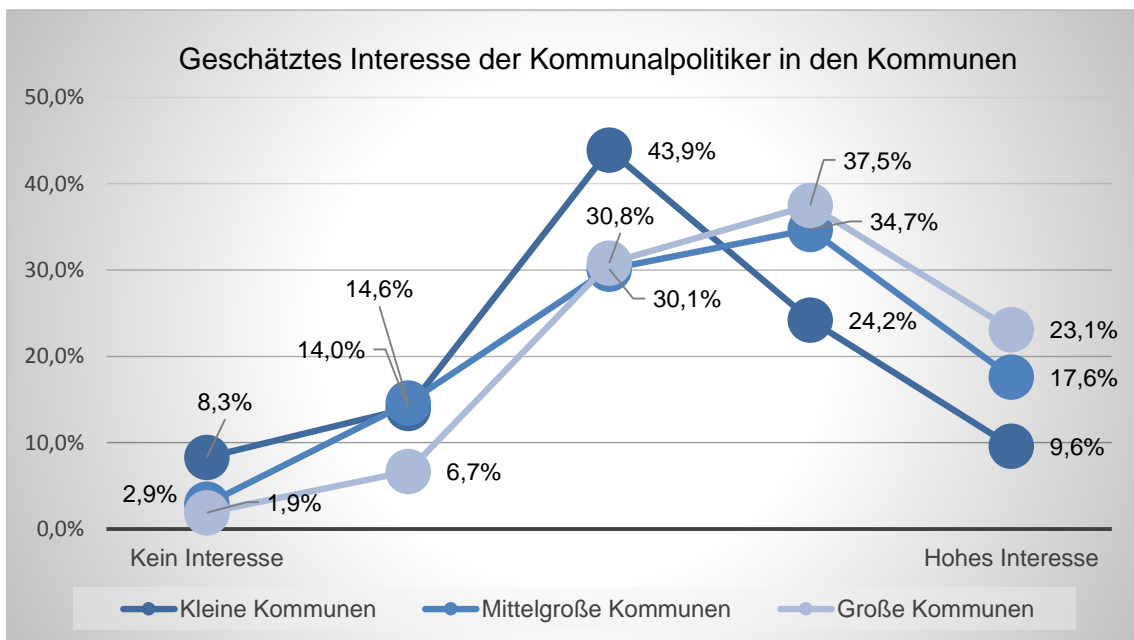


Abbildung 20: Geschätztes Interesse der Kommunalpolitiker in den Kommunen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 500$

**Somit kann Hypothese H1d bestätigt werden: Das Interesse der Kommunalpolitik wird in großen Kommunen am höchsten eingeschätzt.**

**H1e: In großen Kommunen sind die Bürger mehr an Bürgerbeteiligung interessiert als in kleinen und mittleren Kommunen.**

Mithilfe der Untersuchung nach der Korrelation zwischen den Stadtgruppen und dem Interesse der Bürger an ihrer eigenen Einbeziehung in politische Entscheidungen kann herausgestellt werden, dass es eine leichte positive Korrelation ( $r = 0,202$ ) mit einer hohen Signifikanz von  $p = 0,000$  gibt.

Im weiteren Verlauf wurde eine Varianzanalyse angestrebt. Jedoch ergab der Levene-Test auf Homogenität der Varianzen, dass sich diese nicht signifikant unterscheiden. Somit ist eine Voraussetzung der Varianzanalyse nicht erfüllt.

Die Analyse der Mittelwerte der ordinalen Skala von 1 bis 5 („kein Interesse“ bis „hohes Interesse“) innerhalb der Stadtgruppen ergibt, dass Räte aus kleinen Kommunen mit einem Mittelwert von 2,68 das Interesse der Bürger am geringsten einschätzen. Bei den Räten aus mittelgroßen Kommunen liegt dieser Wert mit 2,75 etwas höher. Einen deutlichen Unterschied zeigt der Mittelwert der Ratsmitglieder aus großen Kommunen mit 3,27.

Zusätzlich wurde eine Kreuztabelle mit den Stadtgruppen (UV) und dem eingeschätzten Bürgerinteresse (AV) erstellt.

Stadtgruppen * Interesse: Bürger Kreuztabelle		Interesse: Bürger								Hohes Interesse		Ge- samt
		Kein Interesse		2		3		4				
Stadtgruppen	Kleine Kommunen	8	4,7%	67	39,6%	68	40,2%	23	13,6%	3	1,8%	169
	Mittelgroße Kommunen	15	6,0%	94	37,8%	90	36,1%	38	15,3%	12	4,8%	249
	Große Kommunen	2	1,9%	26	24,3%	36	33,6%	27	25,2%	16	15,0%	107
Gesamt		25	4,8%	187	35,6%	194	37,0%	88	16,8%	31	5,9%	525

*Tabelle 4: Kreuztabelle Stadtgruppen und Bürgerinteresse  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 525*

An den gekreuzten Fragen beteiligten sich 525 Teilnehmer. In den großen Kommunen werden die Bürger von 40,2 Prozent der Befragten (n = 43) als interessiert und hoch interessiert eingeschätzt. Bei den mittelgroßen Kommunen sind es nur 20,1 Prozent (n = 50) und bei den kleinen nur 15,4 Prozent der Befragten (n = 26), die ihre Bürger als interessiert bewerten. Über ein Drittel der Befragten flüchtet sich in die Mittelkategorie ohne sich für eine Tendenz entscheiden zu müssen (n = 194).

Um den Zusammenhang der Variablen zu testen, wird ein Chi<sup>2</sup>-Test herangezogen. Hierfür werden die Nullhypothese H<sub>0</sub> und die Alternativhypothese H<sub>1</sub> aufgestellt:

- H<sub>1</sub>: Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem eingeschätztem Bürgerinteresse an der politischen Teilhabe.
- H<sub>0</sub>: Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem eingeschätztem Bürgerinteresse an der politischen Teilhabe.



Der Chi<sup>2</sup>-Test ergibt bei n = 525 („Kann ich nicht beurteilen“-Angaben herausgerechnet) einen Wert von 34,626 mit einer Signifikanz p von 0,000;  $p < 0,05$ . Somit kann die Nullhypothese abgelehnt werden. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und dem eingeschätztem Bürgerinteresse an der politischen Teilhabe.

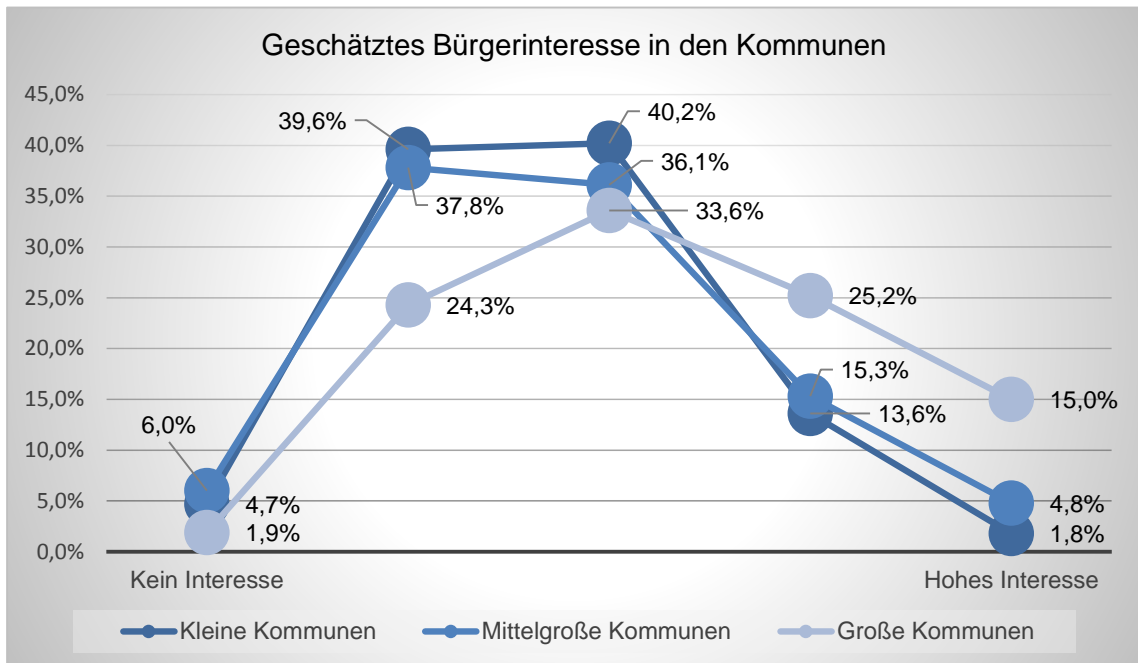


Abbildung 21: Geschätztes Bürgerinteresse in den Kommunen  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 525

**Hypothese H1e kann bestätigt werden: Das Interesse der Bürger wird in großen Kommunen am höchsten eingeschätzt.**

**Hypothese H1f: Kommunalpolitiker in großen Kommunen sind der Ansicht, dass die herkömmlichen Beteiligungsmöglichkeiten nicht ausreichen.**

Anhand der Häufigkeitsauswertung zeigt sich, dass 563 Teilnehmer die Frage nach der Einschätzung der Anzahl der Beteiligungsmöglichkeiten beantworteten. Acht von ihnen nutzen die Angabe „Weiß nicht“. Der Mittelwert der ordinalen Skala von 1 bis 5 („völlig ausreichend“ bis „viel zu wenig“) ergibt 2,54 und weist somit auf eine Tendenz zur Antwortmöglichkeit „völlig ausreichend“ hin.

Etwas über die Hälfte der Befragten (n = 309) ist der Meinung, dass die bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger ausreichend sind. Rund ein Viertel (n = 152) vertritt dagegen die Ansicht, dass sie nicht genügen oder viel zu wenige Mitbestimmungsmöglichkeiten angeboten werden.

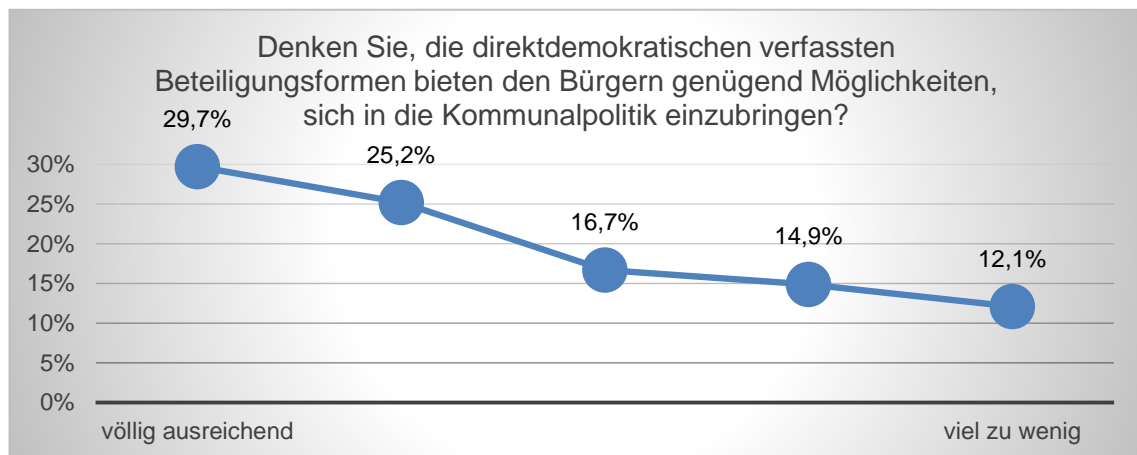


Abbildung 22: Meinungen zu den Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 555

Werden die Variable „Stadtgruppen“ und die Meinungen zur Anzahl der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten anhand einer Korrelation untersucht, zeigt sich, dass es eine leichte negative Korrelation ( $r = -0,031$ ) und keinen signifikanten Zusammenhang der Variablen ( $p=0,481$ ) gibt.

Eine Kreuztabelle der Variablen ergibt folgendes Bild:

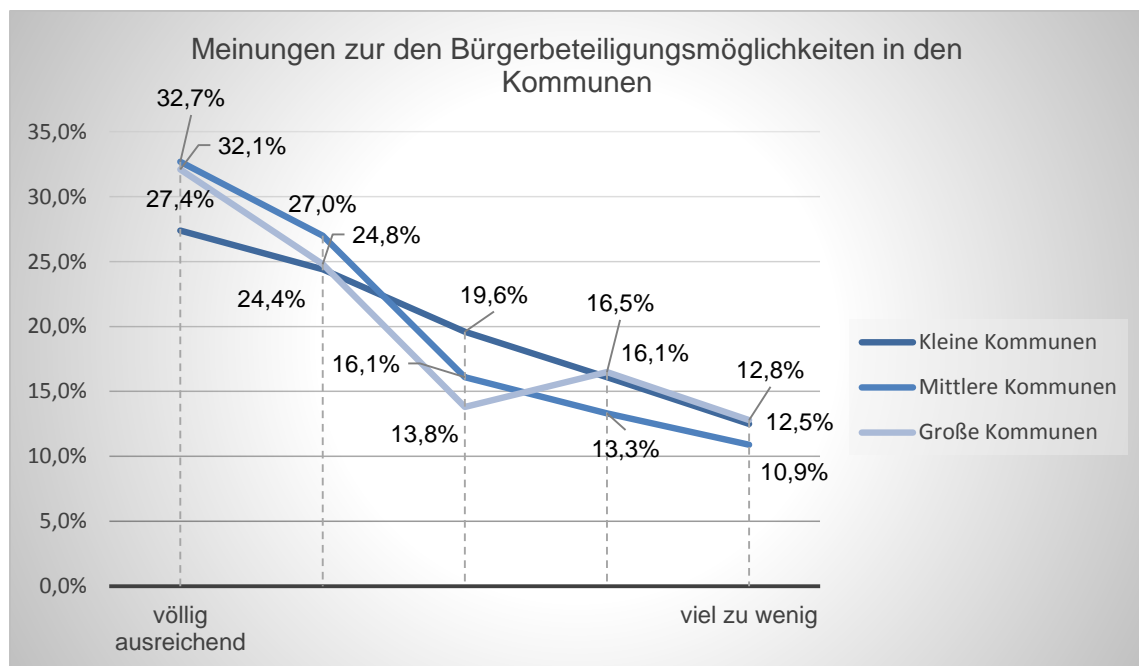


Abbildung 23: Meinungen zu den Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 525

Die Analyse der Mittelwerte innerhalb der Gruppen ergibt, dass sie sich sehr ähnlich sind. Die Räte aus kleinen Kommunen meinen mit einem Mittelwert von 2,62 am ehesten, die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten reichen nicht aus. Die großen Kommunen mit einem Mittelwert von 2,53 und die Mittelgroßen mit einem Mittelwert von 2,43 liegen

leicht darunter und tendieren etwas mehr zur Aussage, dass die Beteiligungsmöglichkeiten ausreichen. Der Levene-Test erweist die Varianzen zwischen den Gruppen ebenfalls als nicht signifikant unterschiedlich. F ist mit 0,997 sehr niedrig und zeugt von einer großen Ähnlichkeit der Fallgruppen. Die Signifikanz  $p = 0,37$  mit  $p > 0,05$  zeigt bestätigt dies ebenfalls.

**Hypothese H1f kann somit nicht bestätigt werden. Es gibt keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Größe der Kommune und der Meinung über die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten.**

### **Conclusio zum Zusammenhang der Einwohnerzahlen und der Beteiligungskultur in den Kommunen**

Die Analyse der einzelnen Hypothesen hat ergeben, dass die Städte ab 20.000 Einwohnern über eine offenere Beteiligungskultur verfügen als kleinere Städte. So wurde von den Stadträten angegeben, dass diese anteilig eher über eine Informationsfreiheitssatzung verfügen und dass die Quoren für Bürgerbegehren und Einwohneranträge in großen Kommunen eher gesenkt werden als in kleineren Städten. Ebenso sind die größeren Städte in der modernen Kommunikation besser aufgestellt und nutzen verstärkt Online-medien. Die Kommunalpolitiker und auch die Bürger sind in den Großstädten mehr an der Einbeziehung der Bürger interessiert als in kleineren Kommunen. Jedoch kann die Annahme nicht bestätigt werden, dass den Stadträten die herkömmlichen Beteiligungsverfahren nicht ausreichen. Insgesamt tendieren sie eher zur Aussage, dass den Bürgern genügend Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Hier konnten keine signifikanten Unterschiede zwischen den Stadtgruppen festgestellt werden.

Gleichzeitig stellte sich heraus, dass der Großteil der Kommunalpolitik keine Aussage über die Höhe der Quoren und über das Vorhandensein einer Informationsfreiheitssatzung treffen kann.

### 6.4.3 Zusammenhang der Parteipolitik mit der Offenheit gegenüber neuen Formen der Bürgerbeteiligung

#### Hypothese H2: Die parteipolitische Zugehörigkeit der Kommunalpolitiker bestimmt deren Offenheit gegenüber neuen Formen der Bürgerbeteiligung.

Die Häufigkeitsauswertung der Frage nach der Offenheit gegenüber und der Erfahrung mit kooperativen Beteiligungsverfahren ergibt zunächst folgendes Bild:

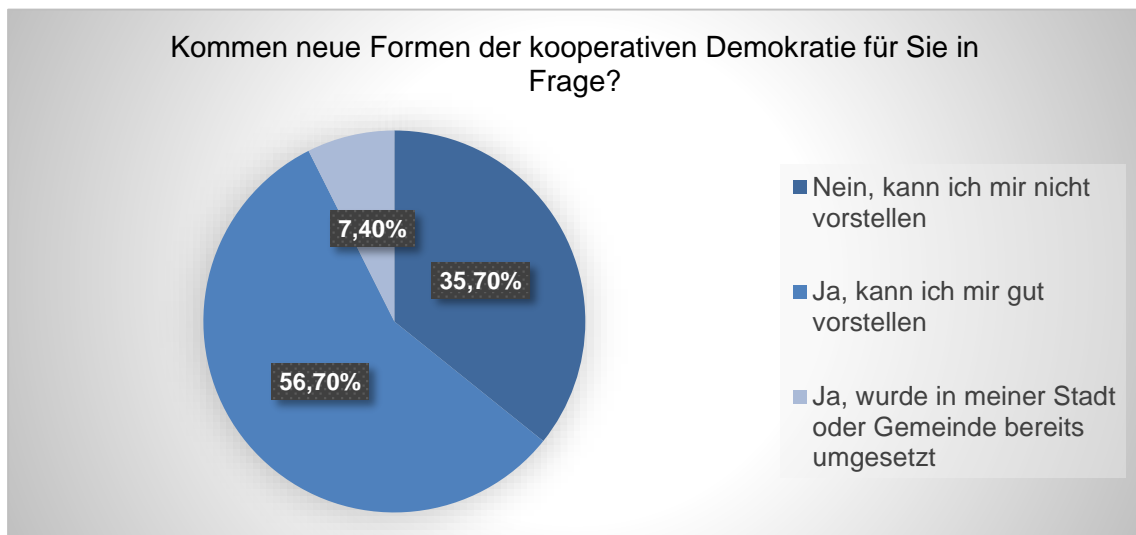


Abbildung 24: Meinung zu kooperativen Beteiligungsformen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 658

Über die Hälfte der Befragten (n = 323) kann sich vorstellen, kooperative Beteiligungsverfahren anzuwenden. Rund ein Drittel (n = 203) ist dagegen und sieben Prozent kommen aus Kommunen (n = 42), in denen solche neueren Verfahren bereits umgesetzt worden sind.

Werden die Angaben der Stadt- und Gemeinderäte auf deren Parteizugehörigkeit in einer Kreuztabelle untersucht, zeigt sich, dass sich die Gruppen nur geringfügig unterscheiden.

Parteizugehörigkeitsgruppen * Neue Formen Kreuztabelle		Neue Formen						Gesamt
		Nein		Ja		Bereits umgesetzt		
	Parteizugehörig	100	31,6 %	190	60,1 %	26	8,2 %	316
	Parteilos	84	39,1 %	118	54,9 %	13	6,0 %	215
Gesamt		184	34,7 %	308	58,0 %	39	7,3 %	531

Tabelle 5: Kreuztabelle Parteizugehörigkeitsgruppen und kooperative Beteiligungsformen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 531

In Abbildung 25 ist die Homogenität der Gruppen veranschaulicht.

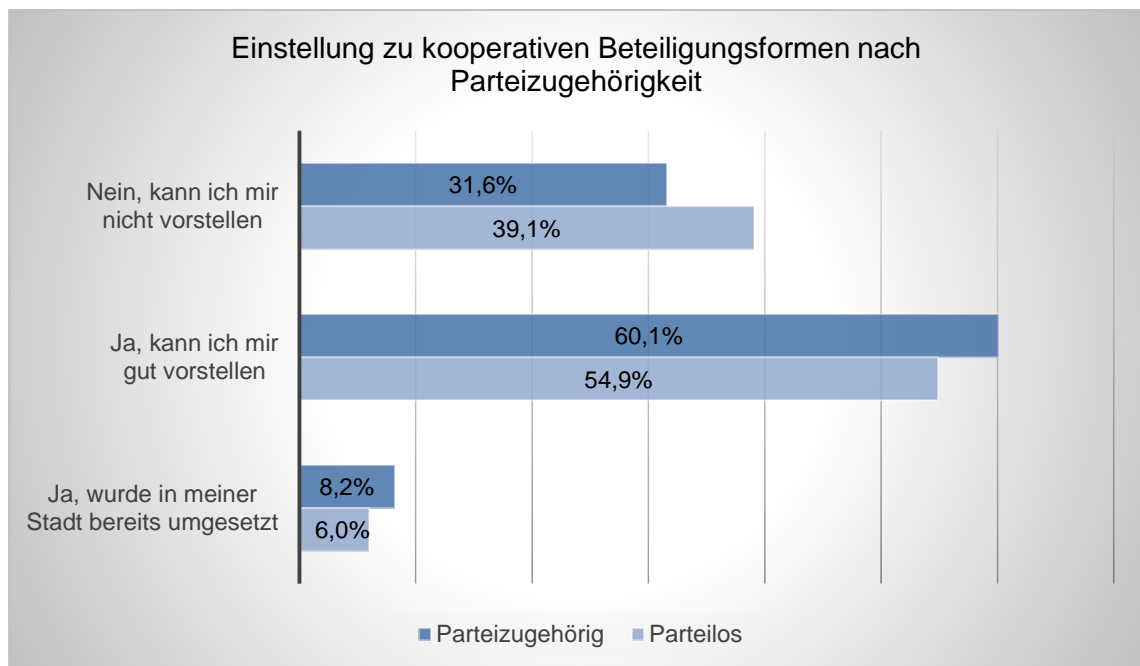


Abbildung 25: Einstellung zu kooperativen Beteiligungsformen nach Parteizugehörigkeit  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 531

Der Chi<sup>2</sup>-Test ergibt einen Wert von 3,470 mit einer Signifikanz von  $p = 0,0176$ ;  $p > 0,05$ . So kann geschlussfolgert werden, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Parteizugehörigkeit und der Offenheit gegenüber kooperativ-demokratischer Beteiligungsverfahren gibt.

**Somit wird H2 abgelehnt. Die parteipolitische Zugehörigkeit der Kommunalpolitiker bestimmt nicht deren Offenheit gegenüber neuen Formen der Bürgerbeteiligung.**

Zu den neuen Beteiligungsverfahren, die bereits in den Kommunen von 42 Befragten umgesetzt worden sind, gehören vor allem Zukunftswerkstätten (60 Prozent,  $n = 25$ ) und Bürgerforen (76 Prozent,  $n = 32$ ). Von knapp der Hälfte ( $n = 19$ ) wurden bereits Bürgerhaushalte durchgeführt. Befragungen per Post und Online-Umfragen wurden in den Städten und Gemeinden von jeweils einem Viertel der Befragten ( $n = 12$ ) eingesetzt. Weitere Verfahren, die im offenen Textfeld angegeben werden konnten, sind Bürgerplattformen, Stadtteilrunden, Stammtische und Planungswerkstätten. Im Anhang werden diese Verfahren überblicksartig erklärt.

### 6.4.4 Die Hürden überwiegen gegenüber den Chancen

#### Hypothese H3: Die Kommunalpolitiker stimmen den Hürden stärker zu als den Chancen von Bürgerbeteiligung.

Bei der Mittelwertbetrachtung der Chancen innerhalb einer vierstufigen Skala von „Ich stimme voll zu“ bis „Ich stimme überhaupt nicht zu“ ist zu erkennen, dass vor allem der intensivere Input der Bürger und deren aktive Mitgestaltung als Chancen gesehen werden. Ebenso wird die verstärkte Legitimität und Akzeptanz von politischen Entscheidungen als Vorteil eingeschätzt. Die so erfahrbaren Wünsche und Bedürfnisse der Bürger sowie die Verminderung von Widerständen und der Entgegenwirkung der Politikverdrossenheit wurden als neutral beurteilt oder leicht abgelehnt. Von der Fehlervermeidung bei Investitionen und der Bildung einer größeren Lobby sind die Kommunalpolitiker am wenigsten überzeugt.

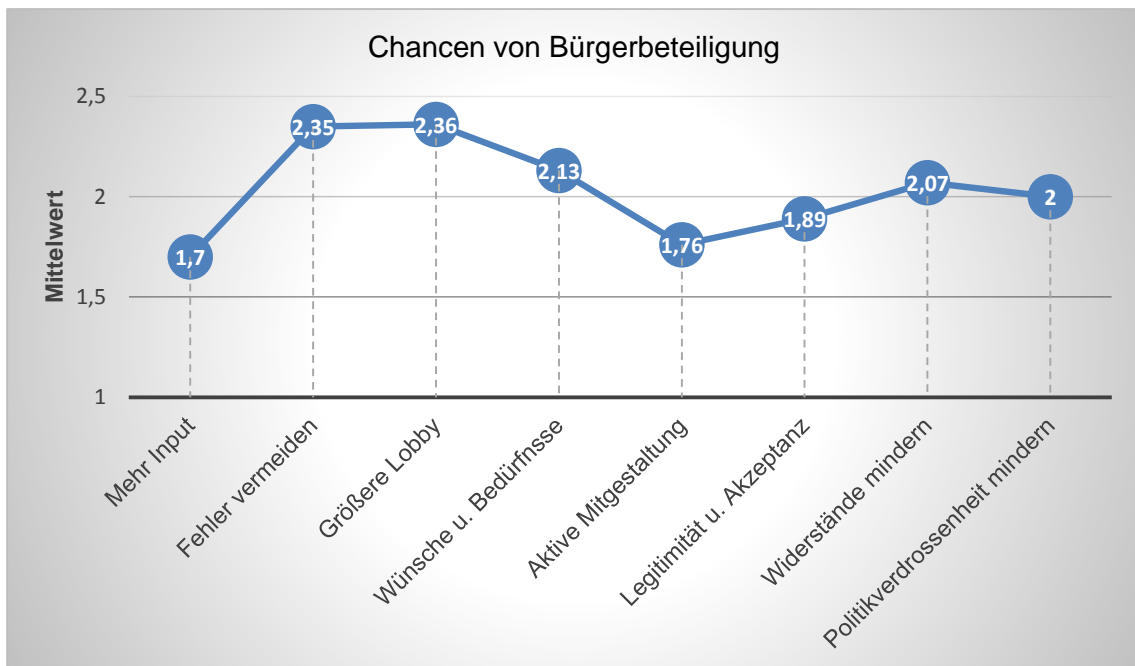


Abbildung 26: Chancen von Bürgerbeteiligung  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n schwankend = 539 bis 519

Bei der Mittelwertbetrachtung der Hürden innerhalb einer vierstufigen Skala von „Ich stimme voll zu“ bis „Ich stimme überhaupt nicht zu“ ist zu erkennen, dass die stärksten Hürden die fehlende Repräsentativität durch die zu niedrige Beteiligung und die regelmäßige Einmischung einer Personengruppe darstellt. Die zu niedrige Motivation der Bürger und deren zu hohe Erwartungen werden ebenso als Schwierigkeiten eingeschätzt. Die Kommunikation mit den Bürgern wird nicht als Hindernis angesehen. Ebenso stimmen die Stadt- und Gemeinderäte nicht zu, dass sie zu wenig Zeit für die Einbeziehung der Bürger haben.

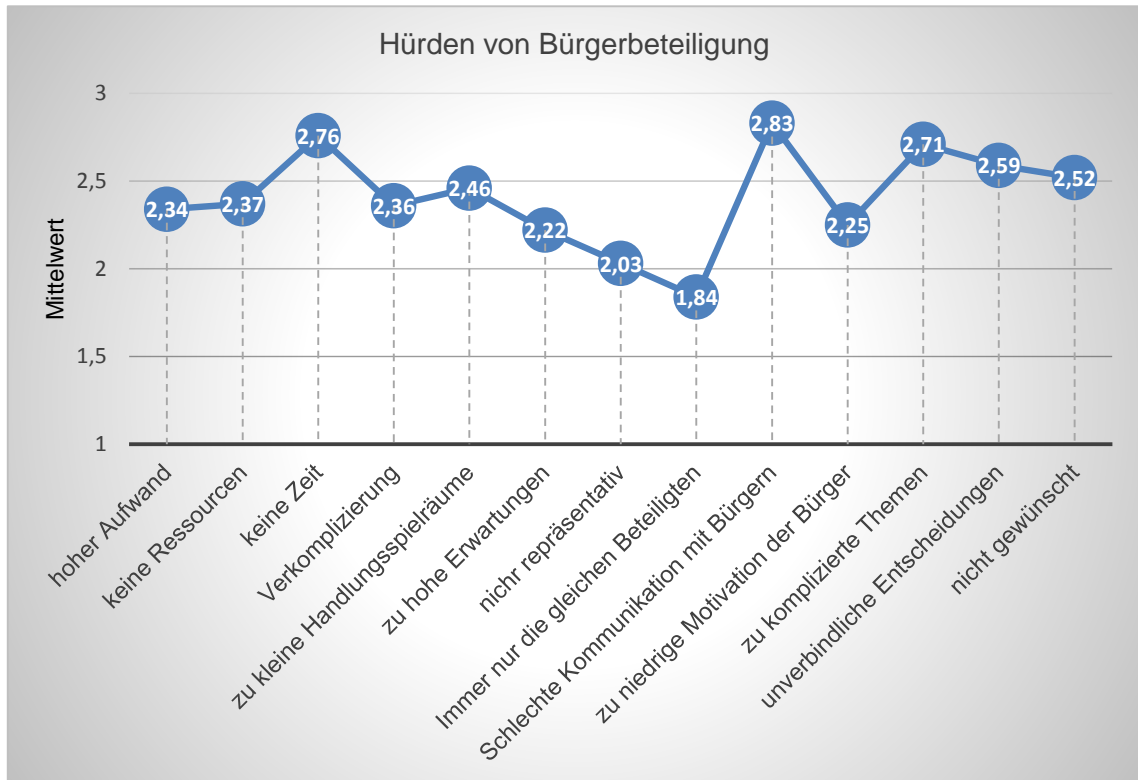


Abbildung 27: Hürden von Bürgerbeteiligung  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n schwankend = 490 bis 525

Zusammenfassend lassen die Ergebnisse darauf schließen, dass die Hürden eher abgelehnt werden als die Chancen. Hypothese H3 kann somit nicht bestätigt werden. Die Kommunalpolitiker reagieren auf die vorformulierten Chancen eher zustimmend als auf die Hürden.

#### 6.4.5 Der Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt

##### Hypothese H4: Das kommunale Handlungsfeld ist in kleinen Kommunen stark eingeschränkt.

510 Teilnehmer gaben ihre Meinung zu der Aussage „Der Handlungsspielraum in der Kommunalpolitik ist zu gering.“ an. Etwa die Hälfte der Befragten stimmte der Aussage eher oder voll zu. Bei der Mittelwertanalyse zeigt sich, dass die Stadt- und Gemeinderäte bei einem Mittelwert von 2,46 dazu tendieren die Aussage eher abzulehnen.

Wird eine Korrelation der Variablen Stadtgruppen (UV) und Handlungsspielraum (AV) angewandt, so ergibt  $r = 0,169$  mit  $p = 0,000$  eine schwache positive Korrelation der beiden Variablen.

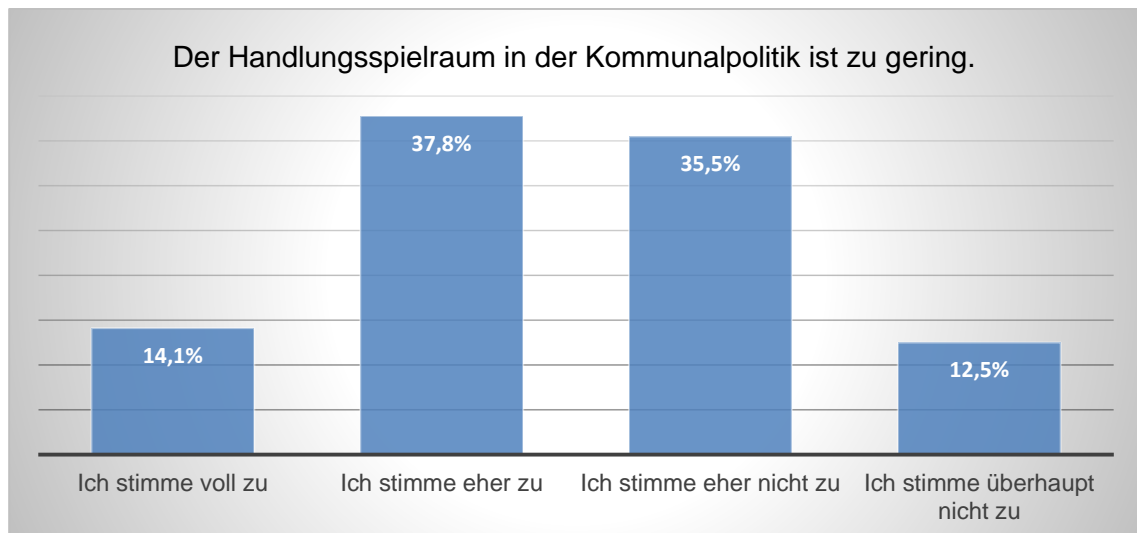


Abbildung 28: Handlungsspielraum in der Kommunalpolitik  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung; n = 510

Dies lässt sich anhand einer Kreuztabelle veranschaulichen:

Stadtgruppen * Handlungsspielraum Kreuztabelle		Der Handlungsspielraum in der Kommunal- politik ist zu gering.								Gesamt
		Ich stimme voll zu		Ich stimme eher zu		Ich stimme eher nicht zu		Ich stimme über- haupt nicht zu.		
Stadtgruppen	Kleine Kommunen	28	17,2%	68	41,7%	52	31,9%	15	9,2%	163
	Mittelgroße Kommune	39	16,8%	89	38,4%	79	34,1%	25	10,8%	232
	Große Kommunen	5	4,6%	36	33,0%	47	43,1%	21	19,3%	109
Gesamt		72	14,3%	193	38,3%	178	35,3%	61	12,1%	504

Tabelle 6: Kreuztabelle Stadtgruppen und Handlungsspielraum  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 504

Dabei ist zu erkennen, dass sich die Ratsmitglieder aus kleinen und mittelgroßen Kommunen bis 20.000 Einwohner in ihrer Meinung über den Handlungsspielraum ähneln. Die Räte aus großen Kommunen lehnen die Aussage eher ab. Dies lässt sich ebenso anhand der Mittelwerte vergleichen: Dieser liegt bei Räten aus kleinen Kommunen bei 2,33 und bei Räten aus mittelgroßen Kommunen bei 2,39. Die Meinungen der Kommunalpolitiker aus den großen Städten ergeben dagegen einen Mittelwert von 2,77. Der F-Wert liegt bei 9,578 mit einer Signifikanz von  $p = 0,000$ . Daraus kann geschlossen werden, dass es einen Zusammenhang zwischen den Einwohnerzahlen und den Handlungsspielräumen der Kommunen gibt.



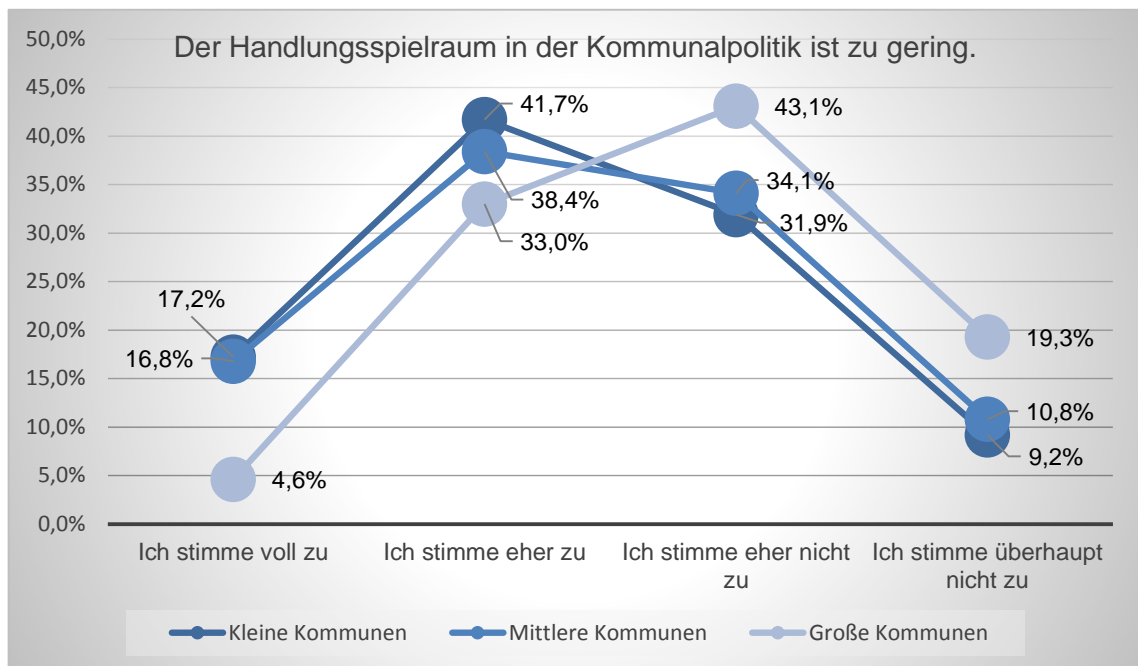


Abbildung 29: Handlungsspielraum in den Kommunen  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 504

**Hypothese H4 kann demzufolge bestätigt werden. Die Ratsmitglieder aus den kleineren Kommunen bis 5.000 Einwohner stimmen der Hürde eines eingeschränkten Handlungsfeldes eher zu als die Räte der größeren Städte.**

## 6.5 Weitere Ergebnisse

Weitere Untersuchungen, die nicht in die Hypothesenprüfung mit eingeflossen sind, werden im Folgenden vorgestellt.

### 6.5.1 Beteiligungsangebote der Kommunen

Bei der Auswertung der Beteiligungsmöglichkeiten, welche die Kommunen außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen anbieten, sind Einwohneranfragen und -fragestunden die häufigsten. Zwei Drittel der Befragten ( $n = 534$ ) gaben dies an. Rund die Hälfte wählte Bürgersprechstunden ( $n = 412$ ) und den direkten Kontakt per E-Mail oder Brief zum Bürgermeister ( $n = 385$ ). Informationsveranstaltungen wurden von rund 40 Prozent der Teilnehmer ( $n = 313$ ) angegeben. Sachkundige Einwohner ( $n = 262$ ) und Bürgerversammlungen ( $n = 253$ ) sind jeweils bei etwa einem Drittel der Befragten als Einbringungsmöglichkeiten angedacht. Da Bürgerversammlungen einmal pro Jahr gesetzlich vorgeschrieben sind, ist dieser dafür niedrige Anteil bedenklich. Die wenigsten Kommunalpolitiker ( $n = 34$ ) gaben an, dass es in ihrer Kommunen einen konkreten Ansprechpartner für Bürgerbeteiligung gibt.

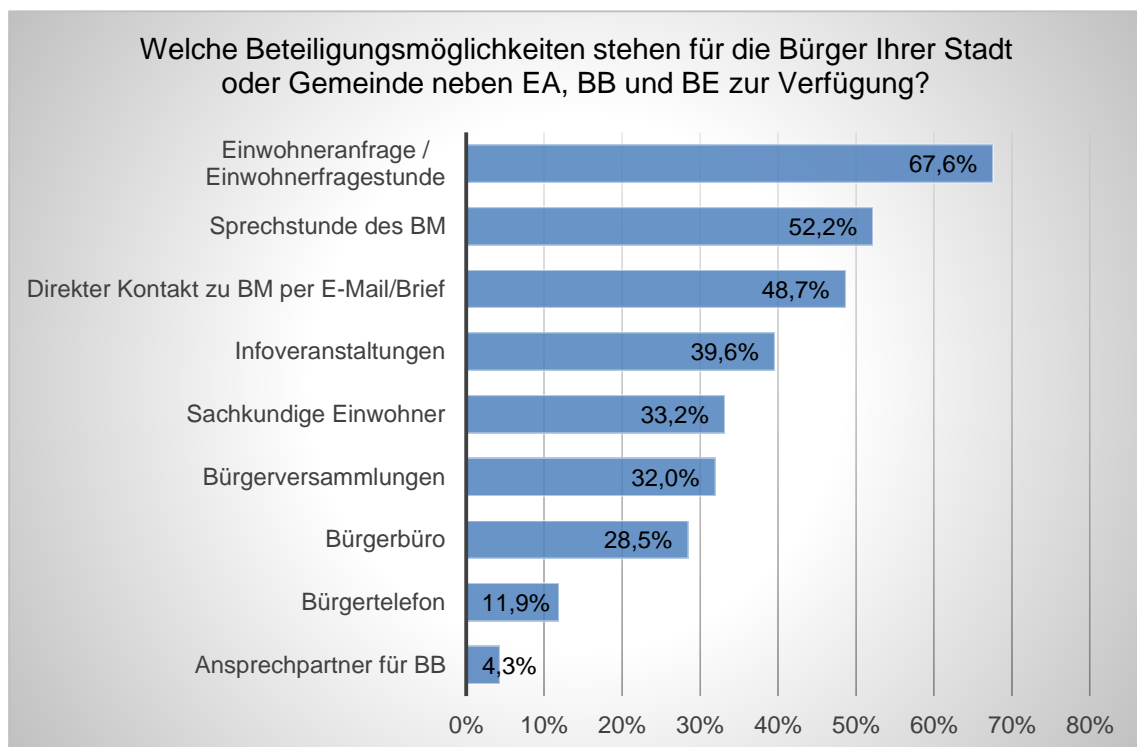


Abbildung 30: Beteiligungsmöglichkeiten  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 790$ , Mehrfachantworten

Um die Daten zu den ungewöhnlich niedrigen Angaben zur Durchführung von Bürgerversammlungen näher zu betrachten, wird die konkretere Frage zur Häufigkeit von Bürgerversammlungen hinzugezogen. Hierbei wird deutlich, dass über die Hälfte der Befragten ( $n = 300$ ) angaben, dass ihre Kommune mindestens einmal pro Jahr eine Bürgerversammlung durchführt, bei rund 14 Prozent ( $n = 80$ ) ist dies sogar mehr als zwei Mal im Jahr der Fall. Jedoch werden laut fast einem Viertel der Befragten ( $n = 135$ ) keine regelmäßigen Bürgerversammlungen durchgeführt. Bei der Angabe „aller zwei Jahre“ kann es sich um Stadtteilversammlungen handeln, welche nicht zwangsläufig auf eine weniger intensive Beteiligungskultur hinweisen müssen. 78 der Ratsmitglieder gaben an, dass sie nicht wissen, wie oft Bürgerversammlungen in ihrer Kommune durchgeführt werden.

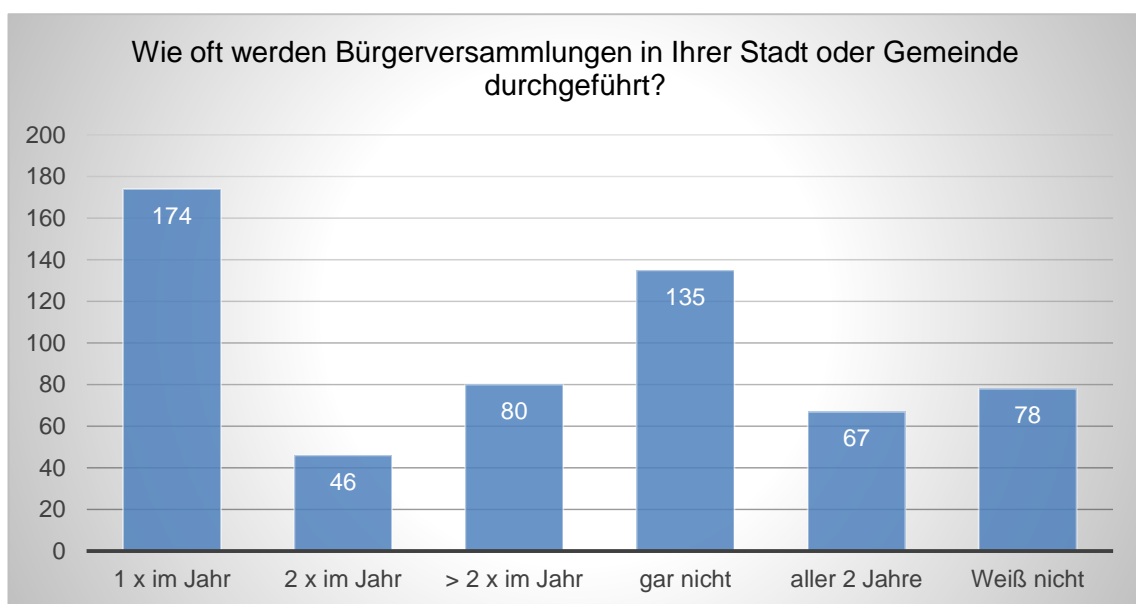


Abbildung 31: Häufigkeit von Bürgerversammlungen  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung,  $n = 580$

### 6.5.2 Kommunalpolitische Themenbereiche

Die Häufigkeitsauswertung der Bereiche, die sich für Bürgerbeteiligung eignen, zeigt, dass fast drei Viertel der Befragten ( $n = 439$ ) diesbezüglich Pläne zur Stadtentwicklung empfehlen. Ebenso sehen sie städtebauliche Maßnahmen ( $n = 402$ ) und die Verkehrsplanung ( $n = 380$ ) als gute Mitwirkungsmöglichkeiten. Die Bereiche Sport ( $n = 397$ ) und Kultur ( $n = 403$ ) werden ebenfalls von zwei Dritteln ideal für die Einbindung der Bürger beurteilt. Dies lässt sich auf die soziale Beteiligung in Form von ehrenamtlicher Arbeit in den Kommunen zurückführen. Bürgerhaushalte oder der Finanzsektor wird nur von einem Viertel ( $n = 161$ ) als beteiligungswürdig empfunden. Bei den offenen Nennungen wurden zudem der Bereich Bildung und Stadt-/ oder Gemeindefusionen aufgeführt.

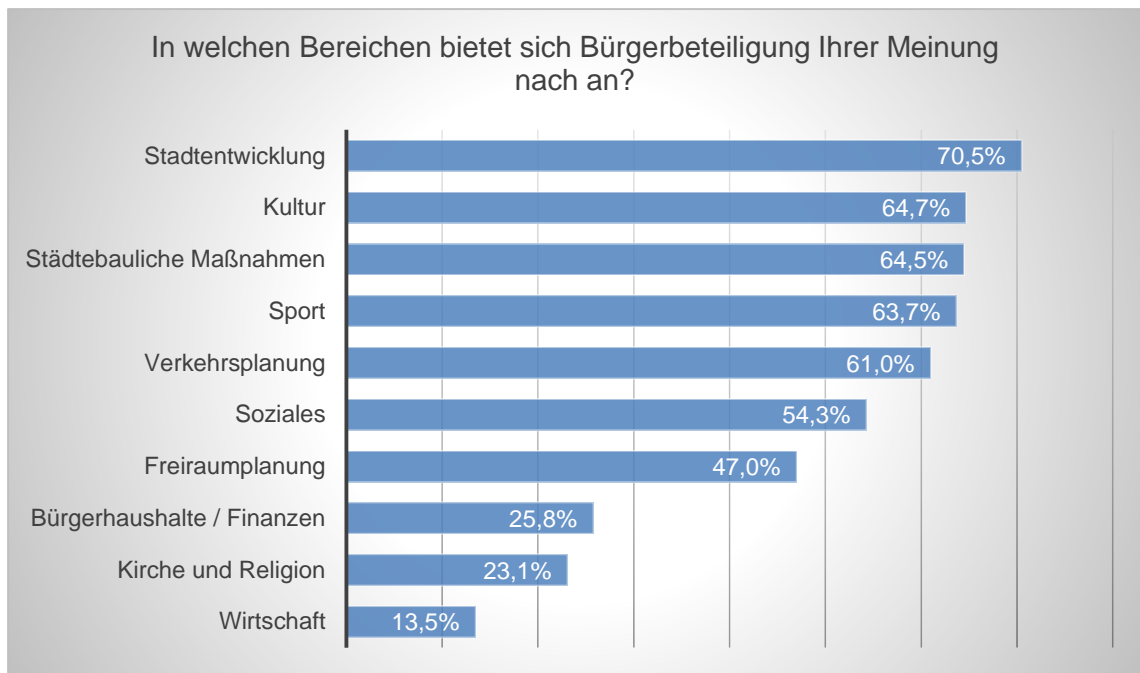


Abbildung 32: Bereiche, bei denen sich Bürgerbeteiligung anbieten  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 623, Mehrfachantworten

### 6.5.3 Zustimmungsquorum von Bürgerentscheiden

Das Zustimmungsquorum von 25 Prozent bei Bürgerentscheiden wird von über einem Drittel der Befragten (n = 165) als zu hoch oder etwas zu hoch eingeschätzt. Ein weiteres Drittel (n = 160) empfindet das Quorum für genau richtig und ebenso fast ein Drittel (n = 128) hält es für etwas niedrig oder zu niedrig. 104 Befragte konnten oder wollten keine Aussage darüber treffen und wählten die „Weiß nicht“-Angabe.

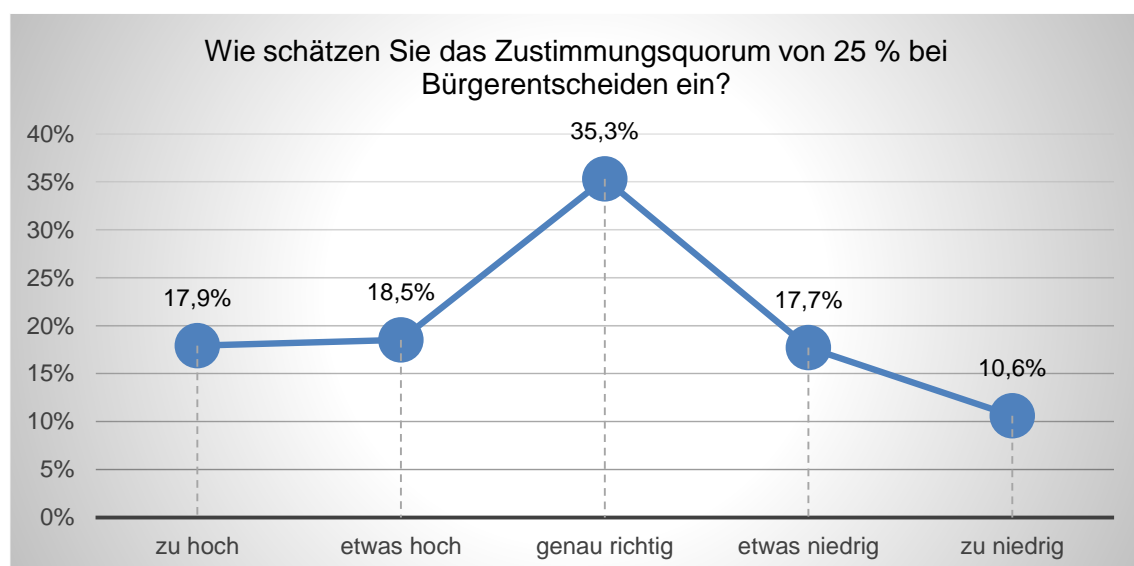


Abbildung 33: Meinung zum Quorum für Bürgerentscheide  
 Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 453, weiß nicht = 152

### 6.5.4 Ziele von Bürgerbeteiligung

Die wichtigsten Ziele von Bürgerbeteiligung sind die Mitbestimmung der Bürger (52,1 Prozent, n = 457), deren Information (46 Prozent, n = 404) und die verbesserte Akzeptanz von kommunalen Entscheidungen (42 Prozent, n = 369).

Weitere Ziele, die im offenen Textfeld angegeben werden konnten, sind die Transparenz von Entscheidungen, das Gemeinschaftsgefühl und das Selbstbewusstsein als Teil der Kommune, institutionalisierte direkte Beteiligungsmöglichkeiten und die Durchsetzung von Interessen.

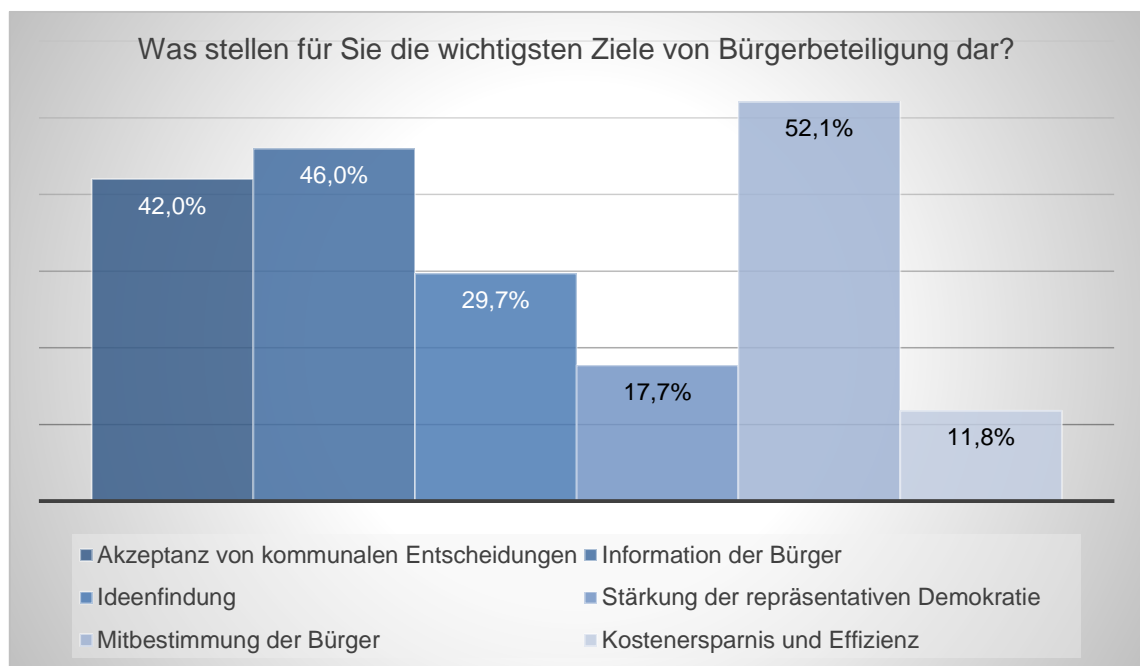


Abbildung 34: Ziele von Bürgerbeteiligung  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 878, Mehrfachantworten

### 6.5.5 Potenzial der Konfliktverhinderung

Die Kommunalpolitiker schätzen das Potenzial von Bürgerbeteiligung bei der Konfliktvermeidung sehr unterschiedlich ein. Rund ein Drittel der Befragten (n = 224) meint, Bürgerbeteiligung kann die Konflikte verhindern. Über 40 Prozent (n = 248) denken jedoch, dass Konflikte dadurch nicht umgangen werden können.

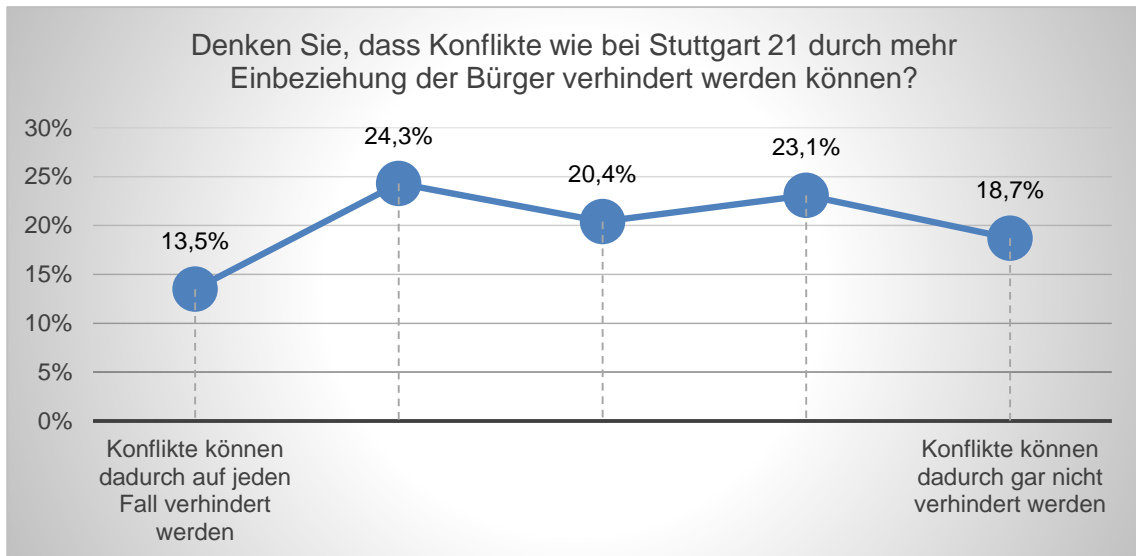


Abbildung 35: Potenzial zur Konfliktverhinderung  
Quelle: SPSS, eigene Darstellung, n = 593

### 6.5.6 Verbesserungsvorschläge

Um Bürgerbeteiligung für die Verwaltung attraktiver zu gestalten, sehen die Befragten in Weiterbildungsangeboten (n = 215), Kapazitäten zum Erlernen und Ausprobieren (n = 244) sowie in der Ressourcenbereitstellung durch den Freistaat (n = 237) die besten Maßnahmen. Ein Leitlinienkatalog mit Handlungsempfehlungen ist nur für rund ein Viertel der Befragten (n = 137) notwendig. Weitere offene Nennungen beinhalten die politische Erziehung zur Demokratie in den Schulen und die Aufklärung der Bürger über deren Beteiligungsmöglichkeiten und Rechte. Jedoch stehen das mangelnde Interesse der Bürger für die Kommunalpolitik und der Unwille der Verwaltungen im Weg. Es werden Transparenz und Nachvollziehbarkeit durch die Veröffentlichung aller Ratsunterlagen gefordert. Als Lösungsvorschläge werden Schulungen zum Umgang mit Meinungsverschiedenheiten, Beteiligungsprozessen, Modellprojekten und die Vernetzung mit anderen, bereits bürgerbeteiligungserfahrenen Kommunen angebracht. Die Bürger sollten auf bevorstehende Entscheidungen besser vorbereitet werden. Hier fehle jedoch die eigene Intention der Kommunalpolitik und -verwaltung, den Willensbildungsprozess zu stärken und zu fördern. Um deren Bereitschaft zu unterstützen, wird eine Bürgerzufriedenheitsentlohnungskomponente vorgeschlagen. Zudem sollten die Gemeinde- oder Stadtratssitzungen mithilfe von Anreizen mehr zum Besuchen einladen.

## 7 Fazit und Ausblick

Nach der Auswertung der erhobenen Daten der Online-Befragung und der Hypothesenüberprüfung schließt die vorliegende Arbeit mit einer zusammenfassenden Aufführung der Ergebnisse, einer kritischen Fehlerbetrachtung sowie Handlungsempfehlungen und weiteren Forschungsansätzen.

Anhand der E-Mail-Befragungen mit einer Rücklaufquote von 8,2 Prozent und 590 vollständig ausgefüllten Fragebögen konnte eine umfassende Datengrundlage zur Perspektive der sächsischen Kommunalpolitiker bezüglich der kommunalen Bürgerbeteiligung gewonnen werden. Erstaunlich ist der Anteil von älteren Ratsmitgliedern ab 70 Jahren, welche durch E-Mails erreicht werden konnten und sich an der Umfrage beteiligten.

Es stellte sich heraus, dass die größeren Städte über eine modernere und offenere Kommunikations- und Beteiligungskultur verfügen als die Kleineren. Obwohl das aktuelle Kommunalrecht den Einsatz von digitalen Kommunikationsmitteln vorschreibt, nutzen nicht alle Kommunen die Stadt- oder Gemeindewebsite zur Kommunikation. Dagegen sind das Amtsblatt und Anschlagtafeln traditionell weit verbreitet.

Nicht gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren wurden bisher nur geringfügig erprobt und scheinen in näherer Zukunft nicht ausgestaltet zu werden, da dem Großteil der befragten Stadt- und Gemeinderäte die gesetzlichen Partizipationsmöglichkeiten für Bürger genügen. Die Recherche hat ebenfalls ergeben, dass die bereits vorhandenen Beteiligungschancen vielfältig sind, jedoch nur in geringem Maße in Anspruch genommen werden. Es ist zu vermuten, dass die formellen Hürden und Motivationsschwellen für eine stetige Beteiligung der Bürger zu hoch sind und nur dann überwunden werden, wenn es die persönliche Betroffenheit verlangt. Ebenso ist die finanzielle und personelle Ausstattung der Kommunen entscheidend, inwiefern Kapazitäten für zusätzliche Partizipationsangebote vorhanden sind.

E-Partizipation und Online-Kommunikation stehen die Ratsmitglieder mitunter skeptisch gegenüber. Social Media könnte jedoch vor allem junge Menschen für die Entwicklung ihres Wohnorts begeistern. In diesem Bereich ruht ein auszuschöpfendes Potential, welches sich derzeit herausentwickelt. Laut des aktuellen Projektes „Social Media Readiness in der Verwaltung“ vom Verein Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie wird dieser Eindruck bestätigt. Kommunalpolitik und -verwaltung nutzen die Sozialen Netzwerke kaum, jedoch stellt sich langsam ein „Entwicklungsprozess der Normalität“ ein und die Kommunen beginnen sich mit dem Thema

und den Möglichkeiten näher zu befassen.<sup>294</sup> „So können Bevölkerungsgruppen an kommunale Themen herangeführt werden, die man mit dem Medium Internet erreichen kann, mit einer Bürgerversammlung vor Ort jedoch nicht.“<sup>295</sup> Meinungen und Ideen der Bürger könnten schnell erfasst und ausgewertet werden. E-Partizipation könnte eine praktische Ergänzung der direkten und repräsentativen Beteiligungsformen sein. Die sächsische Kommunalpolitik und -verwaltung sollte sich bewusst sein, dass es bei einer Verweigerung der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten zur Eigeninitiative Betroffener kommen könnte, welche sich im Internet gegen die kommunalen Entscheidungen mobilisieren können. Es ist zu empfehlen, Betroffene frühzeitig zur Beteiligung einzuladen, um derartige Entwicklungen zu vermeiden.<sup>296</sup>

Weiterhin zeigte sich, dass parteipolitische Linien in den Kommunen weniger eine Rolle spielen und diese somit keinen Einfluss auf die Einstellungen gegenüber der Bürgerbeteiligung haben. Dies ist auf die Bedeutung der kommunalen Wählervereinigungen und der lokalen Gegebenheiten zurückzuführen. Je größer eine Kommune ist, desto wichtiger sind die Orientierungs-, Selektions- und Sozialisationsfunktionen der Parteien. In kleineren Gemeinden übernehmen dagegen die Vereine diese gesellschaftlichen Aufgaben. Zudem werden die politischen Entscheider der Kommunalebene eher aufgrund ihrer Persönlichkeit und Bekanntheit ins Amt gewählt anstelle aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit. Die Ratsmitglieder sind unabhängiger und suchen sich Mehrheiten über die Fraktionsgrenzen hinweg. Allgemein ist die Kommunalpolitik unpolitisch-sachlich orientiert. Aus diesem Grund sind die sogenannten „Rathausparteien“, die freien Wählervereinigungen weit verbreitet.<sup>297</sup>

Bezüglich der Konfliktvermeidung durch die vermehrte Einbeziehung der Bürger gehen die Meinungen der Ratsmitglieder weit auseinander. Ein Drittel der Befragten meint, dass die Beteiligung der Bürger helfen kann. Über 40 Prozent der Teilnehmer sind jedoch der Ansicht, dass diese auch mit der Einbeziehung der Bürger nicht umgangen werden können. Frischmuth & von Kodolitsch vertreten einen ähnlichen Standpunkt: „Eine dauerhafte Überwindung oder zumindest Minimierung solcher [Akzeptanz-] Probleme ist daher auch nicht von immer neuen, den Partizipanten immer mehr Kompetenzen einräumenden Beteiligungsverfahren oder von der Umgehung etablierter Entscheidungsverfahren zu erwarten.“<sup>298</sup> Weiter schreiben sie, dass sich die mit der vermehrten Einbeziehung der Bürger gebündelte Hoffnung auf mehr Akzeptanz und Legitimität aufgrund der Interessenzerrissenheit nicht erfüllen wird. Interessengegensätze lassen sich auch durch

---

<sup>294</sup> Vgl. Czisch & Geiger (2014), S. 20

<sup>295</sup> Von Dobschütz (2013), S. 5

<sup>296</sup> Vgl. Portz (2013), S. 153

<sup>297</sup> Vgl. Wehling (2011), S. 308 f.

<sup>298</sup> Vgl. Frischmuth & von Kodolitsch (1999), S. 193



Mitsprache und Mitentscheidung nicht vermeiden. Es muss stets zum fairen Ausgleich, zum Kompromiss kommen.<sup>299</sup>

Bei der Höhe des Zustimmungsquorums für Bürgerentscheide sind sich die Befragten ebenso uneins. Dieses ist mit 25 Prozent vergleichsweise hoch und es kommt immer wieder zu Diskussionen über eine Senkung des Prozentsatzes. Ein Drittel der Teilnehmer denkt, es wäre zu hoch, ein Drittel es wäre genau richtig und ein Drittel es wäre zu niedrig. Diese auseinandergehenden Meinungen bringen die unterschiedlichen Einstellungen der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte zum Vorschein.

Die Hürden werden von den Befragten nicht so schwerwiegend eingeschätzt wie erwartet. Dies zeigt, dass informelle Beteiligungsverfahren durchaus denkbar sind. Jedoch ist der Handlungsspielraum vor allem bei kleineren Kommunen aufgrund der verpflichtenden Weisungsaufgaben von Bund und Land sowie aufgrund der finanziellen Engpässe stark eingeschränkt.

Erheblich ist der Anteil der Kommunalpolitiker, die keine Aussage über die Höhe der Quoren und über die Existenz einer Informationsfreiheitssatzung treffen können. Ein Grund hierfür kann deren ehrenamtliche Tätigkeit als Stadt- oder Gemeinderatsmitglied sein. Ebenso sind die Angaben zur Häufigkeit von Bürgerversammlungen beachtenswert. Laut einem Viertel der Befragten werden diese nur unregelmäßig und anlassbezogen oder nie durchgeführt. Gesetzlich sind Bürgerversammlungen jedoch einmal pro Jahr vorgeschrieben. Dies schließt entweder auf Unwissenheit der Befragten oder verfassungswidriges Vorgehen der Kommunen. Da es eine Vielzahl an Weiterbildungsangeboten für Ratsmitglieder gibt, ist zu vermuten, dass diese aufgrund ihrer Freiwilligkeit nur geringfügig genutzt werden.

Durch eine im Fragebogen eingebaute Feedbackmöglichkeit für offene Anregungen und Anmerkungen zum Thema der kommunalen Bürgerbeteiligung, konnten viele positive Rückmeldungen zur Masterthesis gesammelt werden, in denen sich die Befragten für die Umfrage bedankten und über die Ergebnisse informiert werden wollten. Das Interesse am Thema ist folglich nicht gering und die Diskussionen nicht unerheblich. Jedoch wurden ebenso Kommentare zur Korruption in den Kommunen und zur Unterdrückung der Bürgermeinungen hinterlassen. So schrieben einige der Stadt- oder Gemeinderatsmitglieder bezüglich der Bürgerbeteiligung in ihrer Kommune: „Verwaltungen würden in ihrer Arbeit ‚gestört‘, Pluralität ist nicht gewünscht, Lobbyarbeit würde schlechter möglich, Fehler würden aufgedeckt, persönliche Pfründe könnten verloren gehen.“, „Die Korruption und Manipulation wird sichtbarer.“, „Wird von unserer Verwaltungsspitze verhindert“ oder „Die Verwaltung freut sich, dass der Gesetzgeber hohe Hürden eingebaut hat.“. Diese Ausführungen lassen darauf schließen, dass die Kommunen im Konflikt

---

<sup>299</sup> Vgl. Frischmuth & von Kodolitsch (1999), S. 206

zwischen der Planungssicherheit für Investoren und den Wünschen der Betroffenen sowie dem Interesse des Allgemeinwohls stehen.<sup>300</sup> Die Verbindung zwischen privaten und öffentlichen Interessen lässt sich vor allem innerhalb der ehrenamtlichen Tätigkeit schwerlich auseinanderhalten und könnte die kommunalpolitischen Entscheidungen beeinflussen. Das Thema des Lobbyismus in der Kommunalpolitik könnte in folgenden Studien tiefergehend untersucht werden.

Um Bürgerbeteiligung auch für die Verwaltungsmitarbeiter attraktiv zu gestalten, geben die Befragten an, dass Weiterbildungsmöglichkeiten und Kapazitäten zum Ausprobieren und Lernen angeboten werden müssen. Ebenso ist die Ressourcenbereitstellung durch den Freistaat Sachsen eine Maßnahme zur Unterstützung der Kommunen, die sich ihren Bürgern gegenüber weiter öffnen möchten. Konkrete Vorschläge sind Schulungen im Umgang mit Meinungsverschiedenheiten, über Beteiligungsprozesse und die Durchführung von Modellprojekten. Ebenso wird die Vernetzung mit bereits bürgerbeteiligungserfahrenen Kommunen gewünscht.

Die Auswertung der Themenbereiche, welche von den Ratsmitgliedern für die Mitbestimmung der Bürger als geeignet erachtet werden, zeigt, dass sich vor allem Pläne der Stadtentwicklung, städtebauliche Maßnahmen und die Verkehrsplanung dafür anbieten. Ein Viertel der Befragten empfiehlt zudem Bürgerhaushalte als Beteiligungsverfahren. Für den Erfahrungsaustausch auf diesem Gebiet existiert ein deutschlandweites Netzwerk, welches auf der Plattform <http://www.buergerhaushalt.org/> zu finden ist. Dieses wurde bereits 2003 von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet und wird heute von der Bundeszentrale für politische Bildung mitbetrieben.

Ein grundlegendes Problem für die Erweiterung von kommunalen Beteiligungsangeboten ist in der Struktur und Arbeitsweise der Verwaltung und der Stadt- oder Gemeinderäte zu finden. Diese sind nicht für eine intensivere Bürgerpartizipation ausgelegt. Die Orientierung der Bürger ist in ihrer Lebenswelt ganzheitlich und nicht, wie die Organisationslogik von Ämtern in Fachabteilungen mit verschiedenen Zuständigkeiten gegliedert. Zudem arbeiten Verwaltungen nach strengen Vorschriften und in festgesetzten Rahmen, Bürger dagegen handeln emotional und persönlich.<sup>301</sup> Für die Implementierung von Bürgerbeteiligungsprozessen in das kommunale Entscheidungs- und Verwaltungssystem ist es zunächst wichtig, die entsprechenden fachübergreifenden Organisationsstrukturen zu schaffen. Hierfür kann ein Ansprechpartner für Bürgerbeteiligung, ein sogenannter „Bürgerbeauftragter“ eingesetzt werden.<sup>302</sup> Ein integriertes Partizipationsmanagement

---

<sup>300</sup> Vgl. Portz (2013), S. 151

<sup>301</sup> Vgl. Stiftung Mitarbeit (o.J. b)

<sup>302</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 179

kann festlegen: „Wer soll wann, zu welchem Zweck beteiligt werden und wie ist die Bürgerbeteiligung an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozess anzubinden?“.<sup>303</sup>

Die kontinuierliche und vor allem frühzeitige Information der Bürger vermittelt ihnen Transparenz, Glaubwürdigkeit und das nötige Wissen, um sich in den Entscheidungsprozess einzubringen. Der Zeitpunkt der ersten Kommunikation gibt vor, ob die Beteiligung informativ, konsultativ oder kooperativ gestaltet wird. Wichtig ist außerdem, dass die Rahmenbedingungen deutlich kommuniziert werden, so dass die Beteiligten den Handlungsspielraum kennen und sich darauf einstellen können. Zudem bleibt die schlussendliche Entscheidungskompetenz beim Stadt- oder Gemeinderat, um das Ergebnis an übergeordnete Ziele anpassen und sozial selektive Beteiligungen korrigieren zu können.<sup>304</sup> Dabei hilft auch die Verantwortungsdelegation auf kleinere Einheiten wie Stadt- oder Ortsteile. Der Kulturwandel hin zur Bürgerkommune sollte als kollektiver Lernprozess gesehen werden, durch welchen die Kommunalpolitiker Bürgerbeteiligung als Bereicherung und nicht als zusätzliche Last erfahren. Wird die Bürgerbeteiligung vom politisch-administrativen System nicht unterstützt, ist sie nicht zielführend.<sup>305</sup> Dabei sind eventuelle Skepsis, Vorbehalte und Ängste seitens der Mandatsträger und der Verwaltungsmitarbeiter zu beachten. Diese können möglicherweise im Vorfeld mithilfe von gezielter Information und Wissensvermittlung ausgeräumt werden. Die Mitarbeiter und Mandatsträger müssen bereit sein, von der Top-Down-Politik abzuweichen und den Bürgern bestimmte Kompetenzen übergeben. Offene Austausch- und Mitwirkungsprozesse bilden die Basis der bürgerschaftlichen Beteiligung.<sup>306</sup>

Für einen erfolgreichen Beteiligungsprozess gilt es folglich, die Teilnehmer von der Relevanz und Sinnhaftigkeit des Projektes zu überzeugen. Es sollten keine falschen Erwartungen geweckt oder die Ergebnisse zur nachträglichen Legitimierung für bereits feststehende Entscheidungen herangezogen werden. Oft werden derartige Verfahren zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Bürgern und Politik eingesetzt, ohne dass es einen realen Handlungsspielraum gibt. Dies wird als reine Imagemaßnahme wahrgenommen und enttäuscht das Vertrauen der Bürger. Für die Organisation und Durchführung von Beteiligungsverfahren und die Umsetzung der Ergebnisse im Nachgang ist ein gut überlegtes, strukturiertes und vor allem transparentes Vorgehen von Nöten.<sup>307</sup>

Beim konkreten Beteiligungsprojekt kann die Einbeziehung einer neutralen Person, welche den Prozess moderiert, helfen, ein Minimalvertrauen herzustellen sowie auf die

---

<sup>303</sup> Bogumil (2003), S. 29

<sup>304</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 21, vgl. Hitschfeld & Ruhmer (2014), S. 25 f.

<sup>305</sup> Vgl. König (2012), S. 15; vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 181

<sup>306</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 13

<sup>307</sup> Vgl. Nanz & Fritsche (2012), S. 13 f.

Wahrung der Meinungsäußerung und allgemeiner Umgangsformen zu achten.<sup>308</sup> Ebenso sind die Transparenz des Verfahrens, der Umgang mit den Ergebnissen und die Kommunikation in der Berichterstattung wichtig.<sup>309</sup>

Um die Bürger für eine stetige Beteiligung zu motivieren, sollten realisierbare Pläne ausgewählt werden.<sup>310</sup> Hierfür eignen sich vor allem kleinräumige Planungen und konkrete Projekte, die zeitlich befristet sind.<sup>311</sup> Die Beteiligungsinstrumente sind zudem auf das jeweilige Thema und die Bedürfnisse der Bürger abzustimmen.<sup>312</sup> Dabei kann es sich um eine bestimmte Fragestellung oder um eine offene Diskussion handeln. Bei der Suche nach dem richtigen Verfahren sind das Ziel, der Beteiligtenkreis, die Dauer und die vorhandenen Kapazitäten entscheidend. Deliberative Theorien gehen ursprünglich von einer Themen- und Ergebnisoffenheit aus. Weniger gebildete und weniger eloquente Bürger überfordert jedoch die Deliberation vor allem bei abstrakten Themen.<sup>313</sup> Die Zugangsschwellen zum Beteiligungsverfahren sind möglichst niedrig zu halten und die soziale Selektivität ist zu beachten. Die Kopplung von elektronischen Kommunikationsformen mit Präsenzveranstaltungen bietet sich an, um möglichst viele Bürger aus verschiedenen Zielgruppen zu erreichen. Ein auf das Beteiligungsverfahren abgestimmter Kommunikationsmix mit Informationsmaterialien, die analog ebenso einsetzbar sind wie digital, ist die Grundlage einer umfassenden Wissens- und Arbeitsstandsvermittlung. Der Aushangkasten und das Amtsblatt allein sind keine zeitmäßige Informationsquellen mehr. Stattdessen können heute vielfältige Mittel zur Veranschaulichung der kommunalen Pläne angewandt werden, beispielsweise Online-Befragungen, Diskussionen, Zukunftswerkstätten, Modellpräsentationen und Simulationen.<sup>314</sup>

Damit sind hohe Anforderungen, Mehraufwand und Qualifikationen verbunden. Zurzeit gibt es keinen allgemeingültigen Lösungsweg, es muss ausprobiert und gelernt werden. Die prinzipielle Offenheit gegenüber neuer Verfahren ist wegweisend.<sup>315</sup>

Ein erster Schritt für die Erfassung von Bürgerwünschen als Entscheidungshilfen und Beurteilungsgrundlagen könnte eine kurze, standardisierte Befragung der Bürger per Brief oder Online-Anwendung sein. Denkbar ist ebenso ein Zufriedenheitsbarometer, an dem sich die kommunalen Entscheidungsträger in ihrer Arbeit orientieren könnten.<sup>316</sup>

---

<sup>308</sup> Vgl. Feindt (2002), S. 437

<sup>309</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 261

<sup>310</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 180

<sup>311</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 21

<sup>312</sup> Vgl. Bogumil & Holtkamp (2011), S. 181

<sup>313</sup> Vgl. Holtkamp et al. (2006), S. 255

<sup>314</sup> Vgl. Portz (2013), S. 153 f.

<sup>315</sup> Vgl. Hitschfeld & Ruhmer (2014), S. 25 f.

<sup>316</sup> Vgl. Dieckmann (1999), S. 217

Im Rahmen der Fehlerbetrachtung ist zunächst die schwer definierbare Grundgesamtheit der sächsischen Stadt- und Gemeinderäte zu nennen. Es gibt keine Informationen zu deren Merkmalen, außer die Sitzverteilung der Parteien und kommunalen Wählervereinigungen in den Räten. Durch die soziodemographischen Angaben konnte die in der vorliegenden Arbeit erhobene Stichprobe jedoch näher beschrieben werden.

Durch die Methode einer Online-Befragung per E-Mail und der lückenhaften Internet-Abdeckung in Sachsen ist davon auszugehen, dass sich die Grundgesamtheit auf eine Auswahlgesamtheit verringert. Laut dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V., welcher sich auf die jährliche Erhebung des Statistischen Amtes der Europäischen Union beruft, beträgt die Internetabdeckung in Sachsen 74 Prozent.<sup>317</sup> Somit entfallen alle Stadt- und Gemeinderäte, die über keinen Internetzugang und kein E-Mail-Konto verfügen sowie diejenigen, die ihre E-Mails im Erhebungszeitraum nicht abgerufen haben.<sup>318</sup>

Die Rekrutierung der Teilnehmer stellte eine Herausforderung dar, da es kein sachsenweites E-Mail-Verzeichnis der Stadt- und Gemeinderäte gibt. Zur Lösung wurde ein zweistufiges Verfahren über die E-Mail-Adressen der Kommunen gewählt, woraus sich jedoch Fehlerquellen und eine erhöhte Ausfallquote ergeben können. Dazu gehörten inaktuelle oder fehlerhafte E-Mail-Adressen aus der Kartei des Statistischen Landesamtes Sachsen. Dies konnte durch Nachrecherchen umgangen werden. In der nächsten Stufe wurde die Weiterleitung der E-Mail mit dem Befragungslink für die Ratsmitglieder an die Mitarbeiter der Stadtverwaltungen übertragen. Im Falle einer Nicht-Weiterleitung entfiel die Erhebung der entsprechenden Kommune. Ein Erinnerungsschreiben sollte dies vermeiden. Kam die E-Mail dann beim Stadt- oder Gemeinderat an, lag es an seinen Zeit- und Interessenressourcen, um an der Umfrage teilzunehmen. Eine weitere Fehlerquelle liegt bei der Zielperson der Befragung. So kann nicht nachgewiesen werden, ob die Stadt- und Gemeinderäte die Beantwortungen vornahmen oder eine Person, die ebenfalls Zugriff auf deren E-Mail-Konto hat. Weitere typische Fehlerquellen, die sich bei Online-Fragebögen ergeben, sind sogenannte „Drop-Outs“. Dabei handelt es sich um Zielpersonen, die den Fragebogen nicht oder nur zum Teil beantworten, den Fragebogen dabei jedoch aus Neugier durchgehen oder abbrechen.<sup>319</sup>

Insgesamt haben 1053 Personen den Fragebogen geöffnet. Davon sind 260 bei den ersten zwei Seiten ausgestiegen. Hierbei sei zu beachten, dass es sich dabei um Verwaltungsmitarbeiter handeln könnte, die sich einen kurzen Eindruck verschaffen wollten.

---

<sup>317</sup> Vgl. Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (2014)

<sup>318</sup> Vgl. Welker et al. (2005), S. 35

<sup>319</sup> Vgl. Welker et. al (2005), S. 78

Auf den ersten fünf Seiten brachen weitere 170 Teilnehmer den Fragebogen ab. Danach sank die Ausstiegsquote deutlich.

Problematisch ist zudem die Schlussfolgerung bezüglich der Kommunen. Da es sich um subjektive Daten handelt, können die Meinungen der Stadträte einer Stadt sehr variieren. Zudem fallen bestimmte Kommunen eventuell mehr ins Gewicht als andere, je nachdem, wie viele Stadt- und Gemeinderäte aus der Kommune teilgenommen haben. Durch die Anonymität der Befragung lässt sich dies jedoch nicht zurückverfolgen.

Zunächst war eine Filterfrage im Fragebogen eingebaut, die beantwortet werden musste. Da jedoch die Ausstiegsquote an dieser Stelle auffallend hoch war, wurde sie nach der Hälfte des Befragungszeitraums in eine normale Frage transformiert. Dies zeigt, dass eine zwingende Beantwortung der Fragen keinen positiven Effekt auf die Befragungsteilnahme hat.

Die Verwendung der Online-Software SoSciSurvey erwies sich aufgrund der uneingeschränkten Datenerfassung und dem ansprechenden Ausgabedesign als geeignet.

Mit der vorliegenden Arbeit wurde ein erster Einblick in die Sichtweisen der sächsischen Kommunalpolitiker gewährleistet, der anhand qualitativer Untersuchungen in einzelnen Kommunen vertieft werden könnte. Ebenso wäre es wissenschaftlich interessant, die kommunalen Entscheidungsprozesse genau zu analysieren und Möglichkeiten der optimalen Bürgereinbindung aufzuzeigen. Die Perspektiven der Verwaltungsmitarbeiter und der Bürgermeister bezüglich der Bürgerbeteiligung könnten in einer weiteren Umfrage erhoben werden. Da die direkte Bürgerbeteiligung in Bayern und kooperative Mitwirkungsmaßnahmen in Baden-Württemberg wesentlich fortgeschrittener ist, bietet sich ein Vergleich mit der sächsischen Beteiligungskultur an, so dass neue Anreize herausgestellt werden könnten.

*„Bürgerbeteiligung darf keine Alibi-Veranstaltung sein. Sie ist ein wirksames Instrument der Entscheidungsfindung, die höhere Bestandskraft hat als ein Gremienentscheid.“*

Günther Beckstein

# Literaturverzeichnis

## Monographien

BARBER, Benjamin (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen.  
Rotbuch Verlag Hamburg

FREVEL, Bernhard (2009): Demokratie. Entwicklung - Gestaltung - Problematisierung.  
2., überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

GRIMMER, Klaus (2004): Öffentliche Verwaltung in Deutschland. Eine problemorientierte Einführung. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

HABERMAS, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main

HÄDER, Michael (2010): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. 2., überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

HERZBERG, Carsten (2006): Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre. Wie partizipative Demokratie zu politisch-administrativen Veränderungen führen kann.  
3. Auflage. Lit Verlag Münster

KÖNIG, Tim (2012): In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

MAYER, Horst Otto (2008): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung. Durchführung. Auswertung. 4., überarbeitete u. erweiterte Auflage. Oldenbourg Wissenschaftsverlag München

NAßMACHER, Hiltrud (2010): Politikwissenschaft. 6., überarbeitete u. aktualisierte Auflage. Oldenbourg Verlag München

NIEDERMAYER, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. 2., aktualisierte u. erweiterte Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden

- PÖTZSCH, Horst (2009): Die deutsche Demokratie. 5., überarbeitete u. aktualisierte Auflage. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn
- SARCINELLI, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte u. überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- SCHLEER, Manfred (2003): Kommunalpolitik in Sachsen. Bürger, Politiker und Verwaltungen in Gemeinden, Städten und Landkreisen. Aus: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Forum Vlg Leipzig
- SCHMIDT, Manfred G. (2008): Demokratietheorien. Eine Einführung. 4., überarbeitete u. erweiterte Auflage. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- SCHUMPETER, Joseph A. (2003): Capitalism, Socialism and Democracy. Routledge London and New York
- STEINBRECHER, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Aus: Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung. Band 11. Nomos Verlag Baden-Baden
- PORST, Rolf (2008): Fragebogen. Ein Arbeitsbuch. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- WELKER, Frank (2007): Politische Partizipation von Studierenden. Ergebnisse einer empirisch-analytischen Studie. Tectum Verlag Marburg

## **Sammelwerke**

- BORTZ, Jürgen & DÖRING, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation. 4., überarbeitete Auflage. Springer Medizin Verlag Heidelberg
- EBSTER, Claus & STALZER, Lieselotte (2008): Wissenschaftliches Arbeiten für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. 3., überarbeitete Auflage. Facultas.wuv Universitätsverlag Wien
- NAßMACHER, Hiltrud & NAßMACHER, Karl-Heinz (2007): Kommunalpolitik in Deutschland. 2., völlig überarbeitete u. aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden



- SCHUBERT, Klaus & KLEIN, Martina (2011): Das Politiklexikon. Begriffe. Fakten. Zusammenhänge. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. 5., aktualisierte u. erweiterte Auflage Schriftenreihe Band 1174. J.H.W. Dietz Verlag Bonn
- SIEDSCHLAG, Alexander; ROGG, Arne; WELZEL, Carolin (2002): Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet. Leske + Budrich Verlag Opladen
- WELKER, Martin; WERNER, Andreas; SCHOLZ, Joachim (2005): Markt- und Sozialforschung im Internet. Dpunkt.verlag Heidelberg

## Beiträge in Sammelwerken

- ANDERSEN, Uwe (2009): Gemeinden / kommunale Selbstverwaltung. In: Andersen, Uwe & Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 219-229
- BOGUMIL, Jörg & HOLTKAMP, Lars (2011): Bürgerkommune. In: Blanke, Bernhard; Nullmeier, Frank; Reichard, Christoph; Wewer, Göttrik (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. 4., aktualisierte u. ergänzte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 177-185
- BOGUMIL, Jörg; HOLTKAMP, Lars; KISLER, Leo (2004): Modernisierung lokaler Politik - Auswirkungen auf das kommunale Entscheidungssystem. In: Jann, Werner (Hrsg.): Status-Report Verwaltungsreform. Eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren. edition sigma Berlin, S. 64-74
- BUCHSTEIN, Hubertus & JÖRKE, Dirk (2007): Die Umstrittenheit der Politischen Theorie. In: Buchstein, Hubertus & Göhler Gerhard (Hrsg.): Politische Theorie und Politikwissenschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 15-44
- DACHS, Herbert (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung. Jugend - Demokratie - Politik. Band 28. Studien-Verlag Innsbruck, Bozen, Wien, S. 22-30
- EMMER, Martin; VOWE, Gerhard; WOLLING, Jens (2011): Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland. UVK Verlagsgesellschaft mbH Konstanz

- FEINDT, Peter Henning (2002): Neue Formen der politischen Beteiligung. In: Meyer, Thomas & Weil, Reinhard (Hrsg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH 2002; S. 435-457 – ursprünglich 2001 erschienen in Klein, Ansgar; Koopmans, Ruud; Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung – Protest. Leske + Budrich Opladen, S. 255-274
- FUCHS, Dieter (2002): Politikverdrossenheit. In: Greiffenhagen, Martin & Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarbeitete u. aktualisierte Auflage. Westdeutscher Verlag Wiesbaden, S. 338-343
- GABRIEL, Oscar W. (2007): Politische Partizipation. Fuchs, Dieter & Roller, Edeltraut (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Reclam, Philipp, jun. GmbH Verlag Stuttgart, S. 224-226
- KAASE, Max (2002): Politische Beteiligung. In: Greiffenhagen, Martin & Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarbeitete u. aktualisierte Auflage. Westdeutscher Verlag Wiesbaden, S. 350-355
- MAURER, Marcus & JANDURA, Olaf (2009): Masse statt Klasse? Einige kritische Anmerkungen zur Repräsentativität und Validität von Online-Befragungen. In: Jakob, Nikolaus; Schoen, Harald; Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 61-74
- NANZ, Patrizia; FRITSCHKE, Miriam; ISAAK, Antje; HOFMANN, Mathias; LÜDEMANN, Martin (2012): Verfahren und Methoden der Bürgerbeteiligung. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. 2. überarbeitete u. erweiterte Auflage. Gütersloh, S. 10-69
- PATZELT, Werner J. (2005): Direkte Demokratie in Sachsen. In: Kost, Andreas (Hrsg.): Direkte Demokratie in den deutschen Ländern. Eine Einführung. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 246-263
- REHFELD-STAUDT, Annette & RELLECKE, Werner (2010): Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen. In: Kost, Andreas & Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. 2., aktualisierte u. überarbeitete Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 282-306

- RETSCHKE, Gabriela (2007): Neue Kreisstruktur in Sachsen - Auswirkungen auf regionale Bezugssysteme. In: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.): Statistik in Sachsen 4/2007, S. 71-75
- TADDICKEN, Monika (2007): Methodeneffekte von Web-Befragungen - Freund oder Feind des Forschers? In: Welker, Martin & Wenzel, Olaf (Hrsg.): Online-Forschung 2007. Grundlagen und Fallstudien. Aus: Deutsche Gesellschaft für Online Forschung (DGOF) e.V.: Neue Schriften zur Online-Forschung. Halem Verlag Köln, S. 85-102
- VAN DETH, Jan W. (2006): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk & Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. Nachdruck der 4., überarbeiteten u. erweiterten Auflage von 2003. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 167-187
- VON ALEMANN, Ulrich (2002): Demokratie In: Greiffenhagen, Martin & Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarbeitete u. aktualisierte Auflage, Westdeutscher Verlag Wiesbaden, S. 78-85
- WEHLING, Hans-Georg (2002): Kommunen. In: Greiffenhagen, Martin & Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarbeitete u. aktualisierte Auflage, Westdeutscher Verlag Wiesbaden, S. 235-239
- WELKER, Martin & MATZAT, Uwe (2009): Online-Forschung: Gegenstände, Entwicklung, Institutionalisierung und Ausdifferenzierung eines neuen Forschungszweiges. In: Jakob, Nikolaus; Schoen, Harald; Zerback, Thomas (Hrsg.): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung. 1. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 33-48
- WIEGAND, Erich (2013): Marktforschung in Deutschland 2013. In: ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. (Hrsg.): Jahresbericht 2013, S. 20-23
- WOYKE, Wichard (2009): Politische Beteiligung / Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe & Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 6. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 549-553

ZITTEL, Thomas (2007): Partizipative Demokratie. In: Fuchs, Dieter & Roller, Edeltraut (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Reclam, Philipp, jun. GmbH Verlag Stuttgart, S. 202-204

## Beiträge aus Reihen

BUß, Claudia (2008): Kooperative oder direkte Demokratie? Partizipative Haushaltsfindung im Vergleich Potsdam, Bobigny und Luzern. Aus: Prof. Dr. Kleger, Heinz (Hrsg.): Region. Nation. Europa. Band 50. LIT Verlag Dr. W. Hopf Berlin

DIECKMANN, Jochen (1999): Veränderungen im Krätedreieck zwischen Bürgern, Rat und Verwaltung. In: Mäding, Heinrich (Hrsg.): Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie. Aus: Deutsches Institut für Urbanistik: Difu-Beiträge zur Stadtforschung. Band 27. Difu Berlin, S. 209-221

FRISCHMUTH, Birgit & VON KODLITSCH, Paul (1999): Bürger – Rat – Verwaltung: Neue Rollenverteilung in der Kommunalpolitik. In: Mäding, Heinrich (Hrsg.): Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie. Aus: Deutsches Institut für Urbanistik: Difu-Beiträge zur Stadtforschung. Band 27. Difu Berlin, S. 181-207

GISART, Britgitte (2013): Teilnahme am politischen Leben. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Zeitbilder. Bonn, S. 357-362

HOLTKAMP, Lars; BOGUMIL, Jörg; KIBLER, Leo (2006): Kooperative Demokratie. Das politische Potential von Bürgerengagement. Aus: Berg-Schlosser, Dirk; Giegel, Hans Joachim; Kißler, Leo; Schiller, Theo (Hrsg.): Studien zur Demokratieforschung. Band 9. Campus Verlag Frankfurt / New York

KLAGES, Helmut; DARAMUS, Carmen; MASSER, Kai (2008): Bürgerbeteiligung durch lokale Bürgerpanels. Theorie und Praxis eines Instruments breitenwirksamer kommunaler Partizipation, „Gelbe Reihe“ Modernisierung des öffentlichen Sektors 32. edition sigma Berlin

- NANZ, Patrizia & FRITSCHKE, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1200. Bonn
- SAAGE, Richard (2005): Demokratietheorien. Eine Einführung. Aus: Benz, Arthur; Lütz, Susanne; Simonis, Georg (Hrsg.): Grundwissen Politik. Band 37. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- SPONER, Wolf-Uwe & TOSTMANN, Ralf (2012): Kommunalrecht. 6., aktualisierte Auflage. SL 5. Aus: Akademie für öffentliche Verwaltung des Freistaates Sachsen, Sächsisches kommunales Studieninstitut Dresden, Verwaltungs- u. Wirtschaftsakademie Leipzig (Hrsg.): Sächsische Lehrbriefe
- VETTER, Angelika (2008): Lokale Bürgerbeteiligung. Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. In: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Aus: Friedrichs, Jürgen; Gabriel, Oscar W.; Schneider, Herbert; Voigt, Rüdiger: Städte und Regionen in Europa. Band 16. Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden, S. 9-28
- WEHLING, Hans-Georg (2011): Kommunalpolitik. In: Nohlen, Dieter & Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Schriftenreihe Band 1145. Bonn, S. 304-309
- WEßELS, Bernhard (2013): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Destatis) & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Hrsg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Aus: Bundeszentrale für politische Bildung: Zeitbilder. Bonn S. 363-369

## Fachartikel

- BAUER, Andreas (2004): E-Demokratie – neue Bürgernähe oder virtuelle Luftblase? Aus: Aus Politik und Zeitgeschichte. B18/2004, S. 3-6
- BOGUMIL, Jörg & HOLTKAMP, Lars (2002): Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie. In: Prof. Dr. Benz, Arthur; Prof. Dr. Czada, Roland; Prof. Dr. Simonis, Georg (Hrsg.): Institut für Politikwissenschaft FB Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften. FernUniversität Hagen. Polis Nr. 55/2002

- CZISCH, Gunther & GEIGER, Christian (2014): Heimat im Digitalen urbanen Raum? In: Behörden Spiegel. Juli 2014, Nr. 7. Berlin und Bonn, S. 20
- HITSCHFELD, Katharina & RUHMER, Hagen (2014): Jetzt reden wir – Bürgerbeteiligung in Kommunen. In: Sachsenlandkurier. Januar / Februar 2014. Nr. 1/14, S. 25-26
- PORTZ, Norbert (2013): Bürgerbeteiligung bei kommunalen Planungsvorhaben und in der Stadtentwicklung. In: Sachsenlandkurier. Mai / Juni 2013. Nr. 3/13, S. 151-158
- SOLOP, Frederick (2001): Digital Democracy Comes of Age: Internet Voting and the 2000 Arizona Democratic Primary Election. In: Political Science and Politics Vol. 34 Nr. 2, S. 289-293
- VON DOBSCHÜTZ (2013): Social Media in der Kommunalpolitik. In: eGovernment Computing. GOVCOM Nr. 011, S. 5

## Studien

- BERTELSMANN STIFTUNG (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 471. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009: Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland. 1999-2004-2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement. PDF-Datei  
URL: [http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3.\\_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3._20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf) / [Stand: 20. Mai 2014]
- PETERSEN, Thomas; HIERLEMANN, Dominik; VEHRKAMP, Robert B.; WRATIL, Christopher (2013): Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Institut für Demoskopie Allensbach und Bertelsmann Stiftung

STATISTA (2014a): Meinung zur Förderung des Interesses an Politik durch mehr direkte Beteiligung. Erhebung durch TNS Emnid im Zeitraum 17. - 18. April 2012, 1.000 Befragte

URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/223571/umfrage/meinung-zur-foerderung-des-interesses-an-politik-durch-mehr-direkte-beteiligung/>

[Stand: 20. März 2014]

STATISTA (2014b): Meinungsbild zur Bereitschaft der Bürger zu politischer Beteiligung. Erhebung durch TNS Emnid im Zeitraum 31. Mai - 06. Juni 2011, 1.005 Befragte

URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/191516/umfrage/bereitschaft-der-buerger-zu-mehr-politischer-beteiligung/>

[Stand: 20. März 2014]

STATISTA (2014c): Formen politischer Beteiligung – Verbreitung. Erhebung durch TNS Emnid im Zeitraum 31. Mai - 06. Juni 2011, 1.005 Befragte

URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/191585/umfrage/verbreitung-von-formen-politischer-beteiligung/> [Stand: 20. März 2014]

## Hochschulschriften

HENSCHKE, Cathleen (2006): Politische Partizipation und politisches Interesse von Jugendlichen auf kommunaler Ebene. Examensarbeit. GRIN Verlag München

PLEUGER, Kristin (2012): Des Bürgers neue Stimme: Möglichkeiten der politischen Partizipation in Social Networks. Ein Vergleich der Potenziale von Facebook, Hyves & Co. Magisterarbeit. Tectum Verlag Marburg

## Gesetze und Verordnungen

GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. In: Gesetze im Internet. PDF-Datei

URL: <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>

[Stand: 06.12.2013]

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN (2012): Satzung zur Regelung des Zugangs zu Informationen des eigenen Wirkungskreises der Landeshauptstadt Dresden (Informationsfreiheitssatzung), 21. Juni 2012  
URL: [https://www.dresden.de/media/pdf/satzungen/satzung\\_informationsfreiheit.pdf](https://www.dresden.de/media/pdf/satzungen/satzung_informationsfreiheit.pdf) [Stand: 20. Juli 2014]

SÄCHSISCHER LANDTAG (2005): Drucksache 4/0466 vom 07.01.2005

GEMEINDEORDNUNG FÜR DEN FREISTAAT SACHSEN (SächsGemO) (2014). PDF-Datei  
[http://www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/download/Kommunale\\_Verwaltung/1\\_SaechsGemO.pdf](http://www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/download/Kommunale_Verwaltung/1_SaechsGemO.pdf) [Stand: 20. Juli 2014]

## Onlinequellen

ARBEITERWOHLFAHRT KREISVERBAND CHEMNITZ UND UMGEBUNG E.V. (2014): Geschäftsordnung für die Bürgerplattform Chemnitz-Mitte  
URL: <http://www.buergerplattform-chemnitz-mitte.de/ordnung.htm>  
[Stand: 13. August 2014]

BUNDESVERBAND INFORMATIONSWIRTSCHAFT, TELEKOMMUNIKATION UND NEUE MEDIEN E.V. (2014): Hamburger und Pfälzer surfen besonders häufig im Web.  
URL: [http://www.bitkom.org/de/presse/8477\\_79172.aspx](http://www.bitkom.org/de/presse/8477_79172.aspx) [Stand: 29. Juli 2014]

BOGUMIL, Jörg (2003): Veränderungen im Kräftedreieck zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung. In: Grunow, Dieter (Hrsg.): Verwaltung in NRW. Landeszentrale für politische Bildung Düsseldorf, S. 109-139. PDF-Datei  
URL: <http://homepage.rub.de/joerg.bogumil/Downloads/ASammelbaenden/Bogumil2003e.pdf> [Stand: 17. Juni 2014]

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.) : Bürgerhaushalt  
[http://www.buergerhaushalt.org/de/faq\\_bhh#n63](http://www.buergerhaushalt.org/de/faq_bhh#n63) [Stand: 13. August 2014]

CHURCHILL, Winston (1947). In: Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Demokratie als Regierungsform  
URL: <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/grafstat/145190/mw-01-01-demokratie-als-regierungsform-zitat> [Stand: 20. März 2014]



DEUTSCHER BUNDESTAG, 14. Wahlperiode Drucksache 14/8900, 03.06.2002: Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. PDF-Datei

URL: [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik\\_Gesellschaft/GeselZusammenhalt/enquete\\_be.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/GeselZusammenhalt/enquete_be.pdf?__blob=publicationFile)

[Stand: 16. April 2014]

DEUTSCHER STÄDTETAG (2013): Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie. Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages am 7. November 2013 in Berlin. PDF-Datei

URL: [http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/thesenpapier\\_lokale\\_demokratie\\_endfassung\\_ha\\_07\\_11\\_2013.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/thesenpapier_lokale_demokratie_endfassung_ha_07_11_2013.pdf)

[Stand: 10. April 2014]

GEITMANN, Roland; MITTENDORF, Volker; REHMET, Frank; SCHILLER, Theo; STERK, Torsten (2013): Bürgerbegehrensbericht 2012. Mehr Demokratie e.V. (Hrsg.) Berlin. PDF-Datei

URL: [http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2012-09-04\\_BB-Bericht2012.pdf](http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/2012-09-04_BB-Bericht2012.pdf) [Stand: 8. Juni 2014]

LANDESDIREKTION SACHSEN (2014): Gemeindeverzeichnis

URL: [http://www.lids.sachsen.de/index.asp?ID=2392&art\\_param=155](http://www.lids.sachsen.de/index.asp?ID=2392&art_param=155)

[Stand: 10. April 2014]

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN (2014): Dresdner Debatte

URL: <http://dresdner-debatte.de/> [Stand: 20. Juli 2014]

KLAGES, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat. PDF-Datei

URL: <http://library.fes.de/pdf-files/kug/05014.pdf> [Stand: 23. April 2014]

NETZWERK BÜRGERBETEILIGUNG (2014): Görlitz: Grundlagenpapier zur bürgerschaftlichen Beteiligung

URL: <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/netzwerk-aktiv/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung/einzelansicht-leitlinien/article/goerlitz-grundlagenpapier-zur-buergerschaftlichen-beteiligung/> [Stand: 20. Juli 2014]

SÄCHSISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (o.J.): Direkte Demokratie in Sachsen

URL: <http://www.infoseiten.slpb.de/politik/sachsen/politische-ordnung/direkte-demokratie/> [Stand: 5. Mai 2014]

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (2014): Kommunale Verwaltung. Aktuelles.

URL: <http://www.kommunale-verwaltung.sachsen.de/> [Stand: 3. Juni 2014]

STADT CHEMNITZ (2014a): Bürgerbeteiligung

URL: [http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger-rathaus/buergerbeteiligung/index.html#title\\_100\\_3](http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger-rathaus/buergerbeteiligung/index.html#title_100_3) [Stand: 20. Juli 2014]

STADT CHEMNITZ (2014b): Beteiligungsatlas

URL: <http://www.chemnitz.de/chemnitz/de/buerger-rathaus/buergerbeteiligung/atlas/index.html> [Stand: 20. Juli 2014]

STADT GÖRLITZ (2014): Bürgerschaftliche Beteiligung

URL: <http://www.goerlitz.de/de/buerger/aktuelles/buergerbeteiligung.html> [Stand: 20. Juli 2014]

STADT LEIPZIG (2014): Bürgerservice und Verwaltung. Bürgerbeteiligung und Einflussnahme

URL: <http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/> [Stand: 20. Juli 2014]

STATISTISCHES BUNDESAMT (2014): Administrative Gebietsgliederungen. Gemeinden in Deutschland nach Bevölkerung am 31.12.2011 auf Grundlage des Zensus 2011 und früherer Zählungen. Excel-Datei

URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/AdministrativeUebersicht.html> [Stand: 9. August 2014]

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2014c): Gewählte Bürgermeister und Amtsverweser am 31. März 2014 im Freistaats Sachsen nach Kreisen und ihrer Rechtsstellung. PDF-Datei

URL: [http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/kw/kw2014/bm\\_20143103.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/wahlen/kw/kw2014/bm_20143103.pdf) [Stand: 11. Juni 2014]

- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013a): Bundestagswahl 2013.  
Endgültiges Landesergebnis - Veränderung gegenüber 2009  
URL: [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/PKG\\_S10\\_ERG\\_LW.prc\\_ver\\_lw?p\\_bz\\_bzid=BW13&p\\_ebene=SN&p\\_ort=14](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/PKG_S10_ERG_LW.prc_ver_lw?p_bz_bzid=BW13&p_ebene=SN&p_ort=14) [Stand: 06. Juni 2014]
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2014a): Europawahl  
URL: [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_s10\\_erg.prc\\_erg\\_ew?p\\_bz\\_bzid=EW14&p\\_ebene=SN&p\\_ort=14](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_erg.prc_erg_ew?p_bz_bzid=EW14&p_ebene=SN&p_ort=14) [Stand: 4. Juni 2014]
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2014b): Gemeinderatswahl 2014  
URL: [http://www.statistik.sachsen.de/wpr\\_neu/pkg\\_s10\\_ueb.PRC\\_ueb\\_gr?p\\_bz\\_bzid=GR14](http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_ueb.PRC_ueb_gr?p_bz_bzid=GR14) [Stand: 14. Juli 2014]
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2013b): Sachsen in Karten  
URL: [http://www.statistik.sachsen.de/download/010\\_GB-Fam/SachsenInKarten\\_Brosch.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Fam/SachsenInKarten_Brosch.pdf) [Stand: 26. Mai 2014]
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2014): Verwaltungsgliederung  
URL: <http://www.statistik.sachsen.de/html/400.htm> [Stand: 4. Juni 2014]
- STIFTUNG MITARBEIT (o.J. a): Zukunftswerkstatt  
URL: [http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/visionen-entwickeln-zukunft-gestalten/zukunftswerkstatt/109208/?tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[action\]=show&tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[controller\]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971](http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/visionen-entwickeln-zukunft-gestalten/zukunftswerkstatt/109208/?tx_smpagebrowser_pi1[action]=show&tx_smpagebrowser_pi1[controller]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971) [Stand: 13. August 2014]
- STIFTUNG MITARBEIT (o.J. b): Stadtteilforen  
URL: [http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/stadtteilforen/109311/?tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[action\]=show&tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[controller\]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971](http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/stadtteilforen/109311/?tx_smpagebrowser_pi1[action]=show&tx_smpagebrowser_pi1[controller]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971) [Stand: 13. August 2014]
- STIFTUNG MITARBEIT (o.J. c): Planungswerkstätten  
URL: [http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/planungswerkstatt/109308/?tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[action\]=show&tx\\_smpagebrowser\\_pi1\[controller\]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971](http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/planungsprozesse-initiieren-und-gestaltend-begleiten/planungswerkstatt/109308/?tx_smpagebrowser_pi1[action]=show&tx_smpagebrowser_pi1[controller]=Teaser&cHash=4d2b4e68520766f7de3d4896d1a81971) [Stand: 13. August 2014]

TRANSPARENCY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E.V. (2014): Informationsfreiheit

URL: <http://www.transparency.de/Informationsfreiheit.85.0.html>

[Stand: 20. Juli 2014]

## **Software**

SoSci SURVEY GMBH (2014): Version 2.4.00-i [Computer Software]. Available  
from <https://www.soscisurvey.de>

IBM SPSS STATISTICS 20

# Anhang I

Anhang II mit dem Codebuch, den SPSS-Auswertungen und den offenen Antworten der Befragten sowie dem SPSS-Datensatz ist auf der beigelegten CD zu finden.

## Kooperative Beteiligungsverfahren

Es gibt eine Vielzahl an Bürgerbeteiligungsverfahren, die je nach Thema, zeitlichem Rahmen, Ziel und Beteiligungskreis eingesetzt werden können. Im Folgenden werden einige dieser Modelle überblicksartig vorgestellt.

Die **Zukunftswerkstatt** ist eine ergebnisoffene Diskussion, welche neben der Lösungs- und Möglichkeitssuche auf die Förderung der persönlichen Wahrnehmungsfähigkeit und Handlungskompetenz der Teilnehmer ausgerichtet ist. Sie ist ergebnisoffen und kann in allen Bereichen angewandt werden. Während dieses Verfahrens werden die Vorbereitungs-, Orientierungs-, Wahrnehmungs- und Fantasiephase durchlaufen. Darauf folgen die Umsetzungsphase sowie die Reflexion und eine permanente Begleitung und Beratung des jeweiligen Projektes. Sie bietet sich bei mittel- bis langfristigen Prozessen zur Entwicklung einer Vision und realitätsnahen Zukunftsvorstellungen an.<sup>320</sup>

**Stadtteilrunden und -foren** sind für große Städte typisch, wo sich die Betroffenheit auf das Gemeingut eines bestimmten Stadtteils wie Spielplätze oder Parks konzentriert. Dieses Forum bietet den Bürgern einen Rahmen zur Diskussion und Gestaltung ihres Stadtteils. Kontinuierliche Dialoge und Kommunikation bringen die Bürger zusammen, fördern den gegenseitigen Austausch und die Kooperation zwischen Bürgern und Verwaltung. Das Ziel ist, den Bürgern des Stadtteils eigene Gestaltungs- und Handlungsspielräume zu bieten, um die Identifikation und Beteiligungskultur zu intensivieren. Seitens des Stadtteils wird ein Koordinator eingesetzt, der die Bürger zusammenbringt und den Kontakt zur Verwaltung hält. Diese wiederum kann einen Verwaltungslotsen einsetzen, der als fachübergreifender Ansprechpartner zur Verfügung steht.<sup>321</sup>

Beim **Bürgerhaushalt** können die Bürger über die Verwendung der kommunalen Finanzmittel diskutieren. Zunächst werden sie durch die Öffentlichkeitsarbeit der Kommune über den Haushalt informiert und mobilisiert. Darauf folgt die Diskussion um die Vorschläge und Prioritäten der Bürger und eventuell die eigenständige Entscheidung über

---

<sup>320</sup> Vgl. Stiftung Mitarbeit (o.J. a)

<sup>321</sup> Vgl. Stiftung Mitarbeit (o.J. b)

ein ihnen zugewiesenes Budget. Das Verfahren kann von öffentlichen Veranstaltungen und Online-Beteiligungsmöglichkeiten, die den Diskurs vorantreiben, begleitet werden. Am Ende des Prozesses erfolgt eine detaillierte Rechenschaftslegung des Stadt- oder Gemeinderates zum Umgang mit den Bürgerideen.<sup>322</sup>

**Planungswerkstätten** werden eingesetzt, wenn es um die Erstellung einer konkreten Planung, meist bei Bauprojekten, geht. Zunächst muss das Wunschergebnis und Ziel formuliert, die Handlungsspielräume herausgestellt und die Einbindung in die politischen Entscheidungsprozesse geklärt werden. Zur Vorbereitung des Verfahrens wird eine transparente Analyse der verschiedenen Akteursinteressen durchgeführt. Eine Moderation leitet den Prozess und achtet auf die Rahmenbedingungen und Zielvereinbarungen. Planer begleiten die Diskussionen, halten die Ideen auf Skizzen fest und vermitteln den Beteiligten das nötige Expertenwissen. Die Planungswerkstatt wird meist nahe am Bauprojekt durchgeführt oder den Bürgern anhand von Ortsbegehungen näher gebracht. Die Werkstatt kann einen oder mehrere Tage dauern und mit Veranstaltungen umrahmt werden. Am Ende sollte ein gemeinsam erarbeiteter und akzeptierter Plan stehen, der das weitere Vorgehen wiedergibt.<sup>323</sup>

Das **Bürgerforum** ist ein längerfristiges Beteiligungsmodell zur Diskussion über ein bestimmtes Thema, bei welchem eine repräsentative Querschnittsstichprobe der Bürger zur Beteiligung eingeladen wird. Zunächst werden die Teilnehmer über das jeweilige Thema und über das Verfahren aufgeklärt, anschließend erfolgt ein Treffen der Beteiligten zum Kennenlernen und zur Ideenformulierung. Daraufhin werden die Vorschläge online diskutiert und ausgewertet. Experten begleiten den Prozess als Ansprechpartner und Moderatoren. Das Verfahren endet mit einer zusammenfassenden Abschlussveranstaltung und der Abstimmung über das entworfene Bürgerprogramm.<sup>324</sup>

**Befragungen per Post und Online-Umfragen** bilden eine verbreitete und vergleichsweise einfache Einbeziehung der Bürger in einen Planungsprozess. Durch die Meinungsumfrage können wertvolle Hinweise aus und über die Bürgerschaft gesammelt werden. Für die Bürger entsteht kein direkter Mehrwert, so dass Befragungen mit anderen Verfahren gekoppelt werden sollten. Helmut Klages entwickelte mit dem Bürgerpanel ein dauerhaftes Befragungsverfahren, welches jede Kommunen zu verschiedenen The-

---

<sup>322</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.)

<sup>323</sup> Vgl. Stiftung Mitarbeit (o.J. c)

<sup>324</sup> Vgl. Nanz, Fritsche, Isaak, Hofmann, Lüdemann (2010), S. 7

men anwenden kann. Hierbei wird ein regelmäßiger und institutionalisierter Dialog zwischen Politik und Verwaltung mit den Bürgern gepflegt. Die Grundlage bilden Bürgerbefragungen, die bei Bedarf mit weiteren, intensiveren Beteiligungsverfahren ergänzt werden können. Die Repräsentativität wird durch eine Stichprobenauswahl gewährleistet, es können jedoch auch alle anderen Interessierten an dem Verfahren teilnehmen. Die Kommunen können somit über ein „lokalpolitisches Radarsystem“ verfügen, welches sie Probleme und Diskussionsthemen frühzeitig erkennen lässt. Dabei sind ein Kommunikationsmix mithilfe von Offline- und Onlineangeboten sowie die Berichterstattung der Presse wichtige Faktoren, um möglichst viele Bürger anzusprechen.<sup>325</sup>

**Planungszellen** beinhalten die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu bestimmten, vorgegeben Planungsproblemen der Bürger mit der Unterstützung von Fachleuten. Die Gruppen von etwa 25 Personen werden repräsentativ ausgewählt und für das Beteiligungsverfahren vergütet, so dass auch Personen, die sich sonst nicht für die Gesellschaft engagieren, teilnehmen können. Das Ergebnis ist ein Bürgergutachten, welches in die zukünftigen Planungen miteinfließt.<sup>326</sup>

**Bürgerplattformen** äußern sich in der dauerhaften Zusammenarbeit der Bürger in einer Stadt oder in einem Stadtteil, die sich aus verschiedenen Akteursgruppen zusammensetzen und mit den Sachverständigen der Kommunalpolitik, Verwaltung und Wirtschaft beraten und verhandeln. Zur Meinungsbildung werden regelmäßig themenorientierte Diskussionsrunden veranstaltet.<sup>327</sup>


---

<sup>325</sup> Vgl. Klages, Daramus, Masser (2008), S. 73


<sup>326</sup> Vgl. Nanz, Fritsche, Isaak, Hofmann, Lüdemann (2010), S. 13

<sup>327</sup> Vgl. Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e.V. (2014)

## Fragebogen



0% ausgefüllt



HOCHSCHULE  
MITTWEIDA  
UNIVERSITY OF  
APPLIED SCIENCES

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bürgerbeteiligung wird immer stärker diskutiert und ist vor allem für die Kommunalpolitik interessant. Im Folgenden werden Sie in Ihrer Funktion als Stadt- oder Gemeinderat/rätin nach Ihrer Meinung zum Thema "Bürgerbeteiligung" befragt.

Die Umfrage ist Teil meiner Masterarbeit im Fach Politische Kommunikation und wird in Kooperation zwischen der Hochschule Mittweida und der Staatskanzlei Sachsen erstellt.

Die Beantwortung dauert 5 bis 10 Minuten. Ihre Angaben werden vollständig anonym behandelt und sind nicht auf einzelne Personen zurückzuführen.

Bei Anregungen und Fragen können Sie sich gerne an mich wenden:  
Janka.Soltes@gmx.de

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!  
Janka Soltes

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)



10% ausgefüllt

**HOCHSCHULE  
MITTWEIDA**  
UNIVERSITY OF  
APPLIED SCIENCES

**1. Was stellen für Sie die wichtigsten Ziele von Bürgerbeteiligung dar?**  
Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Akzeptanz von kommunalen Entscheidungen
- ☐ Information der Bürger
- ☐ Ideenfindung
- ☐ Stärkung der repräsentativen Demokratie
- ☐ Mitbestimmung der Bürger
- ☐ Kostenersparnis und Effizienz
- ☐ Sonstige:

**2. Denken Sie, dass Konflikte wie bei Stuttgart 21, beim Großflughafen BER oder bei der Elbphilharmonie Hamburg durch mehr Einbeziehung der Bürger verhindert werden können?**  
Geben Sie eine Tendenz an.

können dadurch auf jeden Fall verhindert werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	können dadurch gar nicht verhindert werden	<input type="radio"/>	weiß nicht
---	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	--	-----------------------	------------


Zurück

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)



20% ausgefüllt



HOCHSCHULE  
MITTWEIDA  
UNIVERSITY OF  
APPLIED SCIENCES

### 3. Welche Möglichkeiten nutzt Ihre Stadt oder Gemeinde, um die Bürger über kommunalpolitische Pläne und Entscheidungen zu informieren?

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Briefe
- ☐ Amtsblatt
- ☐ Broschüren, Flyer, Plakate
- ☐ Anzeigen
- ☐ Website der Stadt / Gemeinde
- ☐ Ratsinformationssystem
- ☐ Social Media
- ☐ Newsletter per E-Mail
- ☐ Pressearbeit (Zeitungsartikel / Interviews)
- ☐ Zusammenarbeit mit regionalen / lokalen TV-Sendern
- ☐ Zusammenarbeit mit regionalen / lokalen Radio-Sendern
- ☐ Sonstiges:

### 4. Welche Beteiligungsmöglichkeiten stehen neben Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und -entscheid für die Bürger Ihrer Stadt oder Gemeinde zur Verfügung?

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Einwohneranfrage oder Einwohnerfragestunde im Stadt-/Gemeinderat
- ☐ Bürgerbüro
- ☐ Bürgertelefon
- ☐ Bürgerversammlungen
- ☐ Direkter Kontakt zur/zum Bürgermeister/in via E-Mail oder Brief
- ☐ Sprechstunde der/des Bürgermeisters/in
- ☐ Informationsveranstaltungen
- ☐ Ansprechpartner für Bürgerbeteiligung
- ☐ Sachkundige Einwohner in Fachbeiräten und Ausschüssen
- ☐ Sonstiges:

Zurück

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)

30% ausgefüllt

**HOCHSCHULE  
MITTWEIDA**  
UNIVERSITY OF  
APPLIED SCIENCES

**5. Wurde in Ihrer Stadt oder Gemeinde eine Informationsfreiheitsgesetz zur Transparenz der Stadt-/Gemeindeverwaltung verabschiedet?**

☐ Ja ☐ Nein ☐ Weiß nicht

**6. Wie oft werden Bürgerversammlungen in Ihrer Stadt oder Gemeinde durchgeführt?**

☐ Gar nicht ☐ Alle 2 Jahre ☐ 1 Mal im Jahr ☐ 2 Mal im Jahr ☐ Mehr als 2 Mal im Jahr ☐ weiß nicht

**7. Wie schätzen Sie das Interesse an Bürgerbeteiligung in Ihrer Stadt oder Gemeinde seitens der Bürger, der Stadt-/Gemeindeverwaltung und der Kommunalpolitik ein?**

kein Interesse hohes Interesse


	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	kann ich nicht beurteilen
Bürger	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Stadtverwaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kommunalpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Zurück

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)

40% ausgefüllt



**8. Wie hoch ist das Quorum für Einwohneranträge und Bürgerbegehren in der Hauptsatzung Ihrer Stadt oder Gemeinde festgelegt worden?**

	5 %	6 – 9 %	10 %	Weiß nicht
Einwohneranträge	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürgerbegehren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**9. Wie schätzen Sie das Zustimmungsquorum von 25 % bei Bürgerentscheiden ein?**

☐ zu hoch
 ☐ etwas hoch
 ☐ genau richtig
 ☐ etwas niedrig
 ☐ zu niedrig
 ☐ Weiß nicht

**10. Denken Sie, die direktdemokratisch verfassten Beteiligungsformen bieten den Bürgern genügend Möglichkeiten, sich in die Kommunalpolitik einzubringen?**

Dazu gehören: Einwohnerversammlung, Petitionen, Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid

☐ völlig ausreichend
 ☐
☐
☐
☐
☐
☐
☐ viel zu wenig

☐ weiß nicht

**11. Kommen neuere Formen der kooperativen Demokratie wie Bürgerforen, Zukunftswerkstätten oder Bürgerhaushalte für Sie in Frage?**

☐ Nein, kann ich mir nicht vorstellen

☐ Ja, kann ich mir gut vorstellen

☐ Ja, wurde in meiner Stadt oder Gemeinde bereits umgesetzt

Zurück

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)

50% ausgefüllt

**HOCHSCHULE  
MITTWEIDA**  
UNIVERSITY OF  
APPLIED SCIENCES

**12. Welche der folgenden Beteiligungsverfahren wurden bereits bei Ihnen umgesetzt oder sind derzeit in Planung?**

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Zukunftswerkstatt
- ☐ Bürgerforum
- ☐ Bürgerhaushalt
- ☐ Planungszelle
- ☐ Befragungen per Post
- ☐ Online-Befragungen
- ☐ Sonstige

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)

60% ausgefüllt

**13. In welchen Bereichen bietet sich Bürgerbeteiligung Ihrer Meinung nach an?**

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Bürgerhaushalte / Finanzen
- ☐ Städtebauliche Maßnahmen
- ☐ Stadtentwicklung
- ☐ Verkehrsplanung
- ☐ Freiraumplanung
- ☐ Wirtschaft
- ☐ Kultur
- ☐ Sport
- ☐ Soziales
- ☐ Kirche und Religion
- ☐ Sonstige

**14. Was halten Sie von Online-Beteiligung über die Website Ihrer Kommune?**

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Sehr gut, Bürgerwünsche zu bestimmten Fragen können schnell und einfach erfasst werden.
- ☐ In meiner Stadt / Gemeinde ist so etwas nicht nötig, der Kontakt zum Bürger ist so nah, dass ich auch so weiß, was sie möchten.
- ☐ Es beteiligen sich nur internetaffine Bürger.
  - Mithilfe von Social Media Kanälen wie Facebook, YouTube und Twitter
- ☐ könnten vermehrt junge Leute auf kommunalpolitische Themen aufmerksam gemacht werden.
- ☐ Internetforen müssen moderiert werden, sonst kommt es in der Anonymität zu Beleidigungen und Beschimpfungen.
- ☐ Dafür stehen keine Mittel zur Verfügung, Aufwand und Kosten sind zu hoch.
- ☐ Weiteres:

**15. Welche Aspekte könnten helfen, um Bürgerbeteiligung für die Stadt- oder Gemeindeverwaltung attraktiver zu gestalten?**

Es sind mehrere Antworten möglich.

- ☐ Ein Leitlinienkatalog mit Handlungsempfehlungen
  - Weiterbildungsangebote für die Kommunalverwaltung/-politik zur
- ☐ Kompetenzsteigerung bei Bürgerbeteiligung (Kommunikation, Methodik, usw.)

A screenshot of a web form with a light gray background. At the top, there is a list of three items, each preceded by a small square checkbox. The first item is 'Kapazitäten, um Bürgerbeteiligung auszuprobieren und Erfahrungen damit zu sammeln'. The second item is 'Ressourcenbereitstellung durch den Freistaat für Bürgerbeteiligungsmodelle'. The third item is 'Weiteres:' followed by a white rectangular input field. Below the list, there are two buttons: 'Zurück' on the left and 'Weiter' on the right. At the bottom of the form, there is a footer line with the text 'Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | www.hs-mittweida.de'.

- ☐ Kapazitäten, um Bürgerbeteiligung auszuprobieren und Erfahrungen damit zu sammeln
- ☐ Ressourcenbereitstellung durch den Freistaat für Bürgerbeteiligungsmodelle
- ☐ Weiteres:

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)



70% ausgefüllt

### 16. Worin sehen Sie Chancen von Bürgerbeteiligung?

	Ich stimme voll zu	Ich stimme eher zu	Ich stimme eher nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
Der Aufwand lohnt sich, da Bürger wichtige Erfahrungen und Verbesserungen einbringen können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fehlinvestitionen und Planungsfehler können vermieden werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Ansichten können eine größere Lobby finden, die sonst im Rat nicht mehrheitsfähig sind.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Erst durch deren Beteiligung erfahre ich von den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürger wirken aktiv an der Gestaltung und Entwicklung ihrer Kommune mit.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Entscheidungen erhalten mehr Legitimität und Akzeptanz.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Widerstände gegen bspw. Bauprojekte können gesenkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Politik kann neues Leben eingehaucht und der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Fraktionen können neue Interessierte für ihre Arbeit gewinnen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Weitere Chancen:

Zurück

Weiter



80% ausgefüllt



### 17. Worin sehen Sie Hürden für mehr Bürgerbeteiligung?

	Ich stimme voll zu	Ich stimme eher zu	Ich stimme eher nicht zu	Ich stimme überhaupt nicht zu
Der Aufwand ist finanziell und personell sehr hoch.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Ressourcen dafür fehlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Als ehrenamtlicher Stadt-/Gemeinderat habe ich keine Zeit für mehr Bürgerbeteiligung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Entscheidungsfindung wird unter Einbezug der Bürger verlängert und verkompliziert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Handlungsspielraum in der Kommunalpolitik ist zu gering.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Bürger haben zu große Erwartungen an die Kommunalpolitik.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es beteiligen sich nur wenige Bürger. Somit wird keine Repräsentativität gewährleistet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es beteiligen sich immer wieder nur die Gleichen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Bürger sind kommunikativ schlecht zu erreichen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Motivation der Bürger ist zu niedrig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die politischen Themen sind zu kompliziert für Laien.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürgerbeteiligung außerhalb der Verfassung ist nicht verbindlich und verpflichtend.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Umsetzung der Ergebnisse wird von der Politik nicht gewünscht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Weitere Hürden:

Zurück

Weiter

90% ausgefüllt



Zum Schluss benötige ich noch einige allgemeine Fragen zu Ihrer Person und Ihrer Stadt oder Gemeinde.

Ihr Geschlecht:

☐ männlich

☐ weiblich

Ihr Alter:

**18. Ihr höchster Bildungsabschluss:**

- ☐ Kein Abschluss
- ☐ Hauptschulabschluss
- ☐ Realschulabschluss
- ☐ Ausbildung
- ☐ Abitur
- ☐ Abgeschlossenes Studium

**19. Ihre Fraktionszugehörigkeit:**

- ☐ Bündnis 90/Die Grünen
- ☐ CDU
- ☐ Die Linke
- ☐ FDP
- ☐ Freie Wähler
- ☐ NPD
- ☐ Piraten
- ☐ SPD
- ☐ Wählervereinigung
- ☐ Sonstige
- ☐ Keine

**20. Wieviele Einwohner leben in Ihrer Stadt oder Gemeinde?**

- ☐ bis 1.000
- ☐ 1.001 – 2.000
- ☐ 2.001 – 3.000
- ☐ 3.001 – 5.000
- ☐ 5.001 – 10.000

☐ 10.001 – 20.000

☐ 20.001 – 30.000

☐ 30.001 – 40.000

☐ mehr als 40.000

**21. Zu welchem Landkreis gehört Ihre Stadt oder Gemeinde?**

☐ Bautzen

☐ Chemnitz

☐ Dresden

☐ Erzgebirgskreis

☐ Görlitz

☐ Leipzig

☐ Leipziger Land / Muldentalkreis

☐ Meißen

☐ Mittelsachsen

☐ Nordsachsen

☐ Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

☐ Vogtland

☐ Zwickau

Hier ist Platz für Ihre  
Anregungen und  
Bemerkungen:

Zurück

Weiter

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)



Vielen Dank für Ihre Teilnahme! Wenn Sie an den Umfrageergebnissen interessiert sind, schicken Sie mir eine kurze Mail: [Janka.Soltes@gmx.de](mailto:Janka.Soltes@gmx.de)

Janka Soltes | Hochschule Mittweida | Fakultät Medien | [www.hs-mittweida.de](http://www.hs-mittweida.de)

---

## Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

---

Ort, Datum

Vorname Nachname